Donnerstag, 16. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 40 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Strauß in Syrien: Es gebe keinen „geheimnisvollen Hintergrund" seiner Informationsreise nach Syrien erklärt der CSU-Vorsitzende. Zur Verstimmung in Bonn über mangelnde Abstimmung mit der Regierung sagt Strauß, er sei frei in seinen Entscheidungen und müsse „weder Opposition noch die Regierung fragen". Kohl erklärt, er sei vorab nicht unterrichtet worden. (S.1 und 3)

Kohl optimistisch: Der Bundeskanzler spricht vor Bundeswehr-Kommandeuren von ermutigenden Tendenzen in der Westpolitik der Sowjets. Er warnt, die sicherheitspolitische Dikussion auf die Raketenfrage zu „verengen". (S. 1 und 5)

MAD-Chef sagt aus: Vor dem Untersuchungsausschuß zur Klärung der Affäre Wörner/Kießling gibt General Behrendt regelwidriges Verhalten des Abschirmdienstes zu, kritisiert aber, daß die Sicherheitsbescheide Kießlings gegen seine Empfehlung aufgehoben wurden. (S. 5)

„DDR": Die Bundesregierung werde „mit aller Kraft" auf „gutnachbarliche Beziehungen" hinarbeiten, schreibt Staatsminister Jenninger im „Bayernkurier".

Nahost: Ohne konkretes Ergebnis blieb das Dreiergespräch zwischen US-Präsident Reagan, Jordaniens König Hussein und Ägyptens Präsidenten Mubarak in Washington. Befremden löste Mubaraks Forderung nach einem direkten Dialog zwischen den USA und der PLO aus. (S. 1)

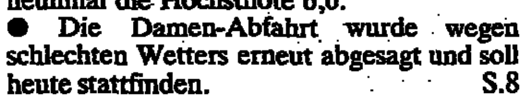
Libanon: Die neue schwere Niederlage der Regierungstruppen im Bergland südöstlich von Beirut hat Spekulationen Auftrieb gegeben, daß Präsident Gemayel das Truppenrückzugsabkommen mit Israel aufkündigen werde.

Golfkrieg: Die iranische Luftwaffe stieß erstmals seit Mitte vergangenen Jahres über die irakische Grenze vor und bombardierte Ziele am westlichen Stadtrand Bagdads.

Rom: Eine Extremistengruppe „kämpfende KP" bekannte sich zu dem Mord an dem zivilen Chef der internationalen Sinai-Truppe, dem Amerikaner L.Hunt.

Heute: Kanzler Kohl zu offiziellem Besuch in Belgien. – Südafrika, Angola und die USA verhandeln in Lusaka über Waffenstillstand an der namibisch-angolanischen Grenze.

Zweites Gold





- Die Rodler Hans Stanggassinger und Franz Wembacher aus Berchtesgaden holten die Goldmedaille im Doppelsitzer. S.8
- Die englischen Eistanzsieger Jayne Torvill und Christopher Dean erhielten für ihre Kür neunmal die Höchstnote 6,0.
- Die Damen-Abfahrt wurde wegen schlechten Wetters erneut abgesagt und soll heute stattfinden. S.8

WIRTSCHAFT

Forschung: Mit 46,8 Milliarden DM erreichten die Forschungsausgaben in der Bundesrepublik 1983 einen neuen Höchststand. Davon entfielen rund zwei Drittel auf die Wirtschaft. (S. 13)

AEG-Telefunken: Heinz Dürr soll bis mindestens 1990 Vorstandsvorsitzender bleiben, beschloß das Aufsichtsrats-Präsidium.

Dollar: Der Kurs ist gestern an den internationalen Devisenmärkten kräftig zurückgegangen. In Frankfurt fiel er um fast fünf Pfennig auf 2,6950 DM. (S. 11)Z

Krupp: Der Außenumsatz des Konzerns stieg 1983 um zwei Prozent auf 17,1 Milliarden DM. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte zeigten sich freundlich als Reaktion auf die Erholung an der Wall Street. Auch am Rentenmarkt setzte sich die Aufwärtstendenz fort. WELT-Aktienindex 151,7 (150,3). Dollarmittelkurs 2,6950 (2,7430) Mark. Goldpreis pro Feinunze 383,00 (376,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES

» Ich möchte jedem im Osten privat wie öffentlich klar machen, daß ich grundsätzlich westliche Freiheiten überall und jederzeit verteidigen werde «

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher auf einer Pressekonferenz in Moskau FOTO: GABY SOMMER/STUDIO X

KULTUR

Großeinkäufe: Außer der ARD, die jetzt die Lizenzrechte für eine Top-Auslese von 1500 Filmen in den USA aufkaufte, verhandelt auch das ZDF über ein großes Filmpaket. Durch Aufkauf der US-Filmstocks wollen sie sich offensichtlich gegen den erwarteten Ansturm privater Fernseh-Veranstalter wappnen. (S. 16)

Everding: Der Generalintendant des Bayerischen Staatstheaters hat von der Metropolitan Opera in New York das Angebot erhalten, Nachfolger des 1985 ausscheidenden Intendanten Anthony Bliss zu werden. Everdings Vertrag in München läuft bis 1987. Er erklärte, er bleibe mit der New Yorker Oper „im Gespräch".

AUS ALLER WELT

Windscale: Ungenügende Sicherheitsvorkehrungen, inkompetentes Management und fahrlässigen Umgang mit hochradioaktivem Material haben Prüfer in der größten Atommüllkippe der westlichen Welt in Nordengland festgestellt. (S. 18)

Ruhrgebiet: In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist die Nachbarschaftshilfe wieder gefragt. Der Kommunalverband Ruhrgebiet hat jetzt eine Dokumentation erstellt, die den Erwerbslosen-Initiativen bessere Zusammenarbeit ermöglichen soll. (S. 18)

Wetter: Meist heiter und trocken. Minus 2 bis 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß in Syrien. „Ich bin frei in meinen Entscheidungen"

Bonn ist über späte Unterrichtung verstimmt, hält sich aber mit Kritik zurück

MANFRED SCHELL, Damaskus

Der CSU-Vorsitzende Strauß ist gestern zu zweitägigen politischen Gesprächen mit der syrischen Führung in Damaskus eingetroffen. Unter anderem ist eine Begegnung mit Präsident Assad, mit dem Außen- und mit Verteidigungsminister Mustafa Tlass vorgesehen. Strauß, dem die syrische Führung eine Chartermaschine saudiarabischer Herkunft bereitgestellt hatte, wurde von Außenminister Khaddam begrüßt.

Auf dem Hinflug hatte Strauß Kritik aus Bonn zurückgewiesen. Strauß: „Ich bin völlig frei in meinen Entscheidungen und muß weder die Opposition noch die Regierung fragen." Auf Fragen, warum er weder den Verbündeten USA noch die Bundesregierung frühzeitig unterrichtet habe, erwiderte der CSU-Vorsitzende: „Der Papst war auch nicht informiert." Er kündigte an, daß er in „absehbarer Zeit" auch Saudi-Arabien besuchen werde. Es gebe keinen „geheimnisvollen Hintergrund" seiner Reise, die ausschließlich Informationscharakter habe. Strauß: „Es gibt nichts zu vermitteln und nichts zu verhandeln."

Die Einladung zu dieser Reise sei Anfang des Jahres ergangen. Der genaue Besuchstermin sei allerdings erst in den vergangenen Tagen festgelegt worden. Die syrische Seite lege offensichtlich Wert darauf, möglichst vielen europäischen Politikern ihre Position im Libanon-Konflikt und in Nahost insgesamt darzulegen.

SEITE 2:
Kleiner Großer Bruder
SEITE 3:
Weitere Beiträge

Auf die Frage, in welcher Eigenschaft er nach Syrien reise, antwortete Strauß: „Als Politiker mit internationalem Bekanntheitsgrad." Die Position der Bundesregierung zu den Ereignissen in dieser Krisenregion sei „sehr zurückhaltend". Sie sei von drei Prinzipien bestimmt. Zum ersten: Israel habe das Recht, in anerkannten und gesicherten Grenzen zu leben. Zweitens: Die Palästinenser hätten das Recht auf Selbstbestimmung. Drittens: Alle Konfliktparteien sollten sich auf einen vertraglich abgesicherten Gewaltverzicht einigen. Strauß: "Jeder Satz für sich allein ist richtig. Ob alle drei zusammen in Erfüllung gehen, ist eine andere Frage."

Ohne Zweifel, so sagte Strauß weiter, sei die Position Syriens stärker geworden. Ob man dies „bedauert oder begrüßt", ohne Syrien sei eine Lösung des Libanon-Konflikts nicht möglich. Deshalb werde es „irgendwann und irgendwo zwischen den USA und Syrien zu einem Understanding kommen müssen".

Strauß wird von seinem Büroleiter und von seinem Sohn Max begleitet. Wie verlautete, hat der Büroleiter des CSU-Vorsitzenden einen Tag vor der Abreise Staatssekretär Lautenschlager vom Auswärtigen Amt telefonisch über die Reiseabsichten unterrichtet. Dem CSU-Vorsitzenden sind daraufhin per Kurier die Informationsmaterialien des Auswärtigen Amtes zugegangen. Aus diesen Materialien leitete Strauß überdies ein Recht ab, in dieser Situation mit der syrischen Regierung zu sprechen. In den Materialien des Auswärtigen Amtes heißt es: „Da kein Krieg ohne Ägypten, aber kein Frieden ohne Syrien möglich ist, sollten wir auch das Gespräch mit Damaskus pflegen, wo immer das möglich ist."

BERNT CONRAD, Bonn

Die späte Unterrichtung Bonns

● Fortsetzung Seite 10

Mubarak fordert Dialog USA-PLO

Kein „Durchbruch" beim Treffen Reagans mit den Staatschefs von Ägypten und Jordanien

TH. KIELINGER, Washington

Ohne Entscheidungen und ohne einen neuen Plan zur Beendigung der Feindseligkeiten in Libanon und zur Beilegung des Nahost-Konflikts endete in Washington das Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit Ägyptens Staatschef Mubarak und Jordaniens König Hussein. Nach den Worten eines hochgestellten Mitglieds der amerikanischen Delegation wurde bei dem Gipfeltreffen „kein Durchbruch" erzielt.

Statt dessen bekräftigten die drei Spitzenpolitiker grundsätzliche Positionen, mit denen sie sich seit langem identifiziert haben und die von der Erkenntnis ausgehen, daß „die Libanon-Krise auf die Zentralität des Palästinenser-Problems" verweise, wie Ägyptens Präsident Mubarak es formulierte.

Präsident Reagan bekannte sich zu den Prinzipien seines am 1. September 1982 vorgetragenen Friedensplans, der im wesentlichen eine „Assoziation" des Westjordanufers und des Gaza-Streifens mit Jordanien vorsieht, was von Jerusalem entschieden abgelehnt wird. König Hussein deutete an, daß er seinen Dialog mit PLO-Chef Arafat erneuern wolle, um ein palästinensisches Mandat für die Autonomie-Verhandlungen mit Israel zu erhalten; und Ägyptens Staatschef Mubarak warb für Yassir Arafat als einen „verantwortlichen Führer, der in schwierigster Lage ungeheuren Mut bewiesen hat".

Mubarak ging freilich beim Abschied aus dem Weißen Haus, wo die drei Politiker während eines Arbeitsessens konferiert hatten, weiter, und forderte die USA auf, „mit den Palästinensern in direkten Dialog zu treten, und zwar über ihren gewählten Vertreter, die PLO". Keine andere Nation sei „besser qualifiziert als das amerikanische Volk, den Palästinensern Unterstützung und Rückhalt zu geben". In diesem Zusammenhang bekräftigte der Ägypter, dessen Land unlängst wieder bedingungslos in die Familie der islamischen Staaten aufgenommen worden ist, das „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes".

Die Szene im Weißen Haus geriet nach Ansicht von Beobachtern fast zum diplomatischen Eklat, als Mubarak seinem amerikanischen Gastgeber politischen Rat erteilte, der diametral einer US-Grundsatzposition in bezug auf die PLO widerspricht. Im Jahre 1975 verpflichtete sich die damalige Regierung des Präsidenten Ford, mit der PLO erst Kontakt aufzunehmen, wenn diese Israels Existenzrecht zuvor anerkenne. Das Versprechen, bindend für die nachfolgenden Regierungen hinterlegt, war in einem geheimen Schreiben Außenminister Kissingers an die israelische Regierung enthalten. Mit dieser Garantie erkämpften die Amerikaner seinerzeit Israels Eingehen auf die von Kissinger ausgehandelten Truppenentflechtungsabkommen mit Ägypten und Syrien.

Während Mubarak beim Abschied im Weißen Haus sprach, blickte Präsident Reagan wie versteinert auf den anderen Gast, König Hussein. Ein amerikanischer Delegationsteilnehmer meinte später vor der Presse, es gabe keine Möglichkeiten, die öffentlich abgegebenen Statements von diplomatischen Besuchern „zu kontrollieren". Präsident Reagan sei von

■ Fortsetzung Seite 10

Kohl: Europas Verteidigung stärken

Zusammenarbeit Bonn–Paris „erfolgreich" / Vor Generalen Vertrauenserklärung für Wörner

R. MONIAC, Travemünde

Bundeskanzler Kohl hat vor den Kommandeuren der Bundeswehr verstärkte Bemühungen auf dem Wege zur Einigung Europas angekündigt, bei der die Zusammenarbeit mit Frankreich entscheidende Anstöße geben soll. Als wesentliches Element zur Stärkung der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion bezeichnete Kohl „das, was Europa selbst für seine Sicherheit tut".

Auf dem Kontinent müßten die Verteidigungsanstrengungen so zusammengefügt werden, daß daraus eine europäische Sicherheitspolitik entstehe. Der Kanzler sprach davon, das „europäische Widerlager der Brücke Nordamerika–Europa zu stärken". Eine Schlüsselrolle für die Festigung des „europäischen Pfeilers im Atlantischen Bündnis" spiele die deutsch-französische Zusammenarbeit. Kohl sagte, schon jetzt habe diese Verteidigungskooperation zu bemerkenswerten Erfolgen geführt. Er erwähnte die Abstimmung strategisch-operativer Fragen und der Rüstungskontrolle so wie die enge rüstungstechnische Kooperation und schließlich eine vielfältige wechselseitige Information zwischen Bonn und Paris in Verteidigungsfragen. Bonn sei bemüht, daß sich „alle europäischen Freunde dieser Zusammenarbeit auf dem Wege zur europäischen Einheit anschließen". Allerdings will der Kanzler dabei nicht dem „Langsamsten im Geleitzug" zugestehen, das Tempo zu bestimmen.

SEITE 2:
Vorrang der Bundeswehr
SEITE 5:
Kohl zu den Generalen

Einen Tag nach seiner Rückkehr von den Trauerfeierlichkeiten in Moskau und einem Gespräch mit dem neuen sowjetischen KP-Generalsekretär Tschernenko zeigte sich der Kanzler optimistisch über die Aussichten des Abrüstungsdialogs. Mit dem Beginn der Stationierung der NATO-Mittelstreckenwaffen habe auch die Bundesrepublik Deutschland nach dem Scheitern der Genfer Rüstungskontrollverhandlnungen demonstriert, daß ihre Außen- und Sicherheitspolitik berechenbar sei und sie sich damit das „moralische Recht" erworben habe, die Großmächte zur substantiellen Fortsetzung der Abrüstungsbemühungen aufzufordern. Dabei ließ der Kanzler keinen Zweifel daran, daß die militärische Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion weiter wachse. Er erwähnte Moskaus sich ständig verbessernde „konventionelle Fähigkeiten für weltweite strategische Interventionen" und die forcierte Rüstung bei den Kurz- und Mittelstreckenwaffen.

Kohl bekannte sich zu dem Grundsatz, daß die Sicherheit der NATO auch von außerhalb des Vertragsgebietes der Allianz bedroht sei. Die Bündnisstaaten müßten deshalb, soweit sie selbst keine Mittel zum weltweiten Eingreifen hätten, mögliche Aktionen der anderen Länder solidarisch unterstützen.

Der Kanzler ging noch einmal auf den Fall Kießling ein. Demonstrativ sprach er Verteidigungsminister Wörner sein Vertrauen aus und sagte, er habe nach allem, was er anfangs in der Entwicklung der Generalaffäre gewußt habe, „pflichtgemäß gehandelt". Kohl forderte die Kommandeure auf, Wörner „wie bisher bei seiner schwierigen Aufgabe zu unterstützen". Nach diesem Appell unterließen die Generale und Admirale alle weiteren kritischen Anmerkungen zu dieser Affäre an die Adresse Kohls.

Wird die Macht im Kreml geteilt?

DW. Moskau

Der neue sowjetische Parteichef Konstantin Tschernenko (72) hält offensichtlich nicht allein die Macht in den Händen. Die protokollarische Ordnung bei der Beisetzungsfeier für Juri Andropow – Tschernenko, Gorbatschow zur Rechten und Tichonow zur Linken – gilt vielen Beobachtern als Hinweis auf eine Machtauffächerung, wenn nicht sogar auf die Bildung einer neuen Troika.

Ein hoher Kreml-Funktionär, der am Rande der Trauerfeier mit einem Gast aus dem Westen zusammentraf, schilderte das 52jährige Politbüromitglied Michail Gorbatschow als den künftigen zweiten Mann in der Hierarchie der KPdSU. Aber es gibt noch mehr Hinweise auf eine „Gewaltenteilung": Verteidigungsminister Marschall Ustinow hielt am vergangenen Dienstag eine Rede, die im Gegensatz zu seiner Ansprache bei der Beisetzung Leonid Breschnews deutlich politische Akzente setzte. Auch Außenminister Andrej Gromyko, der bei der Trauerfeier für Breschnew nicht das Wort ergriffen hatte, hielt diesmal eine Ansprache. Zudem fiel auf, daß die Rede des neuen Parteichefs zahlreiche Hinweise auf eine kollektive Führung enthielt. Schlußfolgerung: Der Breschnew-Gefährte und Andropow-Rivale Tschernenko könnte seine Wahl nur zum Preis von Zugeständnissen haben.

Britische Spitzenpolitiker, die gemeinsam mit Premierministerin Thatcher gereist waren, sind übereinstimmend der Meinung, der neue KPdSU-Generalsekretär sei ein kranker Mann. Am zuverlässigsten dürfte die Diagnose des früheren Labour-Außenministers und jetzigen SDP-Führers David Owen sein. Owen, von Beruf Facharzt für Chirurgie, urteilte: „Tschernenko leidet unter einer Lungenerweiterung." Schatten-Außenminister Denis Healey, der die Labour Party in Moskau vertrat, sagte: „Tschernenko wirkte gebrechlich." Healey ist außerdem aufgefallen, daß der neue Parteiführer nicht die Autorität besitzt, die man bei seinen Vorgängern beobachten konnte.

DER KOMMENTAR

Sehr gefragt

HERBERT KREMP

Franz Josef Strauß, der bayerische Ministerpräsident, bei Präsident Assad von Syrien. Der Löwe trifft den Löwen. Schnupper-Tourismus, Fernweh, Fernstenliebe oder mehr? Da gibt es hochmögende Leute im regierungsamtlichen und oppositionellen Bonn, die jede Strauß-Tour, sei sie touristisch oder nicht, einer Satire für wert erachten. Nun, man weiß es nicht so genau – was hätte Nestroy aus solchem Stoff gemacht? Auf höchstem literarischen Niveau zumindest stehen Straußens Stücke.

Aber nicht nur deshalb ist er ernst zu nehmen: Der CSU-Vorsitzende, den Konrad Adenauer mit jungen Jahren und guten Gründen an den Kabinettstisch zu Bonn schnallte, ist in jeder Hinsicht ein origineller, mithin überraschender Kopf. Er treibt seit Jahren seine eigene Afrika-Politik – er hat weiße Steine im schwarzen Brett. Seit Jahren macht er sich auch Gedanken zur politischen Ordnung Zentralamerikas. Er war nicht einverstanden mit der Kohl-Genscher-Distanzierung vom amerikanischen Vorgehen in Grenada, sagte das vernehmlich und schaute sich dort gleich selbst mal um. Nun entfaltet er von der heimlichen Hauptstadt München aus, allwo seine Staatskanzlei steht, Initiativen in Nahost.

Das ist aber nur der weite Kreisbogen. Im enger geschlagenen Kreis liegen die Ost- und Deutschlandpolitik. Von Rumänien und Ungarn über die Tschechoslowakei und Polen bis zum Werbellinsee Honeckers reicht der Ausschlag. Strauß unterhält Sonderbeziehungen zur Entourage des Staatsratsvorsitzenden. Er makelt ohne Provision Milliarden. Von den offiziellen Amtsinhabern in Bonn hält er nicht allzu viel. Die Gründe kennt jetzt auch Horst Ehmke. Die Kießling-Wörner-Krise hätte er mit einer großen Kabinettsumbildung bereinigt. Das hat der Ministerpräsident, der die Öffentlichkeit bekanntlich scheut wie der Teufel das Weihwasser, nie dementiert, entspricht es doch seiner politischen Logik.

So vollendet sich in konzentrischen Kreisen der jüngste biographische Abschnitt eines der bedeutendsten deutschen Politiker. Strauß ist sich seiner Statur bewußt, die dem Bilde eines der mächtigen amerikanischen Senatoren mehr gleicht als dem Abziehbild der gemeinhinnigen Deutschen. Wegen der Reise nach Damaskus, die er, farbig wie eh und je, in einem bei den Saudis gecharterten Flugzeug zurücklegt, ertönen am Rhein Aufschreie. War der Kanzler unterrichtet? Ach, meint Strauß dazu, er habe den Papst auch nicht unterrichtet. Was sind das auch für Fragen?

Es bleibt nicht beim Literarischen; Strauß-Touren sind schon politischer Natur. „So moacht i leben, wie i leb", schrieb Nestroy im „Zerrissenen". So tut es Strauß. Aber durch Strauß hindurch und über ihn hinaus sehen wir eines: Die Deutschen sind doch sehr gefragt in der Welt.

Israel: USA haben uns nicht informiert

AFP/DW. Jerusalem/Washington

Der stellvertretende israelische Ministerpräsident David Levy hat der amerikanischen Regierung vorgeworfen, „ihre Initiativen im Nahen Osten und in Libanon nicht mit Israel zu koordinieren". Bei einem Treffen mit den Präsidenten der wichtigsten jüdischen Organisationen der USA in Jerusalem verurteilte Levy vor allem das „sogenannte Stegreiftreffen" zwischen Präsident Reagan, dem jordanischen König Hussein und Präsident Mubarak von Ägypten. Außerdem beklagte der israelische Politiker, daß Reagan „den Abzug der Marines von Beirut" angeordnet habe, ohne sich zuvor mit Israel abgesprochen zu haben.

Wegen der „fehlerhaften Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der Schwäche der freien Welt" sei Syrien jetzt in der Lage, im Nahen Osten seine Bedingungen zu diktieren, meinte Levy. Israel müsse daher die erforderlichen Entscheidungen treffen, um die Sicherheit seiner Siedlungen in Galiläa zu gewährleisten und die Möglichkeiten für Attentate auf seine Truppen zu verringern.

Ein amerikanischer Abzug aus Libanon zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre nach Ansicht des ägyptischen Präsidenten Mubarak „katastrophal". Er könnte für die Vereinigten Staaten einen „Vertrauensschwund seitens aller ihrer Freunde in der Region nach sich ziehen", meinte Mubarak nach seinen Gesprächen mit US-Präsident Reagan und dem jordanischen König Hussein in Washington in einem Interview mit der Zeitung „Washington Post".

Tschernenko dringt auf Ostblock-Gipfel

AFP/DW. Moskau

Die sieben Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes wollen in Kürze ein Gipfeltreffen abhalten, in dessen Mittelpunkt nach Ansicht von Experten die Möglichkeiten zur Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs stehen werden. Dies wurde gestern aus osteuropäischen Kreisen bekannt.

Der Beschluß zu diesem Gipfeltreffen, das von der Sowjetunion gewünscht wird, sei am Dienstag in Moskau bei Gesprächen des neuen sowjetischen Parteichefs Konstantin Tschernenko mit führenden Politikern der übrigen Mitgliedsländer des Warschauer Paktes gefaßt worden, erklärten diese Kreise. Ein Datum für das Gipfeltreffen stehe noch nicht fest.

Während der kurzen Amtszeit des Parteichefs Juri Andropow, der erst im Juni 1983 auch Staatsoberhaupt wurde, war es nur zu einem einzigen Ostblock-Treffen der höchsten Ebene gekommen: Im Januar 1983 versammelten sich in Prag die Parteichefs, die Ministerpräsidenten, die Verteidigungs- und die Außenminister der sieben Pakt-Staaten. Das Prager Treffen schlug eine Art Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt vor. In der „Prager Deklaration" wurde als Ziel die Erhaltung der friedlichen Beziehungen zwischen Ost und West genannt und eine radikale Verringerung der Mittelstreckenraketen in Europa angeregt. Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu verlangte außerhalb des Treffens als einziger, daß jede neue Stationierung von Mittelstreckenraketen gestoppt und die schon installierten Raketen zerstört werden sollten.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Phon und Wirklichkeit

Von Thomas Kielinger

Wer politischen Fortschritt nach der Phonstärke von Deklamationen mißt, muß von dem Nahost-Dreiergipfel in Washington sehr beeindruckt sein. Präsident Reagan sprach von der „tragischen Situation" in Libanon. Er holte seinen Friedensplan vom 1. September 1982 wieder aus der Altkleidertüte und lud Israel ein, neue Bereitschaft aufzubringen, „für den Frieden Risiken auf sich zu nehmen". Präsident Mubarak warb kräftig für einen direkten Dialog mit Yassir Arafats PLO. König Hussein tat das für ihn Klügste: er sagte fast gar nichts, sondern ließ sich von Amerika neue Waffen zusichern.

Er jedenfalls weiß längst, daß im Nahen Osten nur als Realität betrachtet werden kann, was einem entweder am Verhandlungstisch gegenübersitzt oder sich militärisch behauptet.

Tragisch an der Situation in Libanon ist, daß die drei Herren in Washington bei allem guten Willen ein Kollektiv der Hilflosigkeit ergaben. Sie haben niemanden, der auf der anderen Seite mit ihnen verhandelt. Die andere Seite wiederum, Syrien und seine Allierten, weiß sich militärisch immer erfolgreicher zu behaupten. Während amerikanische Schiffsgeschütze eine Menge Sprengstoff in die Beiruter Berge werfen, schlüpfen muslimische Milizen und Teile von Abu Musas siegreichem PLO-Flügel wieder nach West-Beirut zurück.

Und aus dem Süden Libanons flogen gar drei Katjuscha-Raketen vorige Woche nach Nord-Galiläa. Hatte nicht Begin gelobt, als die „Operation Frieden für Galiläa" am 6. Juni 1982 begann, Galiläas Dörfern damit einen Frieden von biblischer Dauer – vierzig Jahre – zu bringen?

Die heutige Lage im Libanon bietet nicht gerade ideale Voraussetzungen, neue „Risiken für den Frieden" auf sich zu nehmen. Und Hussein und Mubarak wie auch Arafat müssen wissen, daß durch Manöver, um einer vernünftigen (Autonomie-)Lösung des Palästinenser-Problems auszuweichen, nichts besser wird. Der Washingtoner Gipfel ragte jenseits der Wirklichkeit.

Vorrang der Bundeswehr

Von Rüdiger Moniac

Bundeskanzler Kohl hat vor den Kommandeuren der Bundeswehr die Leitlinien einer Politik gezogen, die, wenn er ihnen zu folgen vermag, die Sicherheit unseres Landes und unseres Kontinents auf eine Weise glaubwürdig machen und auf ein solides Fundament stellen dürfte wie seit langem nicht mehr. Er erwies sich in Travemünde als ein Regierungschef, der keine Zweifel an seine Haltung zuläßt: Aufbauend auf einer freundschaftlichen Partnerschaft mit den USA, die er als lebenswichtig für uns Deutsche kennzeichnet, möchte er einen europäischen Pfeiler der Sicherheit entwickeln, für den das deutsch-französische Verhältnis der Kern einer umfassenden politischen und militärischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder werden soll.

Sein Ziel ist eine europäische Sicherheitspolitik, die er als europäisches Widerlager der Brücke Nordamerika–Europa sieht. Eine Vorstellung, mit der sich die Bürger sehr wohl einverstanden erklären können, zumal Kohl aus diesem festen Zusammenhalt des Westens – anstelle gewisser Alleingangs-Vorstellungen mancher Kreise hierzulande – die Chance zu entwickeln hofft für eine „wirkliche" Entspannungspolitik mit der Sowjetunion. In Moskau will der Kanzler bereits festgestellt haben, daß offenbar auch dort schon als „fait accompli" gesehen wird, daß sich die Bundesrepublik unter der Regentschaft der christlich-liberalen Koalition als ein stabiler und berechenbarer Faktor in der westlichen Nachbarschaft erwiesen hat.

Auch Kohls Erklärungen zur künftigen Entwicklung der Bundeswehr haben den Kommandeuren den Eindruck vermittelt, daß sich seine Regierung von den gewaltigen Hürden, vor denen die Streitkräfte durch Personal- und Geldmangel stehen, nicht beirren lassen will. Die Bundeswehr gilt ihm als eine Organisation, der höchste Aufmerksamkeit, notfalls auch eine Umorientierung der Prioritäten im Bundeshaushalt, zuteil werden soll. Kohl, so scheint es, ist entschlossen, trotz Pillenknick und mancherorts mangelndem Rückhalt der Landesverteidigung die Diskussion zu Gunsten der Bundeswehr selbstbewußt zu beginnen.

Konferenz-Teilnehmer

Von Reiner Gatermann

Die schwedische Marine wirft wieder Wasserbomben. Sie vermutet nämlich in unmittelbarer Nöhe der wichtigen Flottenbasis Karlskrona wieder fremde U-Boote. Karlskrona wurde weltbekannt im Herbst 1981, als nicht weit davon das sowjetische U-Boot 137 auf einen Felsen auflief. Mit Informationen ist man sehr sparsam geworden nach den Erfahrungen früherer Einsätze, wo man den Triumph bereits sicher in der Tasche zu haben glaubte, dann aber doch wieder mit leeren Händen dastand. Aber die Wasserbomben sind unüberhörbar.

Sie bilden die Begleitmusik der Stockholmer KVAE-Konferenz, wo gerade 35 Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich beraten. Für Schweden eine fürchterliche Bloßstellung durch seine sowjetischen Gäste. Man muß annehmen, daß die Marineführung über ausreichende Indikationen verfügt, wenn sie trotz dieser Konferenz Wasserbomben wirft.

Jetzt dürfte es für sie allerdings auch kein Zurück mehr geben, falls Schweden seine Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen, nicht den Eindruck machen will, daß es sein Territorium nicht vor Eindringlingen schützen könne. Dies bedeutet: Die in der Nähe des Leuchtfeuers Godnatt (Gute Nacht) vor dem Hafen von Karlskrona vermuteten U-Boote, ob Mini- oder Normalausführung, müssen unter allen Umständen identifiziert werden – unter allen Umständen. Man mag ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, daß das neutrale Schweden nicht das erste Land sein will, das in Friedenszeit ein fremdes U-Boot versenkt. Aber nach so vielen Provokationen und Versteckspielen bleibt der Regierung und der Militärführung keine Wahl. Irgendwann muß auch Schweden seine nationale Würde berücksichtigen.

Sollte die Jagd erneut ergebnislos verlaufen, müßte man ernsthaft an dem Verteidigungsvermögen der Marine zweifeln. Denn dann ist es ihr offenbar nicht möglich, ungebetene Unterwasserbesucher einzufangen. Schließlich ist es nicht mehr – wie bis Mitte 1983 – ihre Aufgabe, sie lediglich abzuweisen, sondern sie hat die Eindringlinge mit allen Mitteln zu identifizieren, auch wenn damit die Gefahr einer Versenkung verbunden ist. So lautet der Auftrag der Regierung. Und daran sollte sich auch seit dem 17. Januar nichts geändert haben, seit Schweden Gastgeber der KVAE ist.



Der Privat-Archäologe ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Craxis Alpenüberquerung

Von Alfons Dalma

Als mir gesagt wurde, es seien seit dem Besuch von Agostino Depretis in Begleitung des Königs Umberto II., der Kaiser Franz Joseph seine Aufwartung machte, hundertdrei Jahre vergangen, ohne daß ein italienischer Regierungschef in Wien erschienen wäre", sagte Bettino Craxi, „fand ich das ganz einfach unvorstellbar, wollte es überhaupt nicht glauben, fiel aus allen Wolken ..."

Der erste sozialistische Ministerpräsident der ersten italienischen Republik holt aber tatsächlich mit seiner Anwesenheit in der Donaumetropole etwas nach, was auf beiden Seiten Monarchien, autoritäre Regime der Zwischenkriegszeit und die zahlreichen republikanischen Kabinette der letzten drei Jahrzehnte versäumt hatten. Historisch und kulturell sind Österreich und Italien unzertrennlich verbunden, im Guten und im Bösen, aber auch im Lebensstil. Die zu den Habsburger Ländern zusammengewachsenen Gebiete der römischen Provinzen Noricum, Raetien und Pannonien sind bis heute der in ihrem Charakter lateinischste Teil und das ausgesprochen meridionale Element im Gebiet der deutschen Sprache geblieben. Nach dem alten Deutschen Reich hat die „Casa de Austria" (zum Schluß nur noch von Wien aus) weite Landschaften Italiens nicht nur politisch beherrscht, sondern auch in Lebensordnung, Rechtssystem und Verwaltung geprägt.

Wenn auch Reste von Erbitterung aus den Zeiten der nationalen Kämpfe um Befreiung und Einheit übrig geblieben sind, so überwiegt schon seit zwei Generationen in Italien eine Revision der primitiven Schablonenbilder und eine geradezu wuchernde Vorliebe für das Kulturgut der Marke Wien und der österreichischen Kulturproduktion vor allem der letzten hundert Jahre. Aber gerade in diesem Zeitraum waren es zunächst die Rücksichten des Wiener Hofes gegenüber dem Papst als Oberhaupt des Kirchenstaates, dann die Differenzen über die Balkanpolitik, bald auch das Mißtrauen gegenüber dem südlichen Partner des Dreierbundes, das Ausscheren Italiens aus dieser Allianz und der Frontwechsel im Krieg gegen die Zentralmächte, sowie schließlich das Protektorverhältnis zwischen dem Mussolini-Regime und dem Dollfuß-System, Roms Verrat zum Zeitpunkt des Anschlusses Österreichs durch Hitler, zu allerletzt – und am längsten während – die Streitfrage Südtirol, die immer wieder neue Hindernisse auf dem Weg zwischen Rom und Wien errichtet haben.

Eine psychologische Schwelle ist auch in den achtziger Jahren übrig geblieben, obwohl sie objektiv und realpolitisch schon längst überholt erscheint. Italien ist für Österreich nach der Bundesrepublik der durch die politische Geographie wichtigste Nachbar, ebenso der zweitgrößte Wirtschaftspartner; die österreichischen Landwirtschaftsexporte nehmen bei den Italienern geradezu eine privilegierte Stellung ein. Das von Alcide de Gasperi und Karl Gruber schon 1946 eingeleitete Werk der Verständigung über die Autonomie und die Sonderrechte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol hat ebenfalls ermutigende Fortschritte erbracht. Dennoch hat man in den beiden Hauptstädten sozusagen routinemäßig lange Zeit geglaubt, es sei noch nicht die Zeit für eine breite politische Zusammenarbeit und für den Meinungsaustausch auf der höchsten Ebene zwischen dem neuesten Neutralen in Mitteleuropa und dem wichtigsten NATO-Staat im Mittelmeer, die aber beide Alpenländer sind, gekommen.



Unvorstellbar – der erste Besuch nach hundertdrei Jahren: Craxi FOTO: SVEN SIMON

Als Neuerer angetreten und gepriesen, hat nun Bettino Craxi den Sprung gewagt. Das wurde ihm allerdings wesentlich durch den neuen Mann in Wien erleichtert. Kanzler Fred Sinowatz, selber Historiker, hat sicher den Horizont der österreichischen Außenpolitik nach Kreisky nicht gerade eingeengt. Aber er hat auf Kosten der allzu allgemeinen und weltweiten Rhetorik die Betonung ausdrücklich auf die Nachbarschaftspolitik gelegt. Dieser Vorrang hat den Weg von und nach Italien geebnet.

Auch das ist ein Stück der europäischen Stabilisierung, der Einigung im freien Teil unserer alten Welt. Ein Verdienst der sozialistischen Affinitäten und Wahlverwandtschaften? Sinowatz und Craxi brauchen nicht auf eigene Meriten zu verzichten, um das Werk ihrer Vorgänger aus verschiedensten Schulen zu würdigen: de Gasperi, Figl, Fanfani, Raab, Andreotti, Klaus, Colombo, Toncic, Spadolini und Kreisky. Die von den großen Botschaftern geprägte italienische Diplomatenschule, angeführt von Gaia, Ducci, Aillaud, Malfatti, hat die neuen Grundlagen der historischen Beziehung zeitgemäß bewegt. Und vor allem in der italienischen Publizistik haben Protagonisten wie Montanelli oder Ronchey, Historiker wie Valsecchi und Magris, Korrespondenten wie Ettore Petta und Bruno Tedeschi bewirkt, daß die Intelligenzschicht des südlichen Nachbarn gegenüber der öffentlichen Meinung nördlich der Alpen eine ausgesprochene Vorleistung – so will es uns der Bilanz scheinen – an gutem Willen und Aufklärung erbracht hat. Die Notwendigkeit des Abbaus von Vorurteilen bleibt aber die Moral der Geschichte – auch dieser Geschichte.

IM GESPRÄCH Rifaat al-Assad

Kleiner Großer Bruder

Von Günther Deschner

Als Syriens Präsident Hafes al-Assad noch im November vergangenen Jahres mit einem Kreislaufzusammenbruch darniederlag und wieder einmal die Spekulationen um seine Nachfolge im Schwange waren, da tauchten in den Basarläden der Hauptstadt schon Farbdrucke mit dem Porträt seines Bruders auf, des bald 47jährigen Rifaat. Aber als Anfang Dezember die Armee mit Freudenschüssen die Nachricht von der Gesundung des Präsidenten feierte, da kauften diskrete Händler die Rifaat-Porträts wieder zurück – für fünf syrische Pfund, 2,50 Mark, das Stück.

Der Vorgang ist bezeichnend für die Erwartungen, die in Damaskus mit Rifaat al-Assad verbunden sind. Als Kommandeur der „Saraya al-Difaa", der „Verteidigungskompanien", einer Art Schutzstaffel des Assad-Regimes und der regierenden Baath-Partei, ist er schon jetzt der wahrscheinlich mächtigste unter allen „zweiten Männern" der Syrisch-Arabischen Republik. Diese Sondereinheit ist ausschließlich ihm unterstellt und verfügt mit ihren 25 000 Mann über die modernste Bewaffnung, einschließlich des Kampfpanzers T 72. Vielleicht nimmt er sogar an Gesprächsterminen mit Besuchern aus Deutschland teil; an der Organisation ist er gewiß beteiligt.

1937 in Kardahar in der Provinz Lattakia geboren, besuchte er in der gleichnamigen Hafenstadt auch das Gymnasium, ehe er in Damaskus das Studium der Politik und Volkswirtschaft aufnahm, das er mit dem Diplom abschloß. Um 1960 wurde er Staatsbeamter, ehe auch er wie sein Bruder in die Armee eintrat. Dessen ersten Staatsstreich 1966 erlebte er bereits als Leutnant in einer Infanteriebrigade, beim Coup von 1970 war er Hauptmann. Willig übernahm er alsbald Aufbau und Führung der „Verteidigungskompanien" und wurde rasch bis zum Obersten befördert, fand aber offenbar keine Erfüllung in der bloß polizeilich-militärischen Karriere.

Nach mehreren Studienaufenthalten in Moskau promovierte er an der



Drahtzieher der Attentate? Rifaat al-Assad FOTO: SYGMA / PANDIS

dortigen Universität im Juli 1974 mit einer Arbeit über „Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Syriens". In dieser Dissertation vertrat Rifaat die These, die endgültige Lösung der „Widersprüche" der syrischen Nation sei nur im Rahmen des Sozialismus, der arabischen Einheit und einer nicht näher beschriebenen „Befreiung des Menschen" möglich. An der Universität Damaskus, an der er auch die Stelle eines Dozenten innehat, ist die Arbeit heute offizielles Lehrwerk.

Auch privat läßt der ehrgeizige Tausendsassa nicht viel aus. Bereits 1975 hatte er das islamische Kontingent von vier Frauen ausgeschöpft, zwei Alawitinnen und zwei Angehörige der sunnitischen Mehrheit. Mit ihnen hat er elf Kinder. Außerdem liebt Rifaat al-Assad den Sport, besonders den Fußball, schnelle Wagen und alle Luxusgüter, die der kapitalistische Westen anbieten kann. Mehrere seiner Kinder halten sich zur Ausbildung in den Vereinigten Staaten auf. Verschiedene Zeitungen behaupteten in den letzten Tagen, Rifaat stecke als Geheimdienstchef hinter den Attentaten in Libanon, vor allem den Sprengstoff-Massakern und der Ermordung des Präsidenten Gemayel. Damaskus hat sich nicht dazu geäußert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu Tschernenkos Auftritt meint das Blatt:

Beherrschender Eindruck war, daß hier ein Erster unter Gleichen gewählt wurde, daß die Macht des Kollektivs noch gewachsen ist. Davon zeugte auch die Selbstsicherheit, mit der Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow die Akzente in ihren Reden setzten. Die Anzeichen verstärken sich, daß die Welt sich auf die Herrschaft einer Senioren-Riege im Kreml einzustellen hat, die sich vor allem deshalb für Tschernenko entschied, um nicht einen Generationswechsel einzuleiten, der das Ende der bisherigen Machtkonstellation bedeutet und die Kontinuität der sowjetischen Politik gefährdet hätte.

Frankfurter Rundschau

Zum Streit um die Vorauszahlung des Weihnachtsgeldes liest man hier einen guten Rat:

Da zeigt sich die innere Gespaltenheit eines allzu staatstreuen Gewerkschaftsbundes. Einerseits verweigert er – bis auf eine Ausnahme – seinen Beschäftigten die Vorauszahlung mit all den Argumenten wie unwillige Firmen. Andererseits gibt es öffentliche Empfehlungen an Betriebsräte und Arbeitgeber, eben diese Vorauszahlungen zu vereinbaren. Was, wie bei vielen Firmen, beim DGB nach innen gilt – grundsätzliche moralische Bedenken, an Gesetzen „zu manipulieren" – gilt nach außen offensichtlich nicht. Wer soll das verstehen? ... Von allen finanztechnischen Bedenken scheint nur eines, und das auch nur auf den ersten Blick, überzeugend: die Zinsen, die ein finanzschwaches Unternehmen aufbringen muß, um die Vorauszahlung über Kredit vorzufinanzieren. Aber muß das sein? Nein. Es gibt ja auch die Möglichkeit, die gesamte Summe von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bis zu den bisher üblichen Auszahlungsmonaten auf ein Sperrkonto zu legen und dort gut zu verzinsen.

Lübecker Nachrichten

Zu den Butterfahrten, bemerkt die Zeitung:

Den ohnehin von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit betroffenen norddeutschen Küstenregionen droht jetzt der Verlust weiterer 10 000 bis 15 000 Arbeitsplätze. So viele Beschäftigte und deren Familien ernährt nämlich das Gewerbe der sogenannten Butterschiffahrt, der nach den gestern verkündeten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes nun das endgültige Aus droht. Damit hat ein Gericht wieder einmal eine Entscheidung gefällt, die den Interessen aller davon Betroffenen zuwiderläuft.

Wer Herausforderungen nicht entgegentritt, zieht sie an

Henry Kissingers Erkenntnisse jenseits der amtlichen Selbstknebelung / Von Heinz Barth

Selten in der Geschichte hat eine Nation eine so radikale Verschiebung des militärischen Gleichgewichts so passiv hingenommen. Und noch nie in der Geschichte hatte eine Seite auf so vielen militärischen Gebieten einen so großen Vorsprung gewonnen, ohne den Versuch zu unternehmen, diesen Vorsprung zu ihrem politischen Vorteil auszunützen." War der prominente Amerikaner, der diese resignierte Bilanz vor bald vier Jahren zog, ein Falke?

Es war Henry Kissinger, derselbe, der jahrelang vom liberalen Establishment Washingtons als das gute Gewissen der Nixon-Administration gepriesen worden war. Zwischen dem, was er verschwieg, solange er als Sicherheitsberater des Weißen Hauses und Außenminister politische Verantwortung trug, und dem, was er sagt, seit ihm das Amt keine Diskretion mehr auferlegt, besteht ein Gegensatz, wie er größer nicht sein könnte. Jetzt erst erleben wir den wahren Kissinger anstelle des Mannes, der der Weltöffentlichkeit jahrelang so virtuos einen Flirt mit Sowjetbotschafter Dobrynin vorspielte.

Unter zwei Präsidenten hat Kissinger acht Jahre die Außenpolitik gemacht, die ihm die Umstände gestatteten. Er hatte nicht nur die diplomatischen Regeln zu beachten, sondern auch Rücksichten auf die außenpolitischen Dilettanten im Kongreß und in den Medien zu nehmen. Nichts von dem, was er in seinen beamteten Jahren getan und gesagt hat, läßt sich an Offenheit mit dem vergleichen, was er nach 1977 in seinen Vorträgen und Aufsätzen als seine persönliche Meinung von sich gab.

Es ist müßig, darüber zu rechten, um wieviel stärker heute die amerikanische Position gegenüber der Sowjetunion wäre, wenn ihm mehr Bewegungsfreiheit gelassen worden wäre. Es gab damals beiderseits des Atlantik viele, die er in dem Glauben beließ, daß er ihren Hoffnungen auf eine dauerhafte Verständigung mit dem Kreml eine Chance gab. Und es gab andere, vor allem Europäer, die seine wirkliche Einstellung kannten, es aber freudig ausnützten, daß ihm durch innenpolitische Zwänge die Hände gebunden waren.

In der lang verwehten Blütezeit der Ostpolitik haben die Sowjets davon Wucherzinsen kassiert. Wie tief Kissingers Abneigung gegen die Bereitschaft zu Vorleistungen und gegen die Beflissenheit gegenüber den Kremlherren in Wirklichkeit war, kam leider erst nachträglich zum Vorschein. Im letzten Jahr der Carter-Administration stellte er vor den amerikanischen Zeitungsherausgebern fest: „Ich würde sagen, daß zunehmende Herausforderungen, denen man sich nicht widersetzt, unausweichlich zu immer größeren Herausforderungen führen."

Jahrzehnte der Gewöhnung an das, was Kissinger die Institutionalisierung der Herausforderung nennt, haben in der Tat eine Deformation der westlichen Außenpolitik hervorgebracht. Sie nahm es, bevor Reagan andere Töne anschlug, routinemäßig hin, von der sowjetischen Dialektik abgekanzelt zu werden. Nicht nur in sachlicher Hinsicht, schon im diplomatischen Verkehr glitten die Demokratien, unbewußt zunächst und resignierend später, in eine Position ungleicher Ansprüche hinein.

Das endet bei der dankerfüllten Erleichterung, wenn der Kreml sich herabläßt, nach Wien zurückzukehren, weniger um über den Truppenabbau zu sprechen, der doch nicht stattfindet, als um einen Keil zwischen Amerikaner und Europäer zu treiben. Soviel Überstürzung, den Schein einer nicht existenten Entspannung zu wahren, erzieht die Sowjetführung zu Fehleinschätzungen im globalen Maßstab. Daher mußte das Duell um die Dritte Welt für die USA zu einer Absetzbewegung werden. Je mehr sich Amerika um Annäherung an die von der Radikalisierung bedrohten Entwicklungsländer bemüht, fürchtet Kissinger, umso schneller werden sie sich dem Westen entfremden, „nicht etwa, weil sie das Sowjetsystem bevorzugen, sondern weil sie von diesem militärisch und subversiv unter Druck gesetzt werden."

Diese Erkenntnisse fanden ihren Niederschlag im Mittelamerika-Bericht der Kissinger-Kommission, dem der Präsident im wesentlichen folgen wird. Schon formiert sich aber in Washington ein Anti-Kissinger-Kreis, für den die Vorschläge des Ex-Außenministers ein „Katastrophenrezept" sind. Warum? Weil er die Domino-Theorie wieder zur Sprache bringt und Mittelamerika als das sieht, was es ist: eine strategische Existenzfrage für die USA.

Es stört die Kritiker nicht, daß nach Vietnam die Dominos in Laos und Kambodscha fielen und daß Nicaragua zum Domino Kubas wurde, dem El Salvador folgen sollte. Kissinger läßt sich davon jedoch nicht entmutigen. Noch nie hat man ihn so energisch bei der Aufgabe gesehen, seine Landsleute über die Grundtatsachen der Geopolitik aufzuklären. Hätte er doch schon früher damit begonnen.

Der Besuch von Franz Josef Strauß in Damaskus überrascht in Bonn und Jerusalem

Syrien ist auf dem Weg zur Vormacht

Mit Unterstützung des Kreml hat sich Syrien eine Schlüsselstellung in der arabischen Welt erobert: Es ist Damaskus gelungen, eine politische Stabilisierung in Libanon zu verhindern und das Arrangement zwischen Beirut und Jerusalem zu gefährden. Mit dem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß steht Syrien wieder im Blickpunkt.

Von PETER M. RANKE

Der syrische Präsident Hafiz el-Assad steuert mit seiner kompromißlosen Politik in Libanon und gegenüber Amerika auf einen großen Erfolg zu, der den mit Moskau verbündeten Militärstaat Syrien in der gesamten arabischen Region als gefürchtete und umworbene Vormacht etablieren kann.

Der Abzug der amerikanischen Marines und damit eine Demütigung der USA steht bevor. Das Rückzugsabkommen der libanesischen Regierung mit Israel vom letzten Mai ist nicht mehr durchzusetzen, auch wenn Präsident Amin Gemayel es bisher nicht förmlich annulliert hat. Wegen dieses Abkommens und weil kein arabischer Staat Frieden mit Israel schließen darf, hat Assad Libanon in einen neuen blutigen „Bürgerkrieg" gestürzt. Das Ziel, ein „arabisches Libanon", das als Protektorat an Damaskus gefesselt ist, liegt in Reichweite des rücksichtslosen arabischen Machtpolitikers dieser Zeit.

Assad ist seit 1970 an der Macht, die von ihm geführte sozialistische Baath-Partei seit 1966. Die wahren Herrscher aber sind Präsident und Oberbefehlshaber Hafiz el-Assad und sein jüngerer Bruder Rifaat, der die Geheimdienste und die „Verteidigungskommandos" befehligt. Die Truppe in Divisionsstärke besteht aus Alawiten, die wie die Assads einer Geheimreligion angehören. Diese „Ordnungstruppe" hat alle Vorrechte und bekämpft gnadenlos jeden innenpolitischen Gegner. Die Niederschlagung der Moslembrüder mit etwa zehntausend Opfern und der Zerstörung der Stadt Hama im Februar 1982 hat gezeigt, wozu die Assads fähig sind, wenn sie ihre Herrschaft gefährdet sehen.

Tausende von innenpolitischen und religiösen Gegnern füllen die Gefängnisse – ohne Gerichtsurteil, wie jüngst Amnesty International feststellte. Das hat das Regime nicht gehindert, ein Bündnis mit der „islamischen Revolution" in Iran einzugehen, um im Golfkrieg dem verfeindeten Baath-Regime in Irak zu schaden. Teheran belohnt Waffenhilfe und Bündnis mit der Lieferung von jährlich einer Million Tonnen Rohöl und „Touristen", die als tiefverschleierte Frauen nicht nur in den Straßen von Damaskus zu sehen sind, sondern auch als bärtige „Khomeinisten" mit Kalaschnikows in der libanesischen Bekaa-Ebene und in West-Beirut.

Die Wirtschaft Syriens ist wegen der Hochrüstung des Neun-Millionen-Volkes (Streitkräfte von 250 000 Mann mit Reserven) zerrüttet, es fehlen die Milliarden aus den Öl-Einnahmen, um sich die radikalen Syrer und „Khomeinisten" vom Hals zu halten. Sie zahlen weiter, aber nicht mehr so viel. Das hat in Syrien zu weitreichenden Einschränkungen in der noch vorhandenen Privatwirtschaft geführt, die für Importe oft anderthalb Jahre auf Devisen warten muß. Der Mangel wird allerdings gemäßigt durch weitverbreitete Korruption, in die auch die Armee verwickelt ist.



Seit längerem sind sie Gesprächspartner: Franz Josef Strauß und Hafiz el-Assad, 1978 in Bonn
FOTO: JOCHEN LAMPE

Nach der Schlappe gegen Israel im Sommer 1982 wurden Luftwaffe und Armee für mindestens zwei Milliarden Dollar von den Sowjets neu aufgerüstet. Moderne Luftabwehr-Raketen vom Typ SS 21 bedrohen Israel, Jordanien und die 6. US-Flotte im Mittelmeer. Etwa 5000 sowjetische Berater sitzen in Stäben und Stellungen.

Gestützt auf diese Macht konnte Assad den Streit um Libanon entscheiden und das kleine Land in die Spaltung treiben. Damaskus kontrolliert jetzt bis auf das christliche Ost-Beirut, einen Küstenstreifen und Südlibanon rund 70 Prozent des Landes. Wie Assad bei der Umwandlung Libanons in ein syrisches Protektorat die Milizen der Drusen und Schiiten einsetzte und die libanesische Regierungs-Armee trotz US-Hilfe zerschlug, ohne daß syrische Truppen – bis auf Artillerie-Unterstützung – selbst eingriffen, ist ein Meisterstück arabischer Politik.

Schon hat der frühere libanesische Regierungschef Kerame erklärt, Libanon und Syrien seien ein einziges Land. Und Drusen-Chef Dschumblatt pries die enge „Verbundenheit" mit Damaskus. Denn auch die Vorbereitung zum Machtwechsel in Beirut und zur Beseitigung der vornehmlich christlichen Regierungs- und Wirtschaftsmacht lag in syrischen Händen.

Im vorigen Jahr wurde die PLO Arafats durch syrische Gefolgsleute niedergekämpft, weil Arafat selbständig bleiben wollte und vorsichtig mit König Hussein von Jordanien verhandelte, einem Erzfeind der Assads. Das war für Damaskus ebenso unerträglich wie der quasi-Frieden, den die Regierung Amin Gemayel mit Israel schloß. Und da war als Vorbereitung für den Umsturz der Einsatz des Terrors als Waffe: Ermordung des gewählten Präsidenten Beschir Gemayel durch den syrischen Agenten Habib Shartoumi, die Sprenung der US-Botschaft, Mord-Aktionen und das syrisch-iranische Komplott am 23. Oktober in West-Beirut mit 251 toten Amerikanern und 78 gefallenen Franzosen.

Eine blutige Spur haben Assads Machtpolitik, seine Verweigerung des Friedens und sein Traum von Groß-Syrien seit fast 14 Jahren im Vorderen Orient gezogen. Die US-Außenpolitik, die jahrelang Rücksicht auf Syrien nahm, weil es doch „ohne Syrien keinen Frieden gibt", hat in den letzten Monaten ihre Erfahrungen mit Assad gemacht. Aber gelernt haben Amerikaner und Europäer wenig über den Umgang mit Damaskus, hinter dem schützend und anleitend die Politiker und Militärs des Kreml stehen. (SAD)

Israel macht sich weder Sorgen noch Illusionen

Damaskus ist der unerbittlichste Feind unter den Nachbarn Israels. Die Syrien-Reise von Franz Josef Strauß findet daher zwar Interesse in Israel, löst aber keine großen Befürchtungen aus.

Von EPHRAIM LAHAV

In politischen Kreisen Jerusalems hat die Nachricht über die plötzliche Damaskusreise des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß Überraschung hervorgerufen. Amtliche Stellungnahmen waren zunächst nicht zu bekommen. Doch unter der Annahme, daß Strauß nicht die touristischen Sehenswürdigkeiten Syriens bewundern will, sondern mit politischen Absichten gekommen ist, äußerten israelische Stellen Verwunderung über den Zweck der Reise, da Strauß nicht die Bundesregierung vertrete.

Befürchtungen von israelischer Seite wurden jedoch nicht laut, vor allem weil noch vom Strauß-Besuch in Israel vor mehr als zwei Jahren in Erinnerung ist, daß er den israelischen Anschauungen der Nahost-Politik nähersteht als viele andere deutsche Minister, insbesondere Bundeskanzler Kohl. So hat Strauß in Israel zweimal öffentlich erklärt, daß er zwar jedem Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuerkenne, aber im Falle der Palästinenser eine Einschränkung machen müsse, weil dies sonst dem Gebot der israelischen Sicherheit widerspräche. Das hat man hier Strauß nicht vergessen.

Man kennt hier auch Straußens politische Extratouren, wie zum Beispiel die Anbahnung der Milliardenanleihe für die „DDR", die anfangs unverständlich schien und sich erst nachher als nutzbringend erwies. Auf jeden Fall befürchtet man in Israel kein Unheil vom bayerischen Abstecher ins Morgenland. Falls sich jedoch Strauß ein syrisches Einlenken gegenüber Libanon oder Israel (oder beide) zum Ziel gesetzt hat, so sind sich hier alle Beobachter einig, daß diese Mühe vergeblich wäre.

Denn es wird in Europa oft übersehen, daß Syrien bis heute die Selbständigkeit Libanons nicht anerkannt hat und es als Teil des syrischen Staatsgebietes betrachtet. Bis heute gibt es keinen syrischen Botschafter in Beirut und keinen libanesischen in Damaskus, obwohl libanesische Minister und auch Staatspräsidenten in Damaskus ein- und ausgehen.

Was Israel betrifft, so ist Syrien seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1946 der unerbittlichste Feind unter allen vier Nachbarstaaten. Syrien war das letzte der vier, die sich zu einem Waffenstillstand mit Israel im Jahre 1949 überreden ließen, und dies auch nur, nachdem es im Krieg unterlegen war. Im Jom-Kippur-Krieg 1973 führte Syrien bittere Klage über Ägypten, das nach drei schweren Kampfwochen um eine Feuerpause gebeten hatte.

Außerdem hat von Israels vier Nachbarstaaten einer, Ägypten, Frieden mit Israel geschlossen, ein zweiter, Libanon, hat den Kriegszustand vertraglich als beendet erklärt, ein dritter, Jordanien, hat mit israelischen Ministern dutzende Male insgeheim verhandelt und hat sich bereiterklärt, Israel anzuerkennen, wenngleich die dafür gestellten Bedingungen den Israelis nicht annehmbar erscheinen.

Nur Syrien hat weder mit Israel verhandelt noch irgendeine Bereitschaft zu einem friedlichen Zusammenleben gezeigt. Es lehnt die Existenz Israels ab, unter welchen Bedingungen auch immer. Für Syrien ist die ganze arabische Levante, das Gebiet, das heute Libanon, Jordanien und Israel umfaßt, ein Teil des historischen syrischen Reichs. Seit der Revolution des Jahres 1963, in der die bis heute regierende Baath-Partei die Macht ergriff, hat sich Syrien sogar ein noch weiteres Ziel gesteckt: die Vereinigung aller Araber in einem großen arabischen Vaterland mit einem sozialistischen Regime und mit Damaskus als Mittelpunkt.

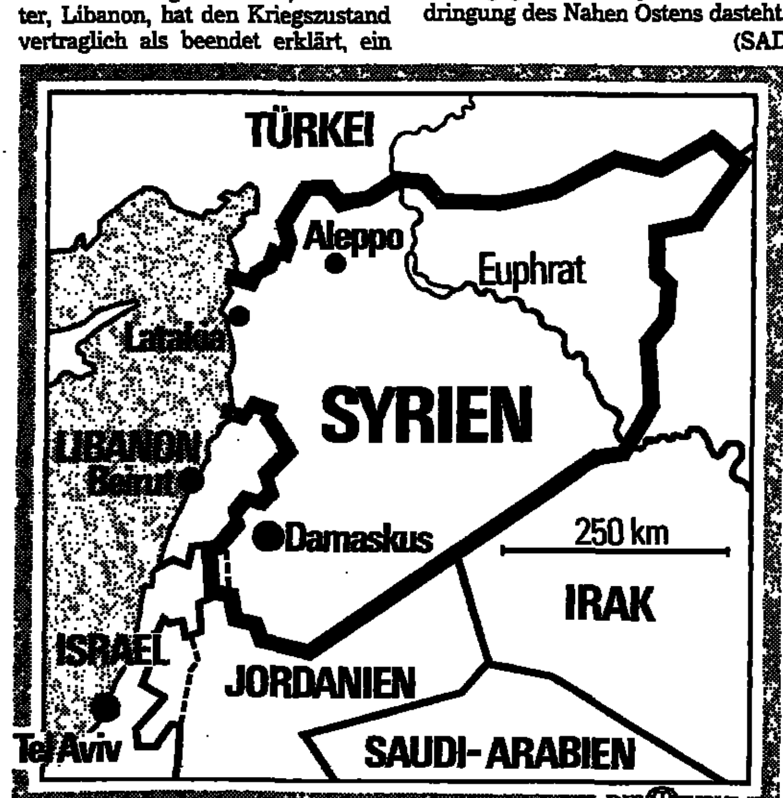
Unter diesem Vorzeichen muß die gesamte Politik Syriens aufgefaßt werden – und so wird sie auch verständlich. Zur Verwirklichung des Panarabismus werden Bündnisse geschlossen oder gebrochen, je nach der momentanen Notwendigkeit. Zu diesem Zweck arbeitet Syrien eng mit der PLO wie auch mit den Terrororganisationen außerhalb der PLO zusammen. Auch hier folgt es der jeweiligen Notwendigkeit: Es entfachte den libanesischen Bürgerkrieg vor zehn Jahren, indem es die Moslems gegen die Christen aufwiegelte, half aber ohne Skrupel den Christen, die PLO-Besatzungen von Tel-El-Za'atar und anderen PLO-Lagern niederzumetzeln.

Ähnliche Überlegungen, so wird in Israel angenommen, bewogen die Syrer, den Aufstand innerhalb der PLO gegen Arafat anzuzetteln. Zwar wird kein Israeli bereit sein, Arafat als versöhnlich oder kompromißwillig zu bezeichnen. Doch für Syrien genügte es, daß Arafat den Kampf gegen Israel mit weniger Nachdruck verfolgte als einige seiner Rivalen.

Ägypten gelingt es allmählich, sich aufs neue die Gunst der arabischen Staaten zu erwerben, nachdem es sie durch den Frieden mit Israel eingebüßt hat. Irak, Jordanien und Marokko sprechen schon mit Ägypten, und andere sind nicht weit davon entfernt. Doch Syrien steht in der ersten Reihe der Feinde Kairos wie auch Jordaniens, weil ihm diese gegenüber Israel viel zu gemäßigt erscheinen.

Es ist daher kaum verwunderlich, daß das israelisch-libanesische Abkommen vom Mai 1983 für Syrien geradezu ein Verrat an der arabischen nationalen Sache ist. Dabei ist es belanglos, daß das Abkommen noch gar nicht angewendet wird und daß auch dessen Annullierung die eigentliche Lage kaum ändern würde. Die Tatsache, daß ein Schriftstück ohne ausgesprochen militärischen Charakter die Unterschriften Israels und eines arabischen Staates trägt, ist für Syrien allein schon unerträglich.

Zu alledem kommt die immer stärkere Anlehnung Syriens an die Sowjetunion, während Israel als Bollwerk gegen die sowjetische Durchdringung des Nahen Ostens dasteht. (SAD)



Bonn, Damaskus und ungewöhnliche Tischreden

Syrien war für die Bundesrepublik immer ein wichtiger, aber oft auch ein schwieriger Partner. Bundespräsident Scheel und Bundesaußenminister Genscher mußten schon vor Jahren Ausfälle in syrischen Tischreden kontern. Aber Bonn hat den Kontakt zu Damaskus nie aufgegeben. Genscher traf seinen syrischen Amtskollegen Khaddam zuletzt im September 1983 in New York.

Von BERNT CONRAD

Bei festlichen Banketten auf Schloß Augustusburg in Brühl geht es normalerweise vornehm-gedämpft zu. Ausgerechnet der joviale Polemiken abholde Walter Scheel aber hielt es als Bundespräsident am 11. September 1978 für unumgänglich, einem Staats- und Schloßgast, dem syrischen Präsidenten Hafiz el-Assad, nach dessen Tischrede ganz unprotokollarisch in die Parade zu fahren.

Assad hatte in Erwiderung auf freundliche Begrüßungsworte Scheels zwar die Beziehungen zu Bonn gerühmt, gleichzeitig aber den damaligen ägyptischen Präsidenten Sadat wegen dessen Friedenskontakten in Israel scharf angegriffen und die israelische Regierung selbst beschuldigt, „eine immer unnachgiebigere und aggressivere Haltung einzunehmen". Damit war der Austausch der Tischreden formell beendet.

Der Bundespräsident aber erhob sich zur allgemeinen Überraschung von seinem Platz und erklärte, zu Assad gewandt, er habe sich noch einmal zu Wort gemeldet, „um keinen Irrtum darüber aufkommen zu lassen, daß ich nicht alle Ihre Wertungen, die Sie heute abend hier vorgetragen haben, teile". Scheel räumte ein, daß eine solche Erwiderung ungewöhnlich sei, und sagte: „Das Ungewöhnliche ergibt sich daraus, daß Ihre heutige Rede auch ungewöhnlich gewesen ist in ihrer detaillierten Wiedergabe politischer Entwicklungen in Ihrer Region und in Ihrer Wertung dieser Entwicklungen".

Der syrische Staatschef lauschte den distanzierenden Worten mit starrer Miene. Scheel verstand es jedoch, die Atmosphäre bald wieder aufzulockern. Daran waren auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sehr interessiert. Denn sie hielten sich an das Wort Henry Kissingers, im Nahen Osten sei ohne Ägypten kein Krieg, ohne Syrien aber kein Frieden möglich.

Darum reiste Genscher – obwohl Assads Bonn-Besuch die Chancen für einen Einstieg Syriens in den von Israel und Ägypten eingeleiteten Friedensprozeß nicht verbessert hatte – ein Jahr später nach Damaskus. Hier erlebte er eine Art Neuauflage des Brühler Tischreden-Zwischenfalls. Das ging folgendermaßen vor sich: Im allgemeinen ist es üblich, daß die Texte von Tischreden vorher ausgetauscht werden. Der Bundesaußenminister aber hatte die Ansprache, die sein syrischer Amtskollege Abdul Halim Khaddam am 26. August 1979 halten wollte, aufgrund einer Panne nicht vorab erhalten.



Im August 1979 besuchte Außenminister Genscher seinen syrischen Kollegen Khaddam in Damaskus
FOTO: SVEN SIMON

Beim Cocktail machte ein Journalist den verblüfften Genscher darauf aufmerksam, daß Khaddam nach seinem vorbereiteten Entwurf ungewöhnlich harte Attacken gegen die USA, Ägypten und Israel richten würde. Da war von der „häßlichen kapitalistischen Ideologie" Washingtons die Rede, von einem amerikanischen „Herrschaftsanspruch auf das Mittelostgebiet", von israelischer „Verbohrtheit und Aggressivität" und vom „Verrat Sadats".

Genscher entschied sich spontan und arbeitete in seine längst formulierte Tischrede eine improvisierte Antwort ein. Die Bundesrepublik wünsche nicht nur mit den arabischen Staaten, sondern „auch mit dem uns befreundeten Israel" ein Verhältnis der Partnerschaft, erklärte Genscher nun. Den angegriffenen Sadat nahm er mit der Bemerkung in Schutz, man sollte allen arabischen Staaten und ihrer Politik mit Verständnis entgegentreten. „Ich schließe das uns befreundete Ägypten hier mit ein".

Besonders engagiert warf sich der FDP-Chef, vom Text abweichend, für die Amerikaner in die Bresche. Er widersprach energisch der Kritik Khaddams und rühmte die deutsch-amerikanische Partnerschaft, „die sich auf Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung gründet, auf gemeinsame Wertvorstellungen von der Würde des Menschen, den Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker".

Genscher fuhr, immer noch improvisierend, fort: „Wer realistische Politik in Europa betreibt, kann nicht außer acht lassen, daß die Staaten Europas sich heute unter fremder Vorherrschaft befänden – so wie dies leider heute noch für einen Teil meines Landes, meine persönliche Heimat eingeschlossen, gilt – gäbe es diese Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten nicht. Vielleicht lohnt es sich auch, die Lage im Nahen Osten unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten".

Das glich fast einer Ohrfeige. Aber Khaddam nahm sie ohne Bewegung hin. Wieder einmal zeigte sich: Eine klare Sprache wird auch von den Syrern verstanden und akzeptiert. Die Gespräche Genschers jedenfalls, zu denen auch ein Treffen mit Assad gehörte, wurden danach wesentlich lockerer. Der syrische Außenminister selbst rühmte am zweiten Abend die „freundschaftlichen Gefühle, die wir füreinander haben".

Doch diese Gefühle wurden eineinhalb Jahre später auf eine harte Probe gestellt, als die Ehefrau des syrischen Oppositionspolitikers und Leiters des Islamischen Zentrums in Aachen, Issam el-Attar, im März 1981 – vermutlich von einem syrischen „Kommando" – ermordet wurde. Bewiesen werden konnte nichts, aber generell bestritt in Damaskus niemand, daß die Assads jüngeren Bruder Rifaat unterstehenden „Verteidigungs-Kommandos" Gegner im In- und Ausland bekämpfen und liquidieren sollten.

Die deutsch-syrischen Beziehungen kühlten sich in der Folgezeit ab. Ein Symptom dafür war, daß Außenminister Khaddam seinen seit Jahren fälligen Gegenbesuch in Bonn bisher nicht absolviert hat.

Trotzdem pflegte Genscher den Kontakt so gut wie möglich weiter – nicht zuletzt wegen der wichtigen Rolle Syriens im Libanon-Konflikt. So traf er am 29. September 1983 seinen syrischen Amtskollegen am Rande der UNO-Vollversammlung in New York. Dabei nahm Khaddam für seine Regierung in Anspruch, das damals erzielte Waffenstillstandsabkommen in Libanon gemeinsam mit den Saudis zustande gebracht zu haben. Damaskus wünsche eine Lösung des Konflikts, beteuerte der Syrer. Allerdings beurteilte er die realen Chancen für eine Beendigung des Krieges skeptisch.

Davon ist heute nur noch der letzte Satz aktuell. Doch die Bonner Nahost-Experten haben schon viele Schwenkungen der Syrer erlebt: Ursprünglich griff Assad in Libanon ein, um die Christen vor der Vernichtung zu bewahren – seit geraumer Zeit hingegen unterstützt er massiv diejenigen, die dem christlichen Präsidenten Gemayel das Rückgrat brechen möchten. Neue Schwenkungen sind nicht ausgeschlossen. Um so notwendiger ist es nach Bonner Ansicht, daß der Faden nach Damaskus nicht abreißt. Die Beurteilung der Strauß-Reise allerdings steht auf einem anderen Blatt.

Erstmals Kritik an Glemp aus der „Solidarität“

AFP, **Warschau**

Mehrere Informationsblätter der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ aus der Warschauer Region haben zum erstenmal offene Kritik an Primas Glemp geübt. Ein Geistlicher bemängelte den Hirtenbrief Glemps zum neuen Jahr, in dem der Primas den Priestern untersagte, Politik zu betreiben und offen für die „Solidarität“ Partei zu ergreifen. Glemp wird vorgeworfen, er habe sich dem Regime Jaruzelski „zu sehr unterworfen“ und verfolge eine „Politik des (sozialen) Friedens um jeden Preis“. Auf Initiative Kardinal Glemp ist Pater Mieczyslaw Nowak, ein von der polnischen Regierung als „extremistisch“ eingestufter Geistlicher, von seiner Gemeinde im Warschauer Arbeitervorort Ursus in eine kleine Ortschaft hundert Kilometer westlich von Warschau versetzt worden.

Weniger Protestanten vor dem Traualtar

epd/AP, **Hannover**

Die Zahl der Gläubigen in den 17 Mitglieds-Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist 1982 im Gegensatz zu früheren Jahren nur geringfügig zurückgegangen. Eine am Mittwoch veröffentlichte EKD-Studie zeigt, daß der Kirche 1982 rund 25,7 Millionen Personen angehörten und damit lediglich 0,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Während 1974 noch mehr als 200 000 Bürger der Bundesrepublik Deutschland aus der evangelischen Kirche austraten, kehrten ihr 1982 „nur“ 113 375 den Rücken, aber 33 885 fanden wieder zu ihr zurück – doppelt so viele wie 1973. In den 10 622 Gemeinden waren 1982 in mehr als 120 Arbeits-, Gebets- und Gesprächskreisen etwa 2,2 Millionen Menschen aktiv.

Während Taufe, Konfirmation und Bestattung nach wie vor von fast allen evangelischen Christen in Anspruch genommen werden, ist der kirchliche Segen bei der Eheschließung immer seltener gefragt. 1982 wurden 229 974 Kinder evangelisch getauft, 427 542 Mädchen und Jungen konfirmiert und 328 334 Verstorbene von einem evangelischen Pfarrer bestattet. Aber nur 91 692 evangelische Paare – 68 Prozent – gaben sich vor dem Traualtar das Jawort. 1963 waren es noch 85 Prozent gewesen.

Stiftung Mutter und Kind stößt auf Widerstände

Wohlfahrtsverbände kritisieren zu geringe Ausstattung

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Der Entwurf eines Errichtungsgesetzes für die im Dezember 1983 von Bundesfamilienminister Heiner Geißler vorgeschlagene „Stiftung Mutter und Kind“ als Teil eines Programms „Schutz des ungeborenen Lebens“ ist von allen großen Wohlfahrtsverbänden kritisiert worden. Bemängelt wurde bei zwei Vorsprachen von Repräsentanten der Verbände im Ministerium die mit 50 Millionen Mark zu gering vorgesehene Ausstattung der Stiftung. Sie stehe in keinem Verhältnis zu den Einsparungen im Sozialbereich, unter anderem den 300 Millionen Mark beim Mutterschaftsgeld. Unabhängig von den Verbänden haben sich Frauengruppen aus 17 Organisationen auf den 25. Februar als „ersten bundesweiten Aktionstag“ geeinigt, an dem sie gegen die Stiftung protestieren wollen.

Bundesminister Geißler hatte das „Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens“ im Vorjahr mit dem Hinweis vorgelegt, in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland mit einem Sozialprodukt von über 1,5 Billionen Mark dürften finanzielle Schwierigkeiten kein Grund für Abtreibungen sein. Mit 9,4 bis 9,5 Geburten auf 1000 Einwohner ist die Bundesrepublik weltweit das Land mit der niedrigsten Geburtenrate. 1982 waren fast 80 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche mit der „Notlagenindikation“ begründet worden.

Änderung des Steuerrechts

Das Programm, das eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bundeskanzleramtes sowie der Bundesministerien für Familie, Justiz, Arbeit und Sozialordnung und des Innenministeriums erstellte, sieht unter anderem Verbesserungen im Bereich der Adoption vor, die Errichtung von „Patenschaften“ für Familien in Not, Verbesserungen bei den rund 1000 Paragraph-218-Beratungsstellen im Bundesgebiet und vor allem eine Neuregelung des Familienlastenausgleichs durch Änderung des Steuerrechts zugunsten der Familien.

Als die Vertreter von Caritas, Arbeiterwohlfahrt, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Ende Januar dieses Jahres im Familienministerium zu einer ersten Sitzung über die künftige „Stiftung Mutter und Kind“ zusammenkamen, lag ihnen noch kein Entwurf für das Errichtungsgesetz vor, heute gibt es bereits eine dritte Fassung. Die Verbände seien viel zu spät hinzugezogen worden und sollten jetzt unter Zeitdruck entscheiden, lautet der Vorwurf. Mitte März solle das Gesetz ins Kabinett, Anfang Juli solle es in Kraft treten.

Hilfen für Neugeborene

Beim zweiten Gespräch im Familienministerium im Februar legten die Wohlfahrtsverbände eine gemeinsam verfaßte Resolution vor. In ihr wird vor allem eine Ausdehnung der Hilfen für Neugeborene bis zum dritten Lebensjahr gefordert statt der Vergabe einer Überbrückungshilfe bei der Geburt. Kritisiert wird, daß es bei der vorgesehenen Stiftung keinen Rechtsanspruch auf Auszahlung gibt. Eine Stiftung Mutter und Kind müsse auf die Gewährung von höherem Kindergeld hinarbeiten, auf Erziehungsgeld und auf verbesserte Unterbringungsmöglichkeiten von Kindern berufstätiger Mütter.

Gefordert wird unter anderem die Umschuldung von in Not geratenen Familien und eine Intensivierung des Beratungsangebots für schwangere Frauen. Die Wohlfahrtsverbände vermissen beim vorliegenden Gesetzentwurf Klärungen auf Datenschutzgebiet und die einwandfreie Klärung, was unter Worten wie „gewähren“, „Zusage“ oder „vermitteln“ im Gesetzestext zu verstehen sei.

Beim Deutschen Roten Kreuz, das keine Beratungsstellen unterhält, über die Zahlungen aus der Stiftung erfolgen sollen, vermißt man im letzten Gesetzentwurf den Hinweis darauf, daß auch für das Kleinkind noch etwas aus dieser Quelle fließen könne – hier sei nur die Rede davon, daß die „Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern“ sei. Vorher habe man immerhin noch von Mitteln „für Pflege und Erziehung eines Kleinkindes“ gesprochen.

„Privilegien und Korruption“

Osteuropa-Experten analysieren auf Symposium den Alltag in der Sowjetunion

PETER SCHMALZ, **München**

Der sowjetische Rundfunk sendet fast täglich ein Lied, dessen Refrain eine bemerkenswerte Hymne auf den Staat der Straflager und der politisierten Psychiatrie ist: „Ich kenne kein anderes solches Land, wo der Mensch so frei atmet.“ Doch trotz des eklatanten Widerspruchs zwischen Parole und Realität vermutet der Münchner Südosteuropa-Experte Professor Werner Gumpel, daß der Text den von der Sowjetführung gewünschten Erfolg bringt: „Ein perfektes System der Informationsselektion und die ständige Wiederholung der Parteiparole lassen die Mehrheit der Menschen glauben, daß dieser Refrain die Tatsachen widerspiegelt.“

Wie aber der „alltägliche Sozialismus“ das Leben in den kommunistischen Staaten tatsächlich prägt, versuchten die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung und das Südosteuropa-Seminar der Universität München in einem zweitägigen Symposium zu demonstrieren. Dieser alltägliche Sozialismus, meinte Professor Gumpel, kennt nicht das Glanzpapier der ins Ausland versandten Propagandaschriften: „Der Alltag ist vielmehr farb- und glanzlos, es sei denn, man gehört der herrschenden privilegierten Schicht an oder versteht es, sich sein Leben mittels Bestechungsgeldern zu verbessern. Privilegien und Korruption sind die zwei wichtigsten Herrschaftsinstrumente im Sowjetsozialismus.“

Die angeblich klassenlose Gesellschaft ist strenger als die des Westens vom Kastensystem geprägt. Professor Michael Voslenski, Leiter des Münchner „Forschungsinstituts für sowjetische Gegenwart“, unterscheidet an der Spitze zwei streng getrennte Eliteschichten: „Die herrschende und hochprivilegierte Politbürokratie – die Nomenklatura und die nicht herrschende und weniger privilegierte Intelligenz.“ Eine Vorzeigeelite aus sorgfältig ausgewählten hochdekorierten Arbeitern und Kolchosbauern habe dagegen nur den Pseudocharakter von Marionetten. Das Militär ziehe sich „als Streifen“ durch alle Schichten.

Nach Voslenskis Beobachtung macht sich die Jugend der Sowjetunion weitgehend falsche Vorstellungen über den Weg zum Macht- und Privilegiengipfel: Die meisten glauben, man müsse Wissenschaftler, Schriftsteller, Schauspieler oder hoher Offizier werden, um gut leben zu können. „Nur die besonders Schlauen begreifen, daß der wirkliche Weg nach oben über den Parteiapparat führt“, referierte der 1972 aus der UdSSR emigrierte Wissenschaftler.

Den Aufstieg dahin beschrieb Voslenski als weitgehend willkürlich, doch stets auf absoluter Loyalität gegenüber der Partei basierend. Einen direkten Bildungsweg dahin gebe es nur für Protektionskinder.

Klassenübergreifend sind dagegen Schattenwirtschaft und Korruption, die Professor Alexander Osadczuk-Korab (Berlin) als „lebensnotwendiges Vitamin“ des realen Sozialismus bezeichnete. Die Schattenwirtschaft, also die Produktion und Verteilung schwarzer Güter, ist nach Ansicht von Professor Peter Wiles von der London School of Economics die „ganz allgemein übliche Erscheinung in Wirtschaften sowjetischen Typs“. Der Grund: Die begehrte Ware gibt es überhaupt nicht oder sie ist mit irrational hohen Steuern (Wodka) belegt. Mit Geld aber geht fast alles, sogar Ministerposten lassen sich kaufen. Ein Handelsminister kostet 250 000 Rubel, einen für Bestechung weniger geeigneten Sozialminister gibt's schon für 100 000, berichtete Voslenski.

Düstere Visionen des Hugo Brandt

Mainzer Oppositionsführer prophezeit eine baldige Automobil-Krise

Nea. **Mainz**

Zur Stahl-, Kohle- und Werftenkrise könne sich in der Bundesrepublik schon im kommenden Jahr sehr leicht eine Strukturkrise im Automobilbau gesellen. Mit dieser Prophezeiung untermauerte der rheinland-pfälzische Oppositionsführer Hugo Brandt (SPD) in der abschließenden Haushaltsdebatte des Landtags seine sehr düstere Situationsanalyse für Bund und Land.

Nach dem bisher geltenden Sechs-Jahre-Zyklus im Konjunkturablauf werde die „leichte Windböe“ des Aufschwungs schon Ende 1984 wieder in einen Abwärtstendenz umschlagen, sagte Brandt. Dann werde auch Rheinland-Pfalz, das bisher von größeren Strukturkrisen verschont geblieben sei, mit in den Strudel der Probleme geraten.

Die Bundesrepublik müsse sich, forderte der SPD-Politiker, vom amerikanischen Zins und der amerikanischen Währung „abkoppeln“. Die Landesregierung forderte er auf, endlich vom „Fetisch der Nichtverschuldung“ Abschied zu nehmen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müßten zusätzliche „arbeitsmarktintensive Investitionen“ des Landes in Höhe von ca. 222 Millionen Mark für die Jahre 1984 und 1985 in den Doppelhaushalt mit aufgenommen werden.

Diesen Forderungen und dieser düsteren Prognose trat Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) mit großer Entschiedenheit entgegen. „So einfach ist das also“, rief Vogel dem Oppositionsführer zu. „Die einen sorgen sich um die Menschen, die anderen um das Geld, und wer wollte da nicht auf der Seite der Menschen stehen. Auf den Gedanken, daß beides etwas miteinander zu tun hat, darf man nicht kommen.“

Den Vorwurf der Opposition, der Haushalt sei ein „Dokument phantasielosen Verhaltens“, konterte der Regierungschef mit dem Satz: „Ich überlasse es gerne und getrost dem Urteil der Bürger, ob Sparen phantasieloser ist als Schulden machen.“

Die Regierung hatte einen Haushalt für 1984 in Höhe von 13,5 Milliarden DM und für 1985 von knapp 13,9 Milliarden DM eingebracht. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat diesen Entwurf mit der Mehrheit der CDU-Stimmen noch einmal um insgesamt 7,5 Millionen DM gekürzt. Um diesen Betrag soll die Neuverschuldung eingeschränkt werden.

Außerdem wurden im Ausschuß einige Umschichtungen (u. a. zugunsten höherer Investitionen) beschlossen. Bei der Finanzierung eines sogenannten Technologieparks an der Uni Kaiserslautern stimmten im Ausschuß CDU und SPD gemeinsam für eine Abänderung des Regierungsentwurfs. Die Verabschiedung des Doppelhaushalts ist für Freitag vorgesehen.

Für Co op ist 35-Stunden-Woche unrealistisch

rtr, **Hamburg**

Eine Vorreiterfunktion der gewerkschaftseigenen Betriebe bei der Einführung der 35-Stunden-Woche ist nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Co op AG Bernd Otto „absolut unrealistisch“. Einen entsprechenden Wunsch aus Arbeitgeberkreisen lehnte Otto gestern in der Wochenzeitung „Die Zeit“ als „unseriöse, mehr propagandistische Forderung“ ab.

Für die gewerkschaftseigene Einzelhandelsgruppe Co op sei eine größere Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit von unmittelbarem Interesse. Dies bedeute gleichzeitig größere Flexibilität bei der Lebensarbeitszeit. Otto räumte ein, daß er dabei „eine gewisse Übereinstimmung“ mit der Position der Arbeitgeberverbände habe. Er bezweifelte, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche in seinem Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen würde.

Bedenken gegen neuen Nationalpark

schw. **Kiel**

Zur Erhaltung der Wattlandschaft der schleswig-holsteinischen Nordseeküste hat Landwirtschaftsminister Flessner dem Kieler Kabinett das Konzept eines 270 000 Hektar großen Nationalparks vorgelegt. Nach dem entsprechenden niedersächsischen Plan soll das Gebiet in vier Schutzzonen aufgeteilt werden, deren Abgrenzungen jedoch von der Landesregierung noch nicht festgelegt worden sind.

Wirtschafts- und Verkehrsminister Westphal soll dem Vernehmen nach gegen das Projekt eingewandt haben, es werde Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Fischerei in dieser wirtschaftlich schwachen Zone entscheidend beeinträchtigen und die Suche und Förderung von Erdöl verhindern. Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Nutzung einerseits und der Landschafts- und Naturschutz des Wattenmeers scheinen nicht miteinander vereinbar zu sein.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kohl zu den Generalen: Der Minister ist mein Kollege und Freund

Von RÜDIGER MONIAC

Selten ist eine Kommandeurstagung der Bundeswehr von einem General, der gar nicht anwesend war, so bestimmt worden. Kießling, obwohl als Amtsträger und als Mensch durch des Kanzlers Hilfe inzwischen rehabilitiert, war in Travemünde nicht dabei. Bis er endgültig und doch vorzeitig als aktiver Vier-Sterne-General Ende März die Bundeswehr verläßt, stellt er seine Gesundheit wieder her, wie er Minister Wörner in dem Briefwechsel, der seiner Rehabilitierung vorausging, mitteilte. In Uniform wird Kießling wohl nur noch einmal auftreten, bei seiner Verabschiedung. Die Auguren in Travemünde flüsterten es sich gegenseitig zu: Zum Großen Zapfenstreich wird nicht nur Wörner kommen. Auch der NATO-Oberbefehlshaber, US-General Rogers, Kießlings letzter Vorgesetzter, soll sich zu dem Ereignis schon angesagt haben.

Dennoch, in Travemünde blieb Kießling und die Handhabung seines „Falles" durch Wörner das Gesprächsthema. Der Kanzler mochte das vorausgeahnt haben, denn er begann gestern seine Rede vor den führenden Soldaten der Bundeswehr mit eben diesem Problem. „Bevor ich mich dem eigentlichen Thema zuwende", sagte Helmut Kohl, „will ich einige Anmerkungen zu den Ereignissen machen, die uns alle und vor allem die Bundeswehr und damit auch Sie sehr stark bewegt haben."

Seine „Anmerkungen" gerieten zum Schutzschild für einen Verteidigungsminister, der ohne Kohls breite Brust in den zurückliegenden Wochen wohl sein Amt gegen den heftigen Strom öffentlicher Kritik kaum behalten hätte. Und Kohls Worte erwiesen sich als dermaßen geschickt gewählt, daß Kritik an Wörner auch von den Generalen und Admiralen kaum mehr beherzt vorgetragen werden konnte. Den Kanzler hörte man über den Verteidigungsminister lange nicht dermaßen demonstrativ positiv sprechen. „Meinen Kollegen und Freund", nannte er ihn, einen außergewöhnlich kenntnisreichen, befähigten und engagierten Verteidigungsminister, einen, der bei den Bündnispartnern und sogar in Moskau, woher der Kanzler ja gerade gekommen war, hohes Ansehen genieße. Was der Kanzler schon in Bonn offenbar erfolgreich versucht hatte, indem er Wörners Probleme mit Kießling zu den seinen gemacht hatte, wirkte ganz offensichtlich auch bei den Kommandeuren. Geschickt appellierte er an deren Kameradschaftsgefühl: „Ich bitte Sie alle, den Verteidigungsminister wie bisher bei seiner schwierigen Aufgabe zu unterstützen."



Nach seiner Rede, in der er sich vorbehaltlos vor Verteidigungsminister Wörner gestellt hatte, beantwortete Helmut Kohl die Fragen der Generale. Stehend: Generalinspekteur Peter Altenburg. FOTO: WOLF PFEIFFER/DPA

Am Abend vorher, nach Wörners Rede und Diskussion mit den Generalen und Admiralen, war die Stimmung noch längst nicht so günstig für den Minister, wie sie sich nach des Kanzlers Einstehen für ihn zu entwickeln schien. Eine Reihe von hohen Offizieren war in der festen Absicht zur 27. Kommandeurstagung gekommen, dem Minister sehr kritische Fragen zu stellen. Vor allem: Gilt für ihn das Ehrenwort eines Generals nichts?

Wörner hat sich auf solche Herausforderungen indes nicht eingelassen. Er erläuterte den Generalen und Admiralen, es sei ihm einerseits um die Sicherheitsinteressen des Landes, andererseits aber auch um die Interessen des Betroffenen gegangen. Was Wörner so nicht sagen konnte, tat dann der Kanzler: „So, wie sich der Sachverhalt ihm darstellte, hat der Verteidigungsminister dabei pflichtgemäß gehandelt." Wörner habe „von Anfang an alles versucht", die Persönlichkeitsrechte des Generals zu schützen. Erfolglos, wie man heute weiß. „Einzelaspekte des Falles", so umschrieb der Kanzler gestern die Verdächtigungen gegen Kießling, über dessen angeblichen Umgang in Kölner Lokalen mit schlechtem Ruf, hätten eine öffentliche Diskussion ausgelöst, die allen Beteiligten nur geschadet habe.

„Parteigenerale" schimpften später Kameraden die beiden hohen Offiziere, die nach Wörners Rechtfertigung, bei der übrigens die Journalisten nicht zugelassen waren, dem Minister spitze Fragen stellten. Der eine ist Wehrbereichsbefehlshaber in Mainz. Jedermann weiß, daß er Genschers Partei angehört. Und wenn General Martin Holzfuß demnächst pensioniert wird, kann man damit rechnen, ihn alsbald als FDP-Kandidat für die Bundestagswahl 1987 auftauchen zu sehen. Holzfuß sprach von seinen „bösen Erfahrungen" im „Meenzer Karneval". Ein Soldat könne sich dort kaum noch sehen lassen, ohne angefrotzelt zu werden. Hätte die Affäre nicht stilvoller bereinigt werden können, fragte er.

Ein anderer, gegenwärtig noch Chef des Luftwaffenamtes in Köln-Porz, gehört der SPD an. Auch das ist den Eingeweihten geläufig. Der Drei-Sterne-General Günter Raulfs wollte dem Generalinspekteur zur Seite springen, indem er den Minister fragte, warum er General Altenburg so spät über die Vorwürfe gegen Kießling unterrichtet habe. Erregt fügte dann Raulfs hinzu, das wäre seinerzeit unter der politischen Leitung Apels nicht passiert. Da habe der Generalinspekteur jederzeit Zugang zum Minister gehabt. Das löste unter den Offizieren bissig-ironisches Gelächter aus. Sie lachten, wußten natürlich genau, daß der damalige Generalinspekteur Harald Wust bei Apel überhaupt keine offene Tür fand und deshalb am Ende ja auch seine vorzeitige Pensionierung beantragt hatte.

Wörner hatte es leicht, Raulfs die Unsinnigkeit seines Vorwurfs vor Augen zu führen. Nur Stunden später, nachdem er selbst von den Beschuldigungen gegen Kießling am 14. September letzten Jahres erfahren hatte, war auch General Altenburg durch ihn eingeweiht. Abends in der Bar des Tagungshotels „Maritim" wandten sich sogar Lehrgangskameraden von Raulfs aus der Zeit der Generalstabsausbildung in Hamburg kopfschüttelnd von ihm ab. Einer sagte ihm nicht selbst ins Gesicht, doch anderen ins Ohr: „Jetzt hat er seinen Parteiauftrag erfüllt."

Die Stimmung der hohen Offiziere, die wohl mit einigem Grimm über den Minister nach Travemünde angereist waren, gab am besten der dritte in der Diskussion mit Wörner wieder. Der Generalleutnant von zur Gathen forderte dazu auf, einen Schlußstrich zu ziehen: „Schauen wir gemeinsam in die Zukunft und packen die Probleme an, die auf der Bundeswehr lasten."

MAD-Chef Behrendt räumt vor Ausschuß Fehler ein

Minister über Hintergründe des Dossiers nicht informiert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages, der die Vorgänge um die Entlassung des Generals Günter Kießling aufklären soll, hat gestern der Chef des Militärischen Abschirm-Dienstes (MAD), Brigadegeneral Helmut Behrendt, Fehler eingeräumt. Er habe Verteidigungsminister Manfred Wörner nicht darüber unterrichtet, auf welchem nicht ordnungsgemäßen Wege das Dossier gegen Kießling zustande gekommen ist. Behrendt sagte weiter aus, daß er in der Affäre keine Ermittlungen mehr habe anstellen wollen, nachdem am 15. September 1983 eine Einigung zwischen Wörner und General Kießling erzielt worden sei. Der Staatssekretär im Verteidigungsausschuß Hiehle, habe ihn aber darauf gedrängt, die Ermittlung weiter zu führen und den Fall mit der erwarteten Aufhebung des Sicherheitsbescheides abzuschließen, weil Kießling keine Sonderbehandlung erfahren dürfe.

Kernstück aller Fragen an Behrendt war der Umstand, daß er in dem entscheidenden Bericht für das Verteidigungsministerium vom 6. Dezember 1983 seine Mitwirkung des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen bei der Beschaffung belastender Momente gegen Kießling behauptet hatte, obwohl davon, wie sich später herausstellte, nicht die Rede sein konnte. Die Beobachtungen im Kölner Homo-Treff „Tom-Tom" hatte ein Kölner Polizeibeamter nach privater Aufforderung des MAD-Angehörigen Stabsfeldwebel Jürgen Idel (der sich dabei als Oberstleutnant ausgab) angestellt.

Der „kurze Draht"

Behrendt bezeichnete dieses Vorgehen als „kurzen Draht". Wörtlich sagte er: „Es war sicher nicht der korrekte Weg." Laut Dienstanweisung könne aber jeder einzelne Fall „individuell behandelt" werden. Im „vorliegenden Fall habe es sicher Fehleinschätzungen" gegeben und „es war sicher nicht auf der Ebene zu erledigen, auf der es geschehen ist".

Heiterkeit entstand bei der Anhörung, als General Behrendt auf Fragen der Abgeordneten nach der angeblichen zweifelsfreien Identifizierung von Kießling im Kölner Milieu sprachliche Schwierigkeiten bei der Definition des Worte „Identifikation" aufführte. Der „Duden" sage, daß „identifizieren" gleichbedeutend sei mit „jemand genau wiedererkennen", die Kriminalpolizei definiere in ihrem Auskunftbuch für Kriminalbeamte, es handle sich bei diesem Begriff „um die einwandfreie Feststellung, ob die Person diejenige ist, für die sie sich ausgibt oder wofür sie gehalten wird". Wenn ihm, Behrendt, amtlich gemeldet werde, daß mehrere Personen einen Gesuchten erkannt hätten, dann gehe er davon aus, daß dies richtig sei.

In diesem Zusammenhang sagte der Zeuge auch, daß der Gefälligkeits-Bericht des Kölner Polizeibeamten an den MAD-Stabsfeldwebel nur mündlich erstattet worden sei, alles beruhe also in diesem Fall ausschließlich auf dem, was dieser Unteroffizier daraus gemacht habe.

„Sichere" Aussagen

Bei der Übergabe des Berichtes an Minister Wörner habe er auf entsprechende Fragen gesagt, daß es in diesem Falle keine vermutete Intrige gegen Kießling gebe und daß die gemachten Aussagen „sicher" seien. Er habe nicht gegen seine Vorschriften oder gegen sein Gewissen gehandelt, sondern es sei seine Aufgabe gewesen, „mit den Fakten auszukommen, die mir präsentiert worden sind". Für seine Unterschrift unter dem Bericht übernehme er die Verantwortung, auch dafür, daß durch Verkürzung des Ermittlungsergebnisses auf wenige Zeilen später Mißverständnisse entstanden sein könnten.

Behrendt, der seit 1956 der Bundeswehr angehört und seit 1957 im MAD beziehungsweise im Amt für Sicherheit der Bundeswehr arbeitet, legte zu Beginn der Anhörung dar, daß er von dem ganzen Vorgang Kießling nur durch das unterrichtet worden sei, was ihm sein Amtsvorgänger Schmähling bei der Amtsübergabe am 8. September 1983 in einem verschlossenen Umschlag aushändigte. Als aber am 15. September der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Altenburg ihm gesagt habe: „Ich glaube, wir haben die Kuh vom Eis", Kießling werde vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, seien alle Ermittlungen eingestellt worden.

Bund prüft Ersteigerung des Evangeliars

Nea. Kassel

Der Bundesrechnungshof untersucht die Umstände, unter denen am 6. Dezember 1983 in London für 32 Millionen Mark im Auftrage des Bundes das Evangeliar Heinrichs des Löwen ersteigert wurde. Dies geht aus einem Brief an den früheren Bürgermeister des nordhessischen Dorfs Helmarshausen hervor, in dessen Kloster das Kunstwerk entstanden ist.

Bayern diskutierten Wiederaufbereitung

lz. München

Die öffentliche Erörterung für die in Bayern geplante Wiederaufbereitungsanlage atomarer Brennstoffe konnte nach fünf Tagen beendet werden. Mit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung durch das bayerische Umweltministerium wird frühestens zum Jahresende gerechnet.

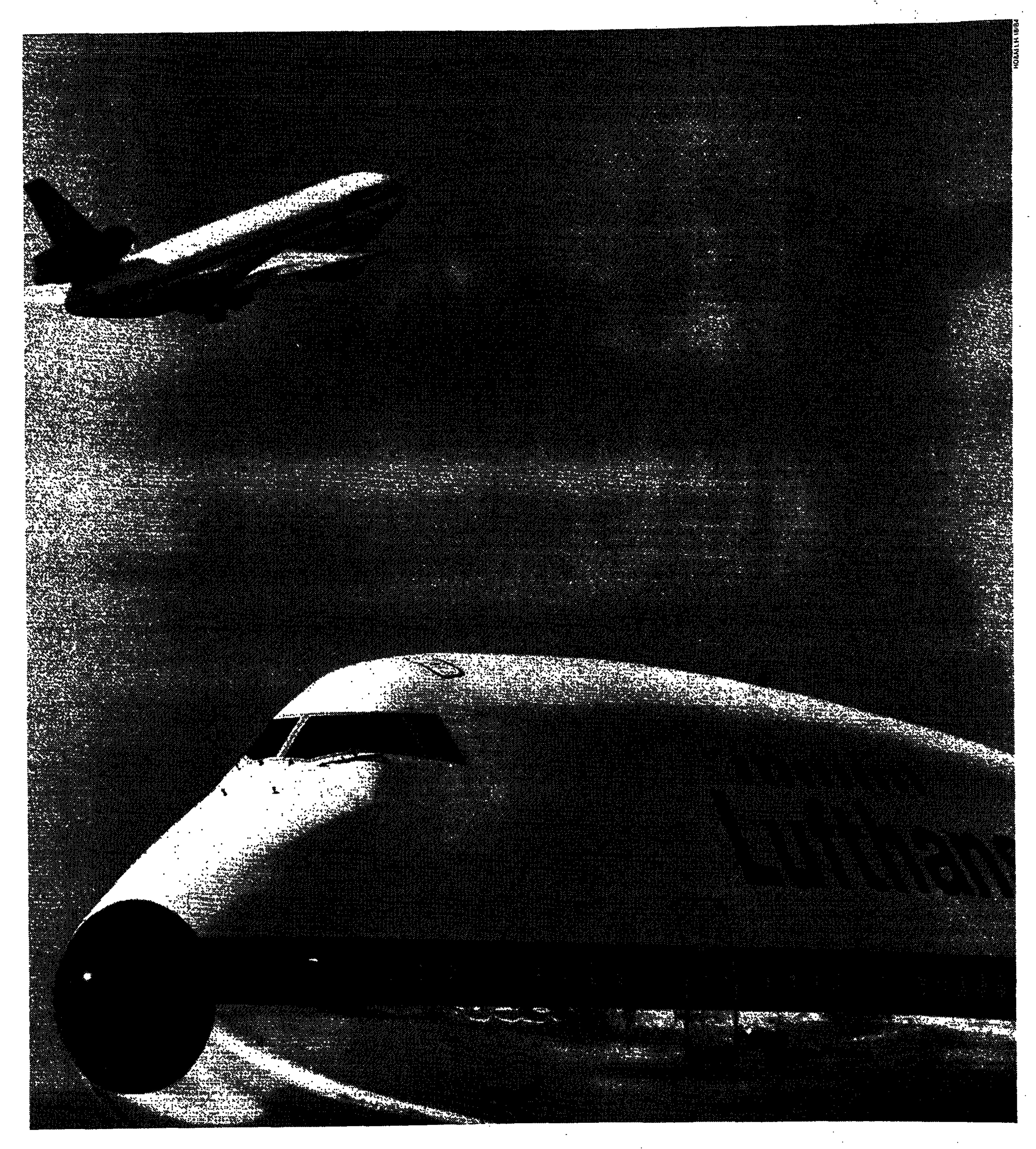
Späth will Asylrecht weiter verbessern

XHK, Bonn/Stuttgart

Baden-Württemberg und Berlin haben im Bundesrat einen Novellierungsentwurf zum Asylverfahrensgesetz eingebracht. Stuttgarts Regierungschef Lothar Späth (CDU) erklärte, die in diesem Entwurf vorgesehenen „weiteren Verbesserungen" zur Eindämmung der bereits stark zurückgegangenen Asylantenwelle sowohl bundesweit als auch im Südwesten würden auch von Bayern „mitgetragen".

Hauptinhalt der angestrebten Neuregelung, die auf einen Kompromiß im parlamentarischen Vermittlungsausschuß zurückgeht und bis 31. Juli dieses Jahres befristet ist: Sind Asylanträge offensichtlich unbegründet, dann soll das gerichtliche Verfahren künftig „keine aufschiebende Wirkung" mehr haben. Nur wenn der Asylbewerber vor Gericht innerhalb einer Woche nach der Ablehnung seines Asylantrags eine solche aufschiebende Wirkung beantragt und dies vom Gericht befürwortet wird, sei ein solcher Aufschub denkbar, erklärte Späth. Die drei Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Bayern seien „beunruhigt", so Späth, daß die Bundesregierung bisher in dieser Sache untätig geblieben sei. Er vermute, daß hier „die FDP sich querlegt".

Wie man mit den USA besser ins Geschäft kommt.



Wer gute Verbindungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada sucht, ist bei Lufthansa an der richtigen Adresse.

Denn Lufthansa fliegt ab Deutschland direkt zu 14 Zielen auf dem nordamerikanischen Kontinent. Und nach Mexico und Puerto Rico/San Juan. Machen Sie es sich bequem: Wählen Sie First- oder Business-Class, genießen Sie allen Komfort und alle Annehmlichkeiten, die Ihnen Lufthansa auf Langstrecken bietet. Fliegen Sie mit Lufthansa. Denn mit den besseren Verbindungen kommt man besser ins Geschäft.

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Der Unterschied ist Lufthansa

Strauß: Von Ost-Berlin mehr erwartet

DW. München

Zurückhaltender als noch vor Monaten bewertet der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß *jetzt den Stand* des deutsch-deutschen Verhältnisses und vor allem die Gegenleistungen der „DDR" für den umstrittenen Milliarden-Kredit vom vergangenen Jahr. „Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten", räumte Strauß im Bayerischen Fernsehen ein.

In der Kreditvereinbarung, an der Strauß wesentlich beteiligt war, seien allerdings keine Zusagen festgeschrieben worden. Trotzdem zeigte sich Strauß leicht enttäuscht: „Wir haben die Halbierung des Zwangsumtauschs erwartet und nicht erreicht." Als positiv bezeichnete er jedoch die volle Beseitigung des Mindestumtauschs für Jugendliche bis zu 14 Jahren und die Verbesserung der Lage an der Demarkationslinie.

Dagegen zog der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, im CSU-Blatt „Bayernkurier" eine positive *Bilanz* der *Deutschland*politik. Teilweise als Auswirkung des Milliarden-Kredits habe es Erleichterungen im Reiseverkehr, den Wegfall des Mindestumtauschs für Jugendliche, spürbaren Abbau der Todesautomaten an der Grenze und Vereinbarungen im Umweltschutz gegeben. Er erinnerte zugleich an die Verhandlungen über ein neues Kulturabkommen, das neue Postabkommen sowie den verstärkten innerdeutschen Handel. Bei „Reisen in dringenden Familienangelegenheiten" habe es binnen Jahresfrist einen Zuwachs von mehr als 40 Prozent gegeben. Jenningers Fazit: Das „Signal" des Kredits sei unverkennbar mit einer Reihe positiver Gegensignale beantwortet worden.

Dazu gab es gestern Hinweise, daß an der Grenze östlich von Wolfsburg weitere „DDR"-Schießautomaten abgebaut werden.

Unterdessen verstärkten sich die Hinweise, daß Ost-Berlin neue Kreditwünsche hat. Der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski betonte in der „Leipziger Volkszeitung" *die Bedeutung* einer „vernünftigen" Kreditpolitik mit dem Westen. Wirtschaftliches Autarkiestreben sei für die sozialistischen Staaten kein Rezept. Er nannte internationale Arbeitsteilung „*einfach notwendig*".

China optimistisch für Moskauer Treffen

dpa, Peking

China erwartet von dem für März in Moskau vorgesehenen vierten Treffen der Chefunterhändler beider Staaten „substantielle Fortschritte" bei der Überwindung der drei Haupthindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen. Dies erklärte der chinesische Staatsrat Ji Pengfei in einem *Interview*. Peking habe drei Forderungen an Moskau: die Reduzierung der sowjetischen Truppen entlang den Grenzen Chinas zur Sowjetunion und zur Mongolischen Volksrepublik, den Abzug der Sowjet-Truppen aus Afghanistan und den der vietnamesischen Einheiten aus Kambodscha. Zuvor hatten andere hohe Pekinger Funktionäre erklärt, *daß* China ein Entgegenkommen der Sowjets bei einer der drei chinesischen Forderungen bereits als wichtigen Schritt auf dem Weg zu besseren Beziehungen ansehen *würde*.

Schweden verstärken Jagd auf U-Boot

dpa, Karlskrona

Die schwedische Marine hat die Jagd auf ein fremdes Mini-U-Boot vor ihrer Basis Karlskrona an der Südküste intensiviert. Der vermutete Eindringling ist mit einem Bombenteppich belegt worden, nachdem am Dienstag bereits zehn Wasserbomben mit jeweils 100 Kilogramm Sprengkraft abgeworfen worden waren. Der Verteidigungsstab bestätigte, daß am vergangenen Samstag Froschmänner unbekannter Nationalität an einer Station der Küstenartillerie gesehen wurden. Soldaten suchten auf den umliegenden *Inseln* nach Spuren. Seit dem vergangenen Freitag sind Patrouillen- und Torpedoboote sowie Hubschrauber im Einsatz.

Straßburgs großer Wurf bleibt maßvoll

ULRICH LÜKE, Straßburg

Das Europäische Parlament hat am späten Dienstagabend mit der soliden Mehrheit von 231 gegen 31 Stimmen den Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Union verabschiedet. Nach Ansicht seines Initiators, des italienischen Abgeordneten Altiero Spinelli, handele es sich dabei um *die wichtigste Arbeit des Parlaments* seit seiner Direktwahl im Jahre 1979.

Für das Projekt stimmten vor allem die Christdemokraten, die Liberalen *und – wenn auch mit Bedenken – die* Hälfte der Sozialisten, unter ihnen vor allem deutsche Sozialdemokraten, deren Spitzenkandidatin Katharina Focke sich jedoch der Stimme enthielt. Auch die französischen Sozialisten stimmten mit Enthaltung, während die französischen Gaullisten an der Abstimmung gar nicht erst teilnahmen. Abgelehnt wurde der Plan von Teilen der britischen Konservativen, von französischen, dänischen und griechischen Kommunisten und von dänischen EG-Gegnern im Europa-Parlament.

Kernpunkte des *87* Artikel umfassenden Entwurfs sind eine Neuordnung der EG-Kompetenzen und eine Ausweitung der Gemeinschaftsaktivitäten. Das Europäische Parlament soll *dadurch erheblich aufgewertet* werden, so daß es echter Teil der europäischen Legislative wird und auch über die Einsetzung der Kommission entscheidet. Im Gesetzgebungsverfahren – das ist eine der wesentlichsten Neuerungen – soll es künftig Fristen geben. Reagiert der Ministerrat in einer vorgegebenen Zeit nicht auf die Vorschläge des Parlaments, gelten diese als angenommen.

Umstritten war in der ganztägigen Straßburger Debatte die Bereitschaft der Parlamentsmehrheit, auch das Vetorecht im Ministerrat in dem Ent-



EUROPA

wurf zu verankern. Es soll künftig allerdings nur noch in einer Übergangsfrist von 10 Jahren ausgeübt werden und nur aufschiebende Wirkung haben, wenn ein Mitgliedsstaat ein „vitales nationales Interesse" geltend macht. Vielen Abgeordneten und auch dem Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, ging diese Formulierung zu weit. Thorn verwies darauf, *daß* Parlament und Kommission dieses Vetorecht immer abgelehnt hätten. Die Verfechter der Vertragsidee bemühten dagegen gerade diese Passage des Entwurfs als Beleg *dafür, wie realistisch und maß*voll der Text abgefaßt sei. Vorwürfe, der Plan sei illusionär oder wirklichkeitsfremd, träfen daher nicht zu.

Die Autoren der Verfassungsinitiative haben tatsächlich einen Text vorgelegt, der sich an den Realitäten orientiert. Sie übernehmen den aktuellen Besitzstand der Gemeinschaft, sie schaffen keine grundlegend neuen Institutionen, sie „krempeln" die Gemeinschaft also nicht um. Dennoch machen sich die Abgeordneten von Straßburg keine Illusionen über die Realisierungschancen ihres Konzepts. Von Dänemark, Griechenland *und Großbritannien ist bekannt, daß* sie einen Kompetenzzuwachs der Europäischen Gemeinschaft unter allen Umständen ablehnen werden. Und auch im Europa der sechs Gründerstaaten hält sich die Begeisterung bislang in Grenzen. Unbestritten ist mittlereweile in diesen Staaten, daß die Gemeinschaft eines neuen grundlegenden Anstoßes bedarf.

Kritiker weisen jedoch darauf hin, daß es die Regierungschefs selbst waren, die 1972 die Gründung der Europäischen Union bis 1980 versprachen. Auch das Schicksal der Genscher/Colombo-Akte, auf dem *Stuttgarter Gipfel* in sehr abgemagerter Form schließlich als „feierliche Erklärung zur Europäischen Union" verabschiedet, bestärkte die Pessimisten. Von dieser feierlichen Erklärung sind seitdem keinerlei Impulse für die Gemeinschaft ausgegangen. In einem Kernpunkt, dem Vetorecht im Ministerrat, bekräftigten die Regierungschefs damals nur ihre unterschiedlichen Positionen. Es ist also völlig unklar, wie sie sich in absehbarer Zukunft auf eine Abschaffung dieses Vetos, wie vom Parlament gefordert, verständigen können sollten.

Im Plenum des Straßburger Parlaments noch unausgesprochen, in den Wandelgängen sehr wohl diskutiert, existieren dagegen Hoffnungen, die *sich auf eine neue deutsch-französi*sche Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft richten. Jüngste noch vage Äußerungen von François Mitterrand bei seinem Staatsbesuch in Den Haag und von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß gehen in diese Richtung. Dahinter steht offenbar die Wiederbelebung der alten Idee eines Europa der zwei Geschwindigkeiten. Eines Kerneuropas, möglicherweise gebildet aus den alten sechs Bundesstaaten, das sich fortentwickelt, und – so die taktische Kalkulation – die übrigen vier, bald sechs Partner in der Gemeinschaft in Zugzwang bringen würde.

In diesem Rahmen, so die jüngsten Straßburger Spekulationen, könnte der heute eher als illusionär abgetane Vertragsentwurf kräftig Aktualität erhalten.

Thorn geht mit EG-Regierungen hart ins Gericht

ULRICH LÜKE, Straßburg

Der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, hat seine turnus*mäßige Programmrede vor dem Eu*ropäischen Parlament in Straßburg gestern zu scharfen Attacken auf den Ministerrat und die Regierungen der EG-Mitgliedsstaaten genutzt. Ange*sichts des Debakels auf dem europäi*schen Gipfeltreffen von Athen erklärte Thorn: „Die Kommission schlägt vor, das Parlament drängt und nichts geschieht. Diese Unfähigkeit zu entscheiden ist der schlimmste Makel der Gemeinschaft." Wenn das anhalte, „ist das bisher Erreichte gefährdet".

Thorn setzte hinzu: „Wir alle fühlen, daß ein neuerliches Scheitern des Europäischen Rates in der Gemeinschaft einen Prozeß der Selbstzerstörung in Gang setzen würde, der auch die großen Leistungen, die die Europäer in den letzten 25 Jahren vollbracht haben, in seinen Sog ziehen würde." Der Kommissionspräsident bezeichnete eine Einigung über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik als „unerläßliche Voraussetzung" für die Regelung der Neufinanzierung der Gemeinschaft. Diese Agrareinigung müsse vor dem Brüsseler Gipfeltreffen in der zweiten März-Hälfte vom Agrarministerrat erzielt werden. Er verhehle jedoch nicht, daß er ein „ungutes Gefühl" habe, weil die Agrarminister bereits drauf und dran seien, das Problem wieder den Regierungschefs zuzuschieben. Thorn: „Der Agrarministerrat muß entscheiden, damit der Europäische Rat im März die neue Finanzregelung der Gemeinschaft auf ein solides Fundament gründen kann".

Thorn kündigte zur Sitzung des EG-Ministerrats am 20. Februar neue Vorschläge der Kommission zu diesem *Thema an. Die Kommission* werde es nicht zulassen, daß die drohende Erschöpfung der eigenen Mittel der Gemeinschaft wie ein Damoklesschwert über der Gemeinschaft schwebe. Sie werde es auch nicht mehr hinnehmen, daß die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft durch eine allzu häufige Einschaltung der einzelnen Staatsparlamente aufs Spiel gesetzt werde.

Nujomas Vorschlag stößt auf Skepsis

Militärische Schwäche macht die Swapo verhandlungswillig / Relative Ruhe in Namibia

M. GERMANI, Johannesburg

Die Bereitschaft von Swapo-Führer Sam Nujoma, wieder Verhandlungen mit Südafrika über eine Lösung des Namibia-Problems aufzunehmen, ist nach Ansicht von Beobachtern zum Teil auf internationalen Druck zustande gekommen. Den letzten Anstoß gab Nujomas Besuch bei Außenminister Claude Cheysson in Paris zu Beginn dieser Woche, als er sich scheinbar endgültig zu Verhandlungen auf „neutralem Boden" – im Gespräch sind Paris und Genf – bereit erklärte.

Sollten diese Verhandlungen tatsächlich zustande kommen und im Gegensatz zur Konferenz zwischen Südafrika und Swapo aus dem Jahre 1981 in Genf auch zu einem Ergebnis führen, *so dürfte das als ein wichtiger* außenpolitischer Erfolg der Regierung Reagan im Wahljahr und für Unterstaatssekretär Chester Crocker gewertet werden. Doch überwiegt *vorerst die Skepsis*. Südafrika selbst hat sich bisher zu den von Nujoma in Aussicht gestellten Verhandlungen nicht geäußert.

Vertreter der internen Parteien in Südwestafrika/Namibia halten deren Zustandekommen indes für wahrscheinlich, und zwar weil die jüngste militärische Aktion der südafrikanischen Armee gegen Swapo-Basen in Südangola für die Guerrilla-Organisation vernichtend waren. Obwohl die Sowjetunion in der Zwischenzeit die Guerrillas wieder mit neuen, massiven Waffenlieferungen versorgt, sei sich die Swapo-Führung darüber im klaren, daß die militärische Macht der Südafrikaner zu stark ist, um, trotz Unterstützung angolanischer und kubanischer Truppen, den Krieg zu gewinnen. Die Swapo ist militärisch und *politisch derzeit schwer* angeschlagen. Die Lage in Namibia selbst ist dementsprechend ruhig. Ein Sprecher der „Christlich Demokratischen Allianz" des Ovambo-*Führers Peter Kalangula erklärte* der WELT, Swapo brauche mindestens sechs Monate, um seine zerstörte militärische Infrastruktur wieder aufzubauen.

Die „Demokratische Turnhalle-Al*lianz" (DTA), sieht Nujomas* Verhandlungsbereitschaft ebenfalls in dichtem Zusammenhang mit ihrer militärischen Schwäche. Doch warnt die DTA: Die Swapo werde ihr Ziel, *die Macht in Namibia zu erringen, nie* aus den Augen verlieren.

Auch Präsident Omar Bongo von Gabon hat, wie in Windhuk bekannt wird, Sam Nujoma geraten, an der derzeit stattfindenden Mehr-Parteien-Konferenz teilzunehmen, „damit alle namibischen Patrioten gemeinsam über eine friedliche und ordentliche Zukunft für ihr Land entscheiden können". Bongo riet Swapo auch, den gegenwärtigen Truppenabzug der Südafrikaner aus Südangola als einen wichtigen ersten Schritt zur *Lösung des Konfliktes zu honorieren.*

Palme, „großer Freund Nicaraguas"

Stockholms Mittelamerika-Politik folgt den Leitlinien der Sozialistischen Internationale

R. GATERMANN, Stockholm

Die Auffassungen unter den Mit*gliedern der Sozialistischen Interna*tionale über die Entwicklung in Mittelamerika und vor allem in Nicaragua unterschieden sich nur in Nuancen. Sie würden in der Öffentlichkeit übertrieben, hier sei es *zu einer Art* psychologischer Kriegsführung gekommen, die die USA für ihre eigenen Zwecke nutze. Dies erklärte der Staatssekretär im schwedischen Außenministerium, Pierre Schori, gegenüber der WELT kurz nach der Rückkehr von Ministerpräsident Olof Palme von einer Mittelamerika-Reise, auf der er nach einer offiziellen Visite *in Mexiko als* erster westeuropäischer Regierungschef dem sandinistischen Nicaragua einen 24stündigen „Arbeitsbesuch" abgestattet hatte.

Pierre Schori, bis zum Regierungswechsel in Stockholm 1982 internationaler Sekretär der Sozialdemokratischen Partei und Lateinamerika-Experte, betonte die gemeinsame Grundauffassung innerhalb der SI zur Mittelamerika-Problematik. Der Besuch Palmes in Nicaragua war zunächst in der schwedischen konservativen und liberalen Opposition auf Ablehnung gestoßen, sie verstummte jedoch weitgehend, nachdem Palme während seines kurzen Aufenthaltes mehrmals sowohl in internen Gesprächen mit der Junta-Spitze als auch in öffentlichen Ansprachen darauf hingewiesen hatte, wie wichtig für die Entwicklung des Landes und die Anerkennung des Sandinisten-Regimes im Ausland die Durchführung allgemeiner Wahlen und die Abschaffung der Pressezensur sei.

Der Besuch war von den derzeitigen Machthabern begrüßt worden, die den schwedischen Regierungschef als „großen Freund Nicaraguas" feierten. Olof Palme machte auch kei*nen Hehl aus seiner grundlegenden* Sympathie für die neuen Herrscher in Managua. „Wir teilen ihre Freude über den Sturz der Diktatur am 19. Juli 1979. Da dämmerte für Nicaragua ein neuer Tag." Ohne die USA zu nennen, war dennoch nicht zu überhören, daß sie gemeint waren, als er sagte: „Somosas Gardisten sind keine Träger der Demokratie, sie sind keine Freiheitskämpfer." Und er versicherte Junta-Chef Daniel Ortega: „Bei einer Aggression gegen Nicaragua und wenn man das Völkerrecht kränkt, um Nicaragua zu schaden, dann können sie mit unserer vollen Unterstützung rechnen."

Trotz viel Verständnis und Sympathie machte der Schwede ausdrücklich weitere bedeutende Hilfen für das Land von der künftigen Entwicklung in Richtung Demokratie abhängig. Daß er hier nicht lockerließ, zeigt eine Reaktion Ortegas, der einmal einräumte, daß ihm das ständige Gerede von Demokratie doch ein bißchen auf die Nerven gehe. Die stark unter der Zensur leidende Zeitung „La Prensa" brachte auf der ersten Seite aus einem Interview mit Schori den Satz: „Es gibt kein besseres politisches System als die Demokratie."

Frankreich: Le Pen wird zu politischem Faktor

Zulauf für die rechtsextreme „Nationale Front" reißt nicht ab / Schweigeminute im Fernsehen für die Opfer des GULag

Von A. GRAF KAGENECK

*Am besten paßt das Bild vom Ele*fant im Porzellanladen. Dieser ist groß, massiv, blond, blauäugig und sympathisch. Jedenfalls hat er nichts Anstoßendes an sich, seit er sich die *schwarze Binde vom linken Auge* nahm, das ihm vor Jahren in einer Saalschlacht verlorenging. Er heißt Jean-Marie Le Pen, stammt aus einer bretonischen Fischerfamilie, verlor *seinen Vater im Krieg gegen* die Deutschen und ist Vater von drei Töchtern. Trotz dieser durchaus positiven und ganz und gar patriotischen Biographie ist der Vorsitzende der rechtsgerichteten Partei „Nationale Front" zum neuen Schreckgespenst der französischen Politik geworden.

Wie ein Wolf ist er in den Schafstall der etablierten Parteien eingebrochen, wirft jedes wahlstrategische Kalkül über den Haufen, legt von Wahl zu Wahl ein paar Prozent mehr zu und hat sich natürlich die fanatische Feindschaft all jener zugezogen, die *rastlos* nach Spuren von Rassismus und Antisemitismus in der französischen Volksseele suchen. Denn hier, bei Le Pen und seinen Anhängern, sind sie endlich fündig geworden.

Das kam dramatisch am Montag abend zum Ausdruck, als ein Fünftel der Nation eineinhalb Stunden lang der Inquisition beiwohnte, die drei *sorgfältig ausgewählte Journalisten* im Fernsehen mit dem Monstrum veranstalten wollten. Es war überhaupt das erste Mal, daß man den Boß der „Nationalen Front" in einer Talk-Show *zu* sehen bekam. Bis dato war Le Pen eine Nichtperson für staatliche mass media. Man wußte offenbar in den zuständigen Gremien nicht recht, wie man das Phänomen behandeln, ob *man es totschweigen* oder in homöopathischen Dosen verabreichen sollte. Einmal hatte man die Sendung sogar unter dem grotesken Vorwand verschoben, daß sie mit dem Jahrestag des faschistischen Aufstandes vom 6. Februar 1934 zusammenfiel. Bis schließlich der furchtlose Graf Henri-François de Virieu, politischer Direktor des zweiten Fernsehkanals, entschied, Le Pen sei Politiker wie alle anderen und habe ein Recht auf seine Sendezeit.

Nun, Le Pen machte eine hervorragende Figur. Er zeigte sich als gefährlicher Debattierer, gab sich jovial und volksnah, schlug Saiten an, die im Frankreich von heute leicht zum Schwingen zu bringen sind, wie die Mißwirtschaft der Sozialisten, die durchsichtige Tarnung ihrer kommunistischen Partner als harmlose Demokraten, die Überfremdung des Landes durch viereinhalb Millionen Einwanderer, die Abtreibungs-Politik der (zufällig jüdischen) ehemaligen Familienministerin Simone Veil, die Abschaffung der Todesstrafe durch den (zufällig jüdischen) sozialistischen Justizminister Robert Badinter.

Seine wiederholten Versicherungen, er sei kein Rassist oder Antisemit, wurden zwar bedrohlich durchlöchert, als Jean-Louis Servan-Schreiber, Sproß einer alten jüdischen Publizistendynastie, ihm haarsträubende, an Julius Streichers „Stürmer" erinnernde antijüdische Hetzartikel vorhielt, die in den diversen Gazetten der extremen Rechten erschienen sind, und er sich nur damit herausreden konnte, er kenne die Schreiber nicht. Sein Konter, die Juden seien Franzosen wie alle anderen, könnten aber keinen Anspruch auf „privilegierte Behandlung" erheben, mag indes Zustimmung im Publikum gefunden haben.

Voll ins Ziel traf er jedenfalls, als er die Schweigeminute erwähnte, die der sozialistische Außenminister Cheysson am letzten Freitag im Brüsseler Ministerrat seinen Kollegen für Andropow aufnötigte und Le Pen *daraufhin stehend* eine Schweigeminute „für die Millionen Opfer des GULag" veranstaltete.

Die Pariser politische Landschaft ähnelte am nächsten Morgen der Atlantikküste nach einem Sturm – kahlgefegt und leer. Der Sturm kann nun jederzeit wiederkommen, und man hat ihm nichts Rechts entgegenzusetzen. Der Rechtsextremismus, jahrzehntelang tot, ist plötzlich wieder da. Eine reelle Größe, die man noch nicht einzuordnen weiß und die von überall her ihren Zulauf erhält.

Le Pen könnte der „neue Mann" sein, nach dem das Land sich zu sehnen scheint. Und schon versucht man, ihn vor seinen Wagen zu spannen. Der Gaullist Labé, Fraktionschef in der Kammer, sagte, daß man *mit Le Pen rechnen, sich mit ihm* abstimmen müsse und ihn nicht einfach ignorieren könne, während die Linke ratlos nur die Vogelscheuche des „Rassisten Le Pen" auf ihren vom Kahlschlag *heimgesuchten* Äkkern aufrichtet.

Der Schrecken ist nicht einmal unbegründet. In Frankreich hat sich mit wachsender Arbeitslosigkeit und schwindender Hoffnung der Arbeiter auf die Fähigkeit des Regimes, die Krise einer überalterten Industrie anders als durch Massenentlassungen zu lösen, ein Zündstoff angesammelt, in dem der Funke des Rufs „Raus mit den Fremden" eine gefährliche Explosion auslösen kann.

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Programm heute

9.00 Uhr: Ski-Langlauf: 4x10-km-Staffel, Herren
9.30 Uhr: Eisschnellauf: 1500 m, Herren
10.30 Uhr: Ski alpin: Abfahrt, Damen
12.00 Uhr: Ski alpin: Abfahrt, Herren
14.00 Uhr: Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Damen
19.30 Uhr: Eiskunstlauf: Kür, Herren

Fernsehen

8.50–13.30 Uhr (ARD) Skilanglauf: 4x10-km-Staffel, Herren; Eisschnellauf: 1500 m, Herren; Ski alpin: Abfahrt, Damen und Herren; **17.00–18.30 Uhr (ARD)** Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Damen
19.00–19.50 Uhr (ARD) Olympiastudio: Zusammenfassung vom Tage, Berichte und Interviews
20.18–22.30 Uhr (ARD) Eiskunstlauf: Kür, Herren



WELT-Tip

Skilanglauf: 4x10-km-Staffel, Herren – Unser Tip: 1. Finnland, 2. UdSSR, 3. Schweden – Die deutsche Staffel läuft in der Besetzung: Behle (Willingen), Dotzler (München), Schöbel (Sindelsdorf), Zipfel (Kirchzarten).
Eisschnellauf: 1500 m, Herren – Unser Tip: 1. Kai Arne Engelstadt (Norwegen), 2. Gaetan Boucher (Kanada), 3. Nick Thomez (USA) – Einziger deutscher Teilnehmer ist Wolfgang Scharf (München).
Ski alpin: Abfahrt, Herren – Unser Tip: 1. Urs Räber (Schweiz), 2. Erwin Resch, 3. Franz Klammer (Österreich) – Die deutschen Teilnehmer sind: Peter Dürr (Germaringen), Klaus Gattermann (Bayrisch-Eisenstein), Herbert Renoth (Berchtesgaden), Sepp Wildgruber (Oberaudorf).
Eiskunstlauf: Kür, Herren – Unser Tip: 1. Scott Hamilton (USA), 2. Brian Orser (Kanada), 3. Rudi Cerne (Deutschland) – Die weiteren deutschen Teilnehmer sind: Norbert Schramm (Oberstdorf), Heiko Fischer (Stuttgart).

VORSCHAU

Alles möglich – Welche Medaille holt Rudi Cerne?

dpa/sid, **Sarajevo**

Der Abfahrtslauf der Herren war bisher bei allen Olympischen Spielen der große Auftakt. In Sarajewo wurde dieses Spektakel ein Opfer des Wetters. Nun soll das Rennen heute (12 Uhr) stattfinden – also mit einer Woche Verspätung. Österreich blickt dabei nur auf einen Mann, auf Franz Klammer, der 1976 am Patscherkofel in Innsbruck Olympiasieger geworden ist. Ihn möchten die Österreicher nochmals großen Triumphator feiern.

Doch vor Klammer stehen der Schweizer Pirmin Zurbriggen, dessen Landsmann Urs Räber oder Klammers Teamkollege Erwin Resch. Deutsche Rennläufer werden bei den Experten nicht geführt. Dafür aber gibt es eine Art Geheimfavorit: den Kalifornier Bill Johnson, den Sieger des klassischen Lauberhorn-Rennens von Wengen.

Für den kleinen Amerikaner Scott Hamilton scheint kein Sprung zu schwierig, keine Kür zu lang. Nicht einmal ein Sturz sollte ihn im Kunstlauf der Herren stoppen können. Doch dann? Dann beginnt die große Rechnerei: In der Kür erwarten die Experten bei normalem Verlauf die Reihenfolge Orser (Kanada) vor Hamilton und Boitano (beide USA). Folge Vize-Europameister Rudi Cerne aus Wanne-Eickel als Vierter, ist ihm die Bronzemedaille in der Gesamtwertung des Kunstlaufs sicher. Schieben sich aber Sabovcik (CSSR) und Simond (Frankreich) dazwischen, wird der 25 Jahre alte Student leer ausgehen.

Wer also gewinnt die Bronzemedaille? Der Engländer Rob Cousins, Olympiasieger 1980 in Lake Placid: „Cerne, Fadejew oder Sabovcik." Der frühere große Kunstläufer Toller Cranston aus Kanada: „Von Platz zwei bis Platz sieben ist alles möglich."

Cerne geht übrigens als vorletzter Starter heute abend in die Kürentscheidung. Mit Startnummer 22 muß er unmittelbar hinter dem dreimaligen Weltmeister Scott Hamilton aufs Eis. Der Stuttgarter Heiko Fischer trägt die Startnummer 16, Vize-Weltmeister Norbert Schramm startet mit Nummer 12 in der mittleren Gruppe.

RODELN / Hans Stanggassinger und Franz Wembacher holten zweite Goldmedaille für das deutsche Team

Früher setzten sie sich nur zur Gaudi auf den Schlitten

Von DIETER SCHULZ

Ihr habt's geschafft, ihr habt's geschafft!" Mannschaftskamerad Johannes Schettel raste um das Zielhaus und schrie den Gewinn der olympischen Goldmedaille durch die Berchtesgadener Hans Stanggassinger und Franz Wembacher im Doppelsitzer in die Welt hinaus. Die beiden Rodler wurden in die Luft geworfen. Richard Hartmann, der 70jährige Präsident des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes, nahm sie in die Arme und hauchte mehr, als daß er sprach: „Jetzt ist alles in Ordnung." Sportwart Sepp Fendt nahm ein unfreiwilliges Vollbad im Tiefschnee, Betreuer Hans Plenk hüpfte vor Freude in die Luft.

Bislang waren die deutschen Rodler in Sarajevo wider Erwarten medaillenlos geblieben, und deshalb sah es einigermaßen trüb um die Förderungsmittel aus der öffentlichen Hand für die nächsten vier Jahre aus. Hans Stanggassinger und Franz Wembacher, die in 20 Jahren olympischer Rodelgeschichte die erste Goldmedaille für den hiesigen Verband gewannen, machten nun aber alles klar.

„Damit haben wir niemals gerechnet. Im Training lagen wir immer einige Hundertstel zurück. Das gibt es doch nicht", stammelte Steuermann Stanggassinger mit hochrotem Kopf. Schließlich war das Duo aus Berchtesgaden bisher stets auf dritte Plätze bei wichtigen internationalen Entscheidungen abonniert: bei Europameisterschaften ebenso wie bei Welttitelkämpfen. Das Stanggassinger, mit 112 Kilogramm Gewicht der schwerste Teilnehmer an den XIV. Olympischen Winterspielen in Sarajevo, und Franz Wembacher fahren seit elf Jahren Rennen – früher als Gaudi, allmählich dann ernsthaft. Vor vier Jahren, bei den Olympischen Spielen in Lake Placid, waren die beiden Ersatzleute, und deshalb sagt Franz Wembacher: „Damals haben wir den ganzen Rummel, der bei den Olympischen Spielen gemacht wird, schon einmal kennengelernt. Das hat uns hier in Sarajevo sicher genützt, weil das alles nichts Neues für uns war."

Eine Gaudi war's, als sie mit dem Rodeln anfingen, inzwischen sind sie Olympiasieger und überlassen nichts mehr dem Zufall, auch nicht die Konstruktion ihres Rennschlittens. Wembacher: „Unseren Schlitten haben wir uns selbst konstruiert. Da wirken so viele kleine Dinge mit, daß der Schlitten bestimmt einen gewissen Anteil an unseren Erfolgen hat."

Helmut Meyer, der Direktor des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), strahlte: „Das war eine Mordsleistung und steht der von Peter Angerer im Biathlon in nichts nach."

Die beiden Bayern, um die sich alles drehte, blieben ganz ruhig, so, als würde es sie gar nichts angehen, was da gerade passiert war. Nach einem ersten Freudenausbruch noch auf dem Schlitten, mußten die Fotografen sie erst auffordern, die Arme in die Luft zu strecken. Sonst hätten die Olympiasieger auf ihren Bildern kaum wie Sieger gewirkt. Frage auf Frage prasselte auf den 24jährigen Werkzeugmacher und den 25jährigen Elektriker ein. Die Antworten blieben fast einsilbig, der Triumph schien sie zunächst sprachlos gemacht zu haben. Dann sagte Franz Wembacher: „Jetzt werde ich erst einmal gemütlich einen trinken. Und dann machen wir ein Faß auf. Mal sehen, ob bei uns im Quartier schon eins steht."

Daheim, im oberbayerischen Bischofswiesen knallten indes im Hause Stanggassinger bereits die Sektkorken. Erster Gratulant war der Herr Pfarrer. Die beiden Schwestern von Hans Stanggassinger, Josefine und Maria, hatten gemeinsam mit ihrem 70 Jahre alten Vater Sebastian vor dem Fernsehgerät gesessen. Maria: „Wir haben vor Freude geheult, als unser Nesthäkchen Hans zusammen mit dem Wembacher Franz als Sieger feststand." Der 24jährige Hans ist der Jüngste von sechs Geschwistern, deren Mutter im vorigen Jahr verstorben ist.

„Mein Bub? Das kann doch nicht wahr sein!" Mutter Anita Wembacher war ganz aufgeregt. Aufgeregt rannten die Eltern von Franz Wembacher daheim während der Übertragungen aus Sarajevo von einem Zimmer ins andere, um gleichzeitig auf den Fernsehschirm zu schauen und Radio zu hören. Vater Josef nach dem Olympiasieg seines Sohnes: „Das muß man erst noch verdauen."

Sportwart Josef Fendt hatte vor dem großen Rennen gesagt: „Das schlimmste, was uns passieren kann, wäre ein Wärmeeinbruch, dann bricht Stanggassinger mit seinem Gewicht auf dieser Bahn ein. Wir beten um Kälte, darum, daß das Eis richtig klirrt. Dann haben wir eine Medaille sicher." Gestern vormittag herrschte auf der Rodelbahn in Sarajevo mehr als zehn Grad Kälte, das richtige Wetter, um Olympiasieger zu werden.



Olympiasieger, die auf Schultern getragen werden: Nach ihrem großen Triumph ließen sich die beiden Rodler Hans Stanggassinger und Franz Wembacher (rechts) stürmisch feiern. FOTO: AP

SKI ALPIN

Abfahrt abgesagt

sid/dpa, **Sarajevo**

Wegen schlechter Wetterverhältnisse mußte die Damen-Abfahrt gestern erneut abgesagt werden. Sie wird heute (ab 10.30) ausgetragen. Das Rennen war zunächst planmäßig gestartet worden. Nach dem Sturz der kanadischen Weltmeisterin Gerry Sorensen, der in einem Schneeloch der rechte Ski abgeschlagen wurde, entschied sich die Jury zunächst für eine Verlegung.

Die Mannschaftsführer Österreichs und der Schweiz legten ohne Erfolg einen Gegenprotest ein. Damit platzte in Sarajevo bereits der fünfte Anlauf, einen Abfahrts-Olympiasieger bei Damen und Herren zu küren.

Der deutsche Abfahrtstrainer Sepp Ferstl: „Die Piste war gut. Der Abbruch ist überhaupt nicht zu rechtfertigen." Der deutsche FIS-Beauftragte Heinz Krecek: „Ausgerechnet hier versuchen sich Leute zu profilieren, die sonst nie bei einem Weltcup-Rennen sind."

SKI-LANGLAUF

Vorwürfe der Norweger

DW. **Sarajevo**

In der Stunde des Triumphes demonstrierte Norwegens Trainer Magnar Lundemo Kleinmut. Selbst die Freude über den Sieg seines Damen-Quartetts in der 4x5-km-Staffel konnte seine Enttäuschung über die anderen Langlauf-Resultate nicht lindern. Angesichts der beiden Siege von Marja-Liisa Hämäläinen über 5 und 10 km warf er den Finnen vor, die Leistungsexplosion ihrer Mädchen durch sogenanntes Blutdoping herbeigeführt zu haben.

Gemeint ist der Blutaustausch bei Sportlern, denen nach Höhentraining mit Sauerstoff angereichertes Blut abgezapft, einige Wochen konserviert und vor dem Wettkampf wieder zugeführt wird. Obwohl diese Praxis finnischen Sportlern seit Jahren zu Erfolgen verhilft und nicht verboten ist, wies die finnische Mannschaftsführung diese Anschuldigungen wieder einmal empört zurück.

Die Bronzemedaille für ihren dritten Platz in der Staffel erhielten die Finninnen übrigens erst, nachdem ein Protest gegen sie (wegen geänderter Reihenfolge der Starterinnen) zurückgewiesen war.

EISSCHNELLAUF

Dominanz der „DDR"

dpa, **Sarajevo**

„Die Organisatoren haben den DDR-Läuferinnen die Weltrekorde verdorben", sagten Olav Poulsen, der norwegische Präsident der Internationalen Eislauf-Union (ISU), und Gerd Zimmermann (Inzell) von der Technischen Kommission der ISU nach dem 3000-m-Eisschnellauf-Rennen der Damen verärgert. Über dem dreifachen Triumph von Andrea Schöne, Karin Enke und Gabi Schönbrunn lag ein Schatten. „Wenn die Eismeister im Zetra-Stadion wirklich gutes Eis bereiten könnten, wären Andrea Schöne und Karin Enke heute bestimmt unter Gabi Schönbrunns Medeo-Weltrekord geblieben", meinte Poulsen.

Es war dennoch der ganz große Triumph der „DDR"-Eisschnelläuferinnen, denn die „DDR"-Läuferinnen haben neun von zwölf möglichen Medaillen gewonnen – mithin holten sieben „DDR"-Athletinnen mehr Medaillen als alle 88 Mitglieder der Olympia-Mannschaft aus der Bundesrepublik. Sigrid Smuda aus Ottobrunn belegte über 3000 Meter übrigens den 18. Platz – eine Enttäuschung.

EISKUNSTLAUF / Manager locken Torvill / Dean jetzt mit Millionen – sie aber denken an ein eigenes Eistheater in London

Das Liebespaar auf dem Eis geht privat getrennte Wege

Von FRANK QUEDNAU

Valentinstag, 14. Februar, Tag der Liebenden mit Blumen und Laß-mich-mein-Herz-dir-Schenken. Das könnte passen. Aber nicht jeder, der tanzt, ist glücklich. Romeo und Julia sind überall, Namen sind auswechselbar. Hier ist es nicht Gift, hier stürzen sie sich in den Krater eines Vulkans, nachdem sie gerungen haben, mit sich selbst und gekämpft um den anderen. Taumelnd vor Schreck, den auch Gefühl – eigenes und das des Partners – auslösen kann, schmeichelnd und zitternd vor Lust in Begegnungen, die bis zur Ekstase führen. Und dann der gemeinsame Sprung in den Vulkan, das schier Ausweglose geht über in den scheinbaren Trost: In Liebe ewig vereint. Das ist die Geschichte, die sie darstellen.

Anfang eines Sportberichtes? Als Jayne Torvill und Christopher Dean am Ende ihrer Eistanzkür hingestreckt auf dem Eis liegen, (völlig losgelöst von der Erde, aber das stammt ja aus einem banalen Raketen-Schlager), erheben sich in Sarajevo die Zuschauer von ihren Plätzen. Da stürzt über die beiden Engländer nicht das Geschrei zusammen, das so oft frenetisch gefeierte Sieger begleitet. Hier stehen die Zuschauer auf und klatschen, wie sie vielleicht im Theater klatschen würden. „Was wir tun", sagt Christopher Dean (25), „ist Unterhaltung auf der Grundlage der Kunst, aber es ist immer noch Sport."

Die ewig junge Geschichte von Romeo und Julia soll Sport sein? Es werden Noten verteilt, 17 Mal 6,0 für Torvill/Dean in Pflichttänzen, freiem Spurenbildtanz und Kür zusammen. Eine nichtige, fast schamlose Aufrechnung für ein Paar, das sportliche Dimensionen sprengt und das die Preisrichter gleichsam auch in einen Krater stürzt, aus dem sie nun wieder ans Tageslicht zur sportlichen Realität hinaufklettern dürfen. Christopher Dean sagt: „Wir halten uns an die Regeln, wir wissen, daß wir Sportler sind."

Regel-Juristen sehen das nicht so. Sie rechnen den beiden Goldmedaillengewinnern, die schon vor dem Start als Sieger feststanden, drei Verstöße gegen die Paragraphen des sportlichen Gesetzbuches vor. Aber nur hinter der vorgehaltenen Hand, auch sie haben sich schon längst dem englischen Paar hingegeben, weil das wahrhaft Gute auf Dauer nicht zu ersticken ist. Also da sind:

Beide verharren zu Beginn ihres Tanzes 27 Sekunden lang knieend auf dem Eis, ohne ihren Lauf zu beginnen, umschmeicheln sich mit schlangenhaft variierten Bewegungen. So dauert ihr Vortrag 4:27 Minuten, vier Minuten sind nur zugelassen.

Eistanz schreibt in der Kürmusik Rhythmus-Wechsel vor. Ravels „Bolero", nach dem sie sich von der ersten bis zur letzten Sekunde bewegen, wechselt allenfalls das Tempo.

Christopher Dean hebt Jayne Torvill dreimal über seine Schulterhöhe hinweg, das ist verboten.

Da wiehert der Eiskunstlauf-Amtsschimmel künstlich. Aber es ist schon eine Diskussion wert, ob für Fußballspieler wie Pele (das wäre ähnlich) die Abseitsregel außer Kraft gesetzt werden kann, nur weil sein Fallrückzieher künstlerisch wertvoll ist. Eine solche Auseinandersetzung kann nur auf der Grundlage der Erkenntnis geführt werden, daß Torvill/Dean – Erkennungsmal der Größten im Sport – Grenzen pulverisiert haben. Wer, wenn die beiden bald Profis sind, die alten Schranken wieder aufbauen will, macht sich des Rückschritts schuldig.

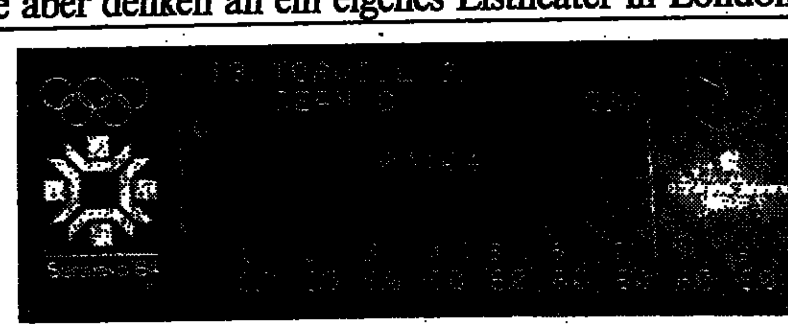
Bei der Pressekonferenz sitzen Christopher und die ein Jahr ältere Jayne nebeneinander und strahlen weiter Harmonie aus. Nicht nur wegen der gleichen blonden Haare, die auf denselben Frisör schließen lassen. „Ich sehe an ihrer Augenbraue, ob sie Schwierigkeiten hat", sagt er. Sie beendet einen Satz von ihm, „weil ich genau weiß, was er sagen will."

Das hier ist so ein Beispiel der totalen Übereinstimmung in fortlaufenden Sätzen: „Die Menschen begreifen, was wir tun (Christopher) . . . , weil das, was wir machen, so leicht und weich aussieht. (Jayne) . . . Sie bekommen das Gefühl, o Gott, das kann ich ja selbst auch tun (Christopher) . . . , oder sie fühlen, da tanze ja wirklich ich, das bin ja ich, den sie darstellen (Jayne)."

Sie sagt über ihn: „Wir waren einmal sehr verliebt ineinander, aber das Gefühl ist nicht zu halten, wenn man so intensiv zusammenarbeitet." Er über sie: „Sie zu verletzen bedeutet, mich zu verletzen. Jayne und ich sind aufeinander angewiesen, daß ein getrenntes Weiterleben nach unserer Karriere kaum möglich erscheint. Aber das würde bedeuten, daß unsere Zukunft schon unseren Händen entglitten ist. Diese Vorstellung erschreckt mich."

Romeo und Julia auch privat? Oder eher Worte, die auch nach dem Tanz noch ins Bolero-Vulkan-Melodram passen und jetzt schon ein wenig Profikarriere vorbereiten? Zwei Millionen Mark für drei Jahre sollen Eisrevue-Manager ihnen geboten haben. Sie aber überlegen, ein eigenes Eistheater in London aufzumachen.

Nüchterne, geschäftliche Kalkulation, die zum Thema gehören und doch abschrecken angesichts ihres Laufes, der sportliche Grenzen sprengt und nur dann begreifbar wird, wenn bei der Beurteilung der Maßstab der Kunst angelegt wird. Die Note 6,0 besagt nichts, sie ist nur die Höchstnote im Eiskunstlauf, der ein Sport ist.





Mit einem Kuß, so sieht es aus, bedankt ... Torvill für neunmal die Traumnote 6,0.

Gold nur für Mehl und Moravetz

Es ist zum Verzweifeln manchmal", entrüstete sich Gerd Mehl im Ersten Programm, als lachende Zuschauer und ein Außenseiter im Zieleinlauf des 10-Kilometer-Biathlons gezeigt wurden statt Deutschlands Peter Angerer beim Sturmlauf zu einer zweiten Medaille. In der Tat: Was Jugoslawiens Kameramänner und Bildregisseure sich seit Beginn der Olympischen Spiele an Patzern leisten, geht über das Maß des Erträglichen.

Die höhnischen Kommentare verschiedener deutscher Fernseh-Reporter und -kommentatoren über den Mammut-Aufwand der New Yorker ABC erweisen sich im nachhinein als schlechte Witze. Die Amerikaner haben im Gegensatz zu ARD und ZDF schon vorher gewußt, daß mit Jugoslawiens Fernsehen bei Olympia keine Höchstleistungen zu schaffen sind . . .

Die Liste der jugoslawischen Fehlleistungen ist lang: Beim 30-Kilometer-Langlauf standen lediglich an drei Stellen Kameras, beim Biathlon waren nur Start, Schießplätze und Ziel im Bild. Über die Schießresultate wurde man nur schlecht informiert, und selbst die eingeblendeten Zeiten stimmten oft nicht. Beim Skispringen waren die Kameras möglicherweise windgeschützt, doch leider nicht nach den Erfordernissen bester Optik postiert worden. Das bunte Randgeschehen bei Olympischen Spielen schließlich fingen Jugoslawiens Kameramänner nur spärlich ein. Wo aber blieben die versprochenen Reportagen der ARD/ZDF-Arbeitsgemeinschaft?

Bei ARD und ZDF sollte man sich die Hände indessen nicht in Unschuld waschen: Erstens hätten jene, die angeblich ein Jahr lang mit den Übertragungs-Vorbereitungen beschäftigt waren, die jugoslawischen Unzulänglichkeiten erkennen und ihnen mit geeigneten Maßnahmen begegnen müssen. Zweitens gab es vor Ort und in der Mainzer Sendezentrale der beiden Anstalten ebenfalls mehr als genug Anlaß zur Kritik.

Da ist die Sache mit den Co-Moderatoren: Grundsätzlich ist ihr Aufkommen ein Armutszeugnis für unsere Moderatoren. Ein Co-Moderator ist letztlich für den Moderator nichts anderes als der leibhaftige Vorwurf der Inkompetenz, der mangelnden Praxis und Erfahrung. Beispiele? „Das erste Drittel ist vorbei. Wie sehen Sie das Spiel der deutschen Mannschaft, Alois Schloder?" „Können Sie sagen, warum es zum Sturz des Eisschnelläufers gekommen ist, Erhard Keller?" „Wie haben Sie die Enke gesehen, Monika Holzner-Pflug?" „Wie war das 1960, als Sie die Nordische Kombination gewannen, Jörg Thoma?"

Nach fünf Tagen ist das verbale Pingpong zwischen Moderatoren und Co-Moderatoren nur mehr schwer erträglich. Nichts gegen ehemalige Olympia-Sieger! Alois Schloder beispielsweise war und ist ein phantastischer Eishockeyspieler, aber was hatte er außer Banalitäten zu sagen? Bei Erhard Keller hatte man stets den Eindruck, er habe sich in der Sprecherkabine seine beiden Goldmedaillen umgehängt. Wäre sonst so viel Arroganz möglich gewesen? Am schlimmsten hörte sich Christian Neureuther an. Offenbar hatte er die Schauplätze, nämlich Sprecherkabine mit Ski-Übungshang, verwechselt. Jedenfalls nervte er ein Millionenpublikum mit Nörgeleien wie ein schlechtgelaunter Skilehrer: „Sie steht zu stark auf den Kanten . . . Hier muß man auf dem Talski fahren . . . Er steht quer, anstatt die Ski laufen zu lassen."

Glücklicherweise gab es am Bildschirm auch Lichtblicke. Aber bei der Nennung der Namen jener Reporter, die angenehm auffielen, krampft sich einem das Herz zusammen: Gerd Mehl (Jahrgang 1922) und Bruno Moravetz (Jahrgang 1921) sind des deutschen Fernsehens Oldtimer, mithin möglicherweise bald nicht mehr dabei.

Gerd Mehl zeichnete sich einmal mehr durch Sachkunde, Persönlichkeit und Mut aus. Als die Jury beim Kombinationsspringen den zweiten Durchgang abbrach, nannte er diesen himmelschreienden Unsinn auch Unsinn . . . Oder ist sein Mut etwa altersbedingt? Braucht er Sanktionen der konformistischen Leisetreter in den Chefetagen des Fernsehens im Gegensatz zu Jüngeren nicht mehr zu fürchten?

Eine Goldmedaille, zumindest eine Goldene Kamera, gebührt Bruno Moravetz. Im Gegensatz zu einigen seiner Kollegen betreibt er niemals verbale Demontage eines erfolglosen Athleten. Wenn er berichtet, wird der heute oft unmenschliche Sport menschlich und schön. Moravetz ist gleichsam ein lebender Anachronismus: freundlich, stets positiv, nie abwertend, immer nachsichtig für sportliche Schwächen, mitfühlend mit Geschlagenen und vom Pech Verfolgten. Auch für den Letzten hat er ein Herz.

WALTER H. RUEB

XIV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Olympia in Zahlen

EISSCHNELLLAUF
3000 m der Damen

Gold: Schöne („DDR"). 4:24,79 Minuten

Silber: Enke („DDR") 4:26,33

Bronze: Schönbrunn („DDR") 4:33,13

4. Pleschkowa (UdSSR) 4:34,42, 5. van Gennip (Holland) 4:34,80, 6. Docter (USA) 4:36,25, ... 18. Smuda (Deutschland) 4:53,22.

RODELN
Zweisitzer, Herren

Gold: Stangassinger/Wembacher (Deutschland) 1:23,620 Minuten

Silber: Belussow/Beljakow (UdSSR) 1:23,660

Bronze: Hoffmann/Pietzsch („DDR") 1:23,887

4. Fluckinger/Wilhelmer 1:23,902, 5. Lemmerer/Lechleitner (alle Österreich) 1:24,133, 6. Raffl/Huber (Italien) 1:24,353, ... 8. Schwab/Staudinger (Deutschland) 1:24,634.

EISKUNSTLAUF
Eistanzen

Gold: Torvill/Dean (Großbritannien) 2,0 Punkte

Silber: Bestemjanowa/Bukin (UdSSR) 4,0

Bronze: Klimowa/Ponomarenko (UdSSR) 7,0.

4. Blumberg/Seibert (USA) 7,0, 5. Fox/Dalley (USA) 10,6, 6. Barber/Slater (Großbritannien) 11,4, ... 9. Born/Schönborn (Deutschland) 18,0

SKI NORDISCH
4x5-km-Staffel der Damen

Gold: *Norwegen 1:06:49,7 Stunden*

Silber: CSSR 1:07:34,7

Bronze: Finnland: 1:07:36,7

4. UdSSR 1:07:55,0, 5. Schweden 1:09:30,0, 6. Schweiz 1:09:40,3.

EISKUNSTLAUF

Herren: Stand nach Pflicht und Kurzprogramm: 1. Hamilton (USA) 1,4 Punkte, 2. Simond (Frankreich) 2,8, 3. Cerne (Deutschland) 4,2, 4. Sabovcic (CSSR) 4,4, 5. Orser (Kanada) 4,6, 6. Boitano (USA) 6,0, 7. Fadejew (UdSSR) 6,2, 8. Fischer 7,6, 9. Schramm (Deutschland) 8,2.

Bei der heutigen Entscheidung (Kür) gehen die Läufer der letzten Startgruppe in folgender Reihenfolge an den Start: Schramm, Fadejew, Filipowski, (Polen), Kotin (UdSSR), Fischer, Beacom (Kanada), Simond, Orser, Boitano, Hamilton, Cerne, Sabovcic.

Damen: Stand nach der Pflicht: 1. Summers (USA) 0,6 Punkte, 2. Wodorzowa (UdSSR) 1,2, 3. Witt („DDR") 1,8, 4. Cariboni (Schweiz) 2,4, 5. Iwanowa (UdSSR) 3,0, 6. Ruben (Deutschland) 3,6, 7. Kondraschewa (UdSSR) 4,2, 8. Dubravcic (Jugoslawien) 4,8, 9. Leistner (Deutschand) 5,4, 10. Thompson (Kanada) 6,0.

SKI ALPIN

Herren: Letztes Abfahrtstraining: 1. Johnson (USA) 1:49,11, 2. Höflehner (Österreich) 1:49,31, 3. Gattermann *(Deutschland) 1:49,49*, 4. Cathomen (Schweiz) 1:50,05, 5. Wildgruber (Deutschland) 1:50,10, 6. Ziganow (UdSSR) 1:50,25, 7. Räber (Schweiz) 1:50,26, 8. Mair 1:50,40, 9. Ghidoni *(beide Italien) 1:50,47, 10. Makeew* (UdSSR) 1:50,63, ... 15. Renoth (Deutschland) 1:51,20, 16. Müller (Schweiz) 1:51,28, 17. Klammer (Österreich) 1:51,32, 18. Dürr (Deutschland) 1:51,56.

SKI NORDISCH

Spezialspringen, 90-m-Schanze, zweites Training: Nykänen (Finnland) erzielte mit 110 Meter/113 Meter/113 Meter in drei Durchgängen die beste Serie. Den weitesten Einzelsprung hatte Podzimek (CSSR) mit 114 Metern. Die deutschen Starter sprangen nur hinterher: Andreas Bauer 89/88,5/93, Thomas Klauser 79/82,5/79, Peter Rohwein 81/79/89, Georg Waldvogel 80/91/84.

EISHOCKEY

Gruppe 3: USA–Finnland 3:3 (1:0, 1:2, 1:1), Norwegen–Österreich 5:6 (1:4, 3:2, 1:0).

MEDAILLENSPIEGEL
nach 24 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
„DDR"	7	7	5
UdSSR	3	7	7
Norwegen	3	1	3
Finnland	2	3	4
Deutschland	2	1	–
Schweden	2	–	1
USA	1	2	–
Kanada	1	–	1
Italien	1	–	–
Großbritannien	*1*	–	–
Schweiz	1	–	–
CSSR	–	1	1
Japan	–	1	–
Jugoslawien	–	1	–
Frankreich	–	–	1
Liechtenstein	–	–	1

Olympia-Splitter

Geschäft: Im Eiskanal waren sie nicht die schnellsten, im Business aber sind die Amerikaner nicht zu schlagen. In nur 180 Sekunden wikkelten sie an der Bobbahn Trebevic ein ungewöhnliches Geschäft ab: USA-Pilot Jeff Jost kaufte in dieser Zeitspanne für 10 000 Dollar den Vierer-Schlitten des Schweizers Hans Hiltebrand, dessen Teamchef René Ruch intervenierte. *Die Amerikaner* aber beharrten darauf: „Geschäft ist Geschäft."

Nationalstolz: Während sich bei den abendlichen Siegerehrungen vor dem Skendrija-Eiszentrum meistens nur wenige hundert Zuschauer verloren, strömten am Dienstagabend mehr als 10 000 Menschen zusammen, um den Mann zu feiern, der die erste Medaille für Jugoslawien bei Olympischen Winterspielen gewann. Schon Stunden vorher hatten sich Hunderte die besten Plätze für die Siegerehrung gesichert.

Herzinfarkt: Der amerikanische Eishockey-Schiedsrichter Mark Faucette erlitt in Sarajevo einen Herzinfarkt. Lebensgefahr besteht jedoch nicht mehr. Deshalb ließ der Eishockey-Weltverband in seinem Zimmer ein Fernsehgerät aufstellen, das dem Rekonvaleszenten die Langeweile vertreiben soll.

Endgültig: Nach mehreren Ankündigungen will Carl-Erik Eriksson jetzt Ernst machen. „Ich werde jetzt 54 Jahre alt und bin seit 27 Jahren durch sämtliche Eisröhren der Welt gefahren. Außerdem wird der Bobsport mit seiner Materialschlacht zu teuer. Es macht keinen Spaß mehr", kündigte der millionenschwere schwedische Farmer an. 80 000 Mark will er in den letzten Jahren jährlich in sein Hobby gesteckt haben, das ihm wegen seiner Marotten trotz Erfolglosigkeit Popularität einbrachte.

Krisensitzung: Zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der sowjetischen *Mannschaft* hat das schwache Abschneiden der eigenen Mannschaft im Vergleich mit der „DDR" geführt. Vertreter aller Wintersportarten befaßten sich mit der Ursachenforschung für die Niederlagen im Nordischen Skisport, Biathlon und bei den Eisschnelläuferinnen, die in diesem Ausmaß nicht befürchtet worden waren.

FUSSBALL / Heute wird das Trainingslager in Frankfurt fortgesetzt

3:2 gegen Bulgarien, und dann möglichst schnell nach Hause

DW. Varna

Es lag nicht nur an den winterlichen Temperaturen (sieben Grad minus während des Spiels), daß die deutsche Fußball-Nationalmannschaft beim 3:2-Sieg in Varna über Bulgarien die Fans nicht erwärmen konnte. Die deutschen Tore erzielten Uli Stielike (1. und 74.) und Rudi Völler (66.). Möglichst schnell nach Hause in ein angenehmeres Wetter – so lautete die Devise der Nationalmannschaft. Schon heute werden sie ihr Trainingslager in Frankfurt fortsetzen.

Bundestrainer Jupp Derwall wollte so viel experimentieren, doch die schlechten Boden- und Witterungsverhältnisse ließen keine endgültigen Rückschlüsse zu. Er sah aber einen Libero Mathias Herget, der stets die Übersicht besaß. Er bemerkte, daß die Debütanten Bommer und Bokkenfeld nicht an ihre Leistungen im Verein bei Fortuna Düsseldorf anknüpfen konnten. Er konnte beruhigt feststellen, daß sich Andreas Brehme *als linker Verteidiger gut zurechtfand*. Nicht übersehen konnte Derwall die vielen Fehlpässe von Bernd Schuster und den Formanstieg von Uli Stielike.

Nein, Schadenfreude empfinde er nicht, hatte Karl-Heinz Rummenigge gesagt, nachdem Bundestrainer Jupp Derwall sich entschlossen hatte, das Trainingslager für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft in Bulgarien abzubrechen. Schon im Januar hatte der Mannschaftsführer Kritik an der Reise nach Varna geübt und sich für ein Trainingslager im warmen Spanien stark gemacht. Die Olympia-Auswahl mit Trainer Erich Ribbeck, die sich momentan in Estepona aufhält, hat bei 20 Grad ideale Verhältnisse angetroffen. Die derzeitigen Witterungsbedingungen in Bulgarien gaben Rummenigge im nachhinein recht. „Leider", sagt er dazu.

Temperaturen von minus acht bis minus zehn Grad waren für die Nationalspieler denn doch mehr, als der Bundestrainer ihnen noch am Montag zugetraut hatte („Was stört uns das Wetter, das macht uns nur noch härter"). So wurde denn der Entschluß gefaßt, das Trainingslager abzubrechen *und in Frankfurt fortzusetzen*. Auch die Sonne, die gestern morgen beim leichten Training auf dem hart gefrorenen Rasen des Gagarin-Stadions erstmals wieder seit drei Tagen zum Vorschein kam, änderte daran nichts mehr. Die Bulgaren hatten für die Entscheidung der Deutschen vollstes Verständnis. Hermann Neuberger, der Präsident des DFB, hatte den Bulgaren die Nachricht überbracht und hernach mitgeteilt: „Die Herren sind nicht brüskiert, sondern sie verstehen uns."

Für den DFB wurde das Unternehmen Bulgarien, das als erste Vorbereitung für die Europameisterschaftsendrunde in *Frankreich (12. – 27. Juni)* gedacht war, ein Reinfall. Karl-Heinz Rummenigge hält die Entscheidung dennoch für richtig. „Lieber den Fehler eingestehen und die richtige Konsequenz daraus ziehen, als Verletzungen riskieren", begrüßte er die Heimreise heute vormittag nach Frankfurt.

Von Fehlern bei der Standortwahl wollten Hermann Neuberger und Schatzmeister Egidius Braun allerdings nichts wissen. „Hier herrscht ein absoluter Ausnahmezustand, und normalerweise ist es um diese Zeit bei Temperaturen von 10 bis 15 Grad frühlingshaft warm. Das haben unsere Gastgeber noch einmal ausdrücklich versichert", sagte der DFB-Präsident und wies damit jede Kritik zurück. „Um Stielike und Schuster von ihren spanischen Klubs freizubekommen, mußten wir ein Länderspiel abschließen. Dafür kamen nur Griechenland und Bulgarien in Frage. Dann kam die Einladung der Bulgaren, und die haben wir natürlich dankend angenommen", erzählt Neuberger noch einmal die Entstehungsgeschichte der Reise nach Varna.

Einen positiven Aspekt hat der Aufenthalt der DFB-Delegation in Bulgarien denn doch noch gehabt. Neuberger vereinbarte mit den Gastgebern ein Länderspiel in Deutschland. Als Termin wurde der 14. November festgelegt, der Austragungsort ist aber noch offen. Außerdem werden die Junioren-Nationalmannschaften beider Verbände am 13. November ebenfalls in Deutschland aufeinandertreffen.

Für Unterkunft und Verpflegung im Frankfurter Airport-Hotel, wo die Spieler bis Sonntag wohnen werden, muß der DFB noch einmal tief in die Tasche *greifen*. *Schatzmeister Braun* beziffert die Summe auf etwa 50 000 Mark.

Handschuhe an den Fingern, die Kapuze auf dem Kopf – so schützt sich Karl-Heinz Rummenigge gegen die Kälte. Links Jupp Derwall. FOTO: DPA

NACHRICHTEN

Mini-WM in Mexiko

Mexiko-Stadt (dpa) – Mexiko will zur Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 Ende des nächsten Jahres eine Mini-Weltmeisterschaft veranstalten. Dazu sollen die stärksten Mannschaften Europas, Südamerikas, Afrikas, Asiens sowie Mittel- und Nordamerikas und der Karibik eingeladen werden.

Box-Comeback verschoben

Worchester (sid) – Sugar Ray Leonard, ehemaliger Box-Weltmeister aus den USA, mußte seinen für den 25. Februar geplanten Comeback-Kampf absagen. Wegen einer Operation am linken Auge wurde der Weltergewichtskampf *gegen seinen Lands*mann Kevin Howard verschoben.

Breitner muß zahlen

Essen (sid) – Paul Breitner, ehemaliger Fußball-Nationalspieler, ist in zweiter Instanz zu einer Zahlung von 5300 Mark Schmerzensgeld an den früheren Bundesliga-Schiedsrichter Werner Burgers (Essen) verurteilt worden. Breitner hatte behauptet, Burgers habe in einem Bundesligaspiel am 6. August 1977 den Braunschweiger Hollmann absichtlich mit einem Ellbogenstoß niedergestreckt.

Entscheidung vertagt

Frankfurt (dpa) – Im Rechtsstreit zwischen Fußball-Bundesliga-Klub Eintracht Braunschweig und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) wird voraussichtlich am 7. März eine Entscheidung verkündet. Bis dahin will das Gericht klären, ob die vom DFB-Bundestag am 29. Oktober 1983 beschlossene Satzungsänderung wirksam ist, mit der die Änderung eines Vereinsnamens zum Zwecke der Werbung für unzulässig erklärt wurde.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in La Quinta/Kalifornien (255 000 Dollar), erste Runde: Michibata (Kanada) – Saviano (USA) 6:2, 7:5, Mitton (Südafrika) – Testerman (USA) 6:4, 0:6, 6:3, Depalmer – Gulliskon (beide USA) 2:6, 6:4, 6:3, Moor – Smith (beide USA) 6:2, 7:6. – Zweite Runde: Higueras (Spanien) – Motta (Brasilien) 2:6, 6:0, 6:3, Davis – Krickstein (beide USA) 6:2, 6:4, Gottfried – Fromm (beide USA) 6:2, 2:6, 6:3.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: VfL Osnabrück – Borussia Mönchengladbach 1:5 (0:3), Kickers Obertshausen/SpVgg Weiskirchen – Kickers Offenbach 1:9; Bayer 04 Leverkusen – Schachtjor Donezk (UdSSR) 0:1 (0:0).

Int. Hallenturnier in Paris: FC St. Germain Paris – Hamburger SV 4:5; Tici Ouzou – Hamburger SV 3:3.

EISHOCKEY

DEB-Pokal; Endspiel: SB Rosenheim – ERC Freiburg 5:8 (1:5, 2:2, 2:1).

Honecker kam zum Kanzler mit fertigem Text

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hatte zu seinem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl am Montagabend in Moskau gleich den *Entwurf für eine gemeinsame* Presseerklärung mitgebracht. Darin war von weitgehender Übereinstimmung über die Bedeutung der Stockholmer Abrüstungs-Konferenz und der *Wiener Truppenabbau*-Verhandlungen (MBFR) sowie von Friedenssicherung und Dialog die Rede.

Schon die Tatsache, daß der SED-Chef von vornherein eine solche Übereinstimmung annahm, bewies nach Ansicht von Bonner Experten seinen Wunsch nach innerdeutscher Kontinuität auch nach dem Tode Juri Andropows. Honeckers Text wurde, *da Kohl keine Bedenken* dagegen hatte, weitgehend übernommen. In seinen Ausführungen gegenüber dem Kanzler betonte der Staatsratsvorsitzende die Linie der Schadensbegrenzung, das heißt der Absicht, durch die mit der westlichen Nachrüstung verbundene allgemeine Klimaverschl*echterung die* Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin möglichst nicht leiden zu lassen. „Honecker will ebenso wie wir die Bemühungen um praktische Regelungen fortsetzen", hieß es in der Umgebung des Kanzlers.

Kohl ging es bei seinem ersten Treffen mit dem SED-Chef primär darum, einen guten menschlichen *Kontakt* herzustellen. Dies ist ihm offensichtlich gelungen. Dazu trug bei, daß sich die beiden Politiker intensiv mit pfälzischen und saarländischen Jugenderinnerungen befaßt haben. Dabei agierte Honecker bemerkenswert selbstsicher und locker.

Als Chef der Sicherheitstruppe des Staatsratsvorsitzenden fungierte originellerweise Generaloberst Markus *Wolf, der Chef der Hauptverwaltung* Aufklärung im Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit persönlich.

Honecker lobte ausdrücklich den neuen Kremlchef Konstantin Tschernenko, den er seit zwanzig Jahren gut kenne und von dem auch Kohl den Eindruck gewann, daß es sich durchaus nicht um einen simplen Mann ohne jedes intellektuelle Format handele. Fundamentale Änderungen in Moskau erwartet der Kanzler nach seinen Gesprächen nicht.

Mubarak fordert USA zum Dialog mit der PLO auf

■ Fortsetzung von Seite 1

Mubaraks Abschiedsworten nicht zuvor informiert worden.

Mubaraks Ausführungen zur PLO und zur Palästinenser-Frage insgesamt machten deutlich, daß allen Beteuerungen der Ägypter über das angeblich noch immer gültige Camp-*David-Abkommen zum Trotz* Kairo jetzt über den Vertragstext hinauszugehen gewillt ist. Im Camp-David-Rahmenplan vom 18. September 1978 war unter Kapitel A, 1c von den „legi*timen Rechten der Palästinenser* und ihren berechtigten Belangen" die Rede, wobei der Begriff der „Palästinenser" lediglich auf die Bewohner des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens eingeschränkt blieb, also unter Ausschluß der Flüchtlingsdiaspora und des Nationalbegriffs des „palästinensischen Volkes".

Auf dieser Begriffstrennung hat Jerusalem immer bestanden, weil die Israelis die palästinensische Nation heute bereits in Jordanien verwirklicht sehen und keinen separaten Anspruch der Palästinenser auf ein eigenes Staatsgebiet außerhalb Jordaniens anerkennen.

Auch Präsident Reagan wandte sich in seinen kurzen Worten ausdrücklich an Israel, indem er Jerusalem aufforderte, mit der alten Ver*handlungsformel* „*Territorium für* Frieden" an die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts heranzugehen und neuen „Willen, für den Frieden Risiken aufzunehmen", zu zeigen. In ihren Tischgesprächen waren sich die drei Staatsoberhäupter offensichtlich einig, daß das Libanon-Problem „an Dimension schrumpfen wird", wie es ein Berater im Weißen Haus ausdrückte, „sobald die Energien, die Aufmerksamkeit wieder dem Friedensprozeß gewidmet werden".

Was Libanon anging, so fand auch hier wiederum Ägyptens Mubarak die eindeutigste Sprache. Die Lage in Libanon, so sagte er, sei „untragbar", doch liege der Schlüssel zu einer gangbaren Lösung in dem „sofortigen und bedingungslosen Abzug aller israelischen Truppen". „*Die* israelische *Invasion* ist Wurzel und Ursache des gegenwärtigen traurigen Zustands in dieser Gegend", fuhr Ägyptens Präsident fort.

Ägypten und Jordanien sprachen sich in Washington für die „allmähliche Einführung" einer UNO-Friedenstruppe in Libanon aus, sie folgten *damit einer* französischen Anregung, die gestern vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York zum ersten Mal diskutiert wurde.

Reagan machte seinen beiden Be*suchern klar, daß er weiterhin Libanons* Zentralregierung unterstütze, daß die USA trotz der Verlagerung ihrer Marineinfanteristen auf Schiffe „voll engagiert" blieben. Das war *auch der Tenor eines Berichts, den* die Administration am gleichen Tag dem Kongreß zuleitete und in dem sie andeutete, die Umstationierung der „Marines" könne in etwa bis zum 12. März abgeschlossen sein. An der amerikanischen Unterstützung für die Zentralregierung in Libanon kritisierten jedoch sowohl *Hussein* als auch Mubarak den fortgesetzten Einsatz der Schiffsgeschütze der US-Marine gegen syrische und moslemische Stellungen.

Diese Bombardierungen basieren offenbar auf einer widersprüchlichen operationellen Grundlage. Während Marine-Minister John Lehman am Dienstag zunächst meinte, die Beschießungen dienten der Unterstützung der libanesischen Armee, kritisierte das Weiße Haus später diese *Charakterisierung und* beharrte darauf, der Einsatz amerikanischer Feuerkraft von See aus sei einzig zur Verteidigung der Luftlandetruppen am Boden gedacht.

Unter den Gipfelteilnehmern in Washington hielt sich der jordanische Monarch am meisten zurück. Hussein will und *muß* abwarten, ob Arafat sein Versprechen wahrmacht und erneut in Autonomie-Verhandlungen einwilligt. Die Arafat-Hussein-Gespräche waren beim ersten Mal im April 1983 ohne Ergebnis abgebrochen worden, nachdem der PLO-Chef sich nicht dazu durchringen konnte, *dem Jordanier* ein eindeutiges Mandat zum Verhandeln, namens der Palästinenser, zu erteilen. Diesmal waren in Washington alle Konferenzteilnehmer zuversichtlich: Arafat *habe sich, so hieß es, „für die* politische Lösung entschlossen".

Dennoch dürfte König Hussein mit einem konkreten Ergebnis aus Washington abreisen: Die Amerikaner haben ihm den Verkauf von 1613 schultergefeuerten Luftabwehrraketen vom Typ „Stinger" im Werte von *40 Millionen Dollar zugesagt. Der* Verkauf muß allerdings noch vom Kongreß gebilligt werden.

„Ich bin frei in meinen Entscheidungen"

● Fortsetzung von Seite 1

über die Strauß-Reise nach Syrien hat in der Bundesregierung offensichtlich Verstimmung ausgelöst. Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher bemühten sich jedoch, daraus keinen neuen Konflikt mit dem CSU-Vorsitzenden entstehen zu lassen. Deshalb hatte Regierungssprecher Peter Boenisch gestern die Weisung, sich vor der Bundespressekonferenz jeder Bewertung der Reise und ihrer Begleitumstände zu enthalten.

Auf die Frage, ob die Strauß-Aktion für die deutsche Politik von Nutzen sei, erwiderte Boenisch: „Dem Regierungssprecher steht keine Beurteilung der Reisen von Ministerpräsidenten der Länder und in diesem Fall auch eines Parteivorsitzen*den zu.*" Auch die Frage, ob *durch* die Reise die außenpolitische Richtlinienkompetenz des Kanzlers beeinträchtigt werde, wies der Regierungssprecher mit der Bemerkung ab: „Ich nehme zu keinen Einzelheiten Stellung." Immerhin ließ Boenisch keinen Zweifel daran, daß der Kanzler selbst über die Reise nicht unterrichtet worden war.

Tatsächlich spielte sich die Informierung der Bundesregierung so ab: Am Dienstagnachmittag fragte ein *Journalist im Auswärtigen Amt an,* was man dort von der geplanten Reise des CSU-Chefs nach Damaskus halte. Da zu diesem Zeitpunkt im AA über die Absicht von Strauß überhaupt noch nichts bekannt war, informierte das Amt den Außenminister, der sich mit dem Kanzler in Moskau aufhielt. Genscher wiederum gab die Information an Kohl weiter. Beide zeigten sich offensichtlich sehr irritiert.

Parallel dazu fragte das Auswärtige Amt am Nachmittag in München an, ob der journalistische Hinweis auf die Reisepläne des Ministerpräsidenten zutreffe. Am späten Nachmittag unterrichtete dann die bayerische Staatskanzlei den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Lautenschlager, telefonisch über den Syrien-Besuch. „Ob der eine Anruf den anderen ausgelöst hat, weiß ich nicht", erklärte ein AA-Sprecher.

Auf jeden Fall wußte auch die deutsche Botschaft in Damaskus bis Dienstagnachmittag nichts über die bevorstehende Ankunft von Strauß.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Von Ehre, Pflicht und Würde

Die Affäre Wörner/Kießling bleibt im dunkeln, trotz Medienrecherchen, Bundestagsdebatte, Untersuchungsausschuß und Parlamentarischer Kontrollkommission. Der Verteidigungsminister Manfred Wörner bleibt im Amt. Der Vier-Sterne-General Günter Kießling wird mit dem Großen Zapfenstreich verabschiedet, als sei nichts gewesen.

Es wird dennoch nichts unter den Teppich gekehrt werden können, wie der vereinfachende Generalvorwurf artikuliert wird, denn der Unrat bleibt irgendwo gesammelt. Eine ungute Situation.

Ehrenwort hin oder her. Wer dem nicht mehr glauben kann und seine Schnüffeleien nicht einstellt, ist übel dran. Er bricht dem Ehrenkodex nicht nur des mündigen Bürgers, sondern des Soldaten und des Offizierkorps im besonderen das Rückgrat.

Man muß davon ausgehen, daß Manfred Wörner aus *Pflichttreue* gehandelt hat. Die Rehabilitierung des Generals Dr. Kießling kann trotzdem den Schaden nicht wiedergutmachen, der angerichtet worden ist.

Der zeitlose preußische Ehrenbegriff ist für lange Zeit dahin – die innere Moral der Armee ist angeschlagen, das Vertrauen in ihre Führung ist verunsichert. Bleibt die Frage nach dem Korpsgeist der Generalität, als einer der ihren an den Rand des Abgrunds gestoßen wurde. *Nichts ist schlimmer, als wenn die* Kameradschaft opportunistischem Denken untergeordnet wird. Nichts ist würdeloser, als einen alten Kameraden, auch wenn er selbstverschuldet straucheln sollte, fallen zu lassen, statt ihn zu halten und zu stützen.

Die Schuld Wörners bleibt, daß er sich durch provozierende Journalisten aufs Glatteis hat führen lassen. Er brauchte die Gründe für die Entlassung des Generals nicht zu nennen. Nachdem ihm aber das „Sicher*heitsrisiko" entlockt werden konnte,* lag die Frage nach dem „Warum" nahe. Die Homo-Szene war das Letzte, was in die Begründung hätte eingeführt werden dürfen.

Der Kanzler hat entschieden, den General rehabilitiert und den Verteidigungsminister gehalten. Nun gut, das ist seine Entscheidung und seine Verantwortung, welche guten Gründe er auch dafür gehabt haben mag. Kein Grund allerdings, sich an die Brust zu schlagen und diese lächelnd *den Wählern anzubieten. Die Dinge* sind zu ernst, um sie mit der „Liebe zum Leben und zur Lebensfreude" in einem Atemzug zu nennen.

Nibelungentreue gehört in die Sagenwelt. Die Treue ist heute schwerer geworden. Daß der Kanzler und sein Verteidigungsminister nicht den Krieg kennenlernen mußten, ist ihr Glück. Aber die Erfahrungen der Kriegsgeneration kann dennoch nichts ersetzen – gleich, an welcher Front jemand stand. Beide müssen *wissen, daß der Glaube der Soldaten* an die Führungskraft und Gerechtigkeit ihrer obersten Befehlshaber im Frieden die Voraussetzung ist, ihnen im Ernstfall den Gehorsam zu erhalten.

Werner Kießling,
Präsident des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V.
Bonn 2

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
seit mehr als 30 Jahren bin ich ununterbrochen Leser Ihrer Zeitung, *in Freundeskreisen habe ich mit* Erfolg für das Blatt geworben. Nun verstehe ich im wahrsten Sinne des Wortes seit einigen Wochen die *WELT* nicht mehr! Ich bin irritiert und enttäuscht darüber, wie und in welcher Form sich eine seriöse Zeitung an der Hetze gegen den Verteidigungsminister Manfred Wörner und damit indirekt gegen Bundeskanzler Kohl beteiligt.

Hätten Sie nicht auch einmal den sicherlich verdienten und seriösen Vier-Sterne-General a. D. Graf Kielmansegg zitieren können: „Wörner konnte aus Sicherheitsgründen nicht anders handeln" und „Was Sachverstand und Fachwissen angeht, ist Wörner ohne Zweifel der Beste". Der letzte Teil der Aussage ist für mich im Interesse unseres Volkes und Landes entscheidend. Oder wollen Sie einen Verteidigungsminister, der einen Panzer nicht von einem Heuwagen unterscheiden kann?

Mit freundlichem Gruß
Wilhelm Grote,
Lübbecke 3

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
nach der Debatte im Bundestag über den Fall Kießling wurde in den Abendnachrichten des Fernsehens Herr Fischer von den Grünen mit dem Redeausschnitt gezeigt, in dem er sich über das Schmierentheater beklagt, das um diesen Fall veranstaltet worden war. Gerade dieses Herrn Fischers Rede aber war eine solch widerliche, genüßlich vorgetragene Schmierenvorstellung, in der alle Peinlichkeiten auf witzelnde Art wiederholt wurden, die ein Teil der Presse verbreitet hatte. Begleitet wurden diese *Ausführungen von dem Feixen* eines gewissen Kreises seiner Zuhörer. Dem Fernsehzuschauer drehte sich der Magen um.

Bei meinen Besuchen in die DDR mußte ich mehrfach hören, welches Befremden die unseriösen Vorstellungen auslösen, die einige Abgeordnete im Bundestag ungestraft bieten. Solche Ausfälle sprechen sich herum bis nach Ostsachsen, wo Westfernsehen nicht empfangen werden kann.

I. von Ascheraden,
Hamburg 73

Kronland Schlesien

„Zu guter Letzt"; WELT vom 31. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
Ihren Hinweis auf den 100. Todestag von Gregor Mendel finde ich sehr gut und lobenswert, jedoch ist die Angabe seines Geburtsortes „Heinzendorf/Schlesien" nach meiner Auffassung nicht korrekt. Heinzendorf liegt in der Nähe von Troppau (heute CSSR) und gehörte zur damaligen Zeit zum Kronland Österreichisch-Schlesien der Habsburger Monarchie (verbliebener Rest Schlesiens bei Habsburg nach dem Hubertusburger Frieden von 1763).

Bei der Bezeichnung „Schlesien" muß man annehmen, daß es sich um den *damals* zu Preußen gehörenden Teil (heute unter polnischer Verwaltung) handelt.

Mit besten Grüßen
Horst Gobel,
Berlin 31

Bitte um Hilfe

Wie uns berichtet wurde, ist die Not *durch* die Verteuerung der knapp zugeteilten Lebensmittel in Polen und in den von Polen verwalteten deutschen Gebieten wie Pommern, West- und Ostpreußen, Danzig und Schlesien noch größer geworden.

Wir können mit dem Versand von Textil- und Lebensmittel-Paketen unseren Landsleuten drüben helfen, wenn weitere Paketspenden auf das Konto 102 087 der Eckernförder Kreissparkasse (BLZ 210 520 90) überwiesen werden.

Unaufgefordert werden Spendenquittungen zugesandt.

Sozialwerk der Pommern e. V.
Arbeitskreis Eckernförde
Kurt Schramm
Prinzenstr. 74,
2330 Eckernförde

Gutes Beispiel

„Skandinavien im Fadenkreuz der Sowjets"; WELT vom 16. Januar

Sehr geehrter Dr. Kremp,
dieser Artikel ist eine Warnung an alle, die die sowjetische Expansionspolitik unterschätzen oder gar übersehen. Das Schicksal der baltischen Staaten ist ein gutes eispiel dafür, was mit Staaten geschehen kann, wenn sie sich nur ungenügend wehren können. Durch die sowjetische Okkupation ist nicht nur die Zukunft unserer Völker auf weite Sicht gefährdet, sondern unser Land kann auch als Sprungbrett für weitere sowjetische Expansionspläne benutzt werden.

Darüber hinaus (wie es in dem Artikel treffend dargestellt worden ist! wird die Jugend und werden sogar Kinder der friedliebenden Völker Estlands, Lettlands und Litauens zum Haß gegen die westliche Welt erzogen und im Schulunterricht sowie in der einseitigen Parteipresse aufgestachelt. Die Schaffu.g von Feindbildern hat überhaupt nichts mit „vertrauensbildenden Maßnahmen", über die im Augenblick die Konferenz in Stockholm sich befaßt, zu tun, im Gegenteil.

Ich hoffe, daß Ihre geschätzte Zeitung auch in der Zukunft weiterhin über die aktuelle Lage in den besetzten baltischen Staaten berichten wird.

Mit freundlichen Grüßen
Arturs Cipulis,
Vorsitzender des Lettischen Zentralkomitees,
Münster

Mutig aufstehen

Sehr geehrte Damen und Herren,
zum Leserbrief von Frau Gerstenmaier unter der Generalüberschrift „Christen für den Terror?" möchte ich eine Ergänzung geben. Sie schreibt u. a.: „Man würde gerne aus einer solchen EKD austreten ..." Austreten wäre *ganz* der falsche Weg, denn man würde die Kirche nur ihren inneren Feinden überlassen. Im Gegenteil: Hinein in die Kirche und in die Kirchen! Dabei sollte man den Pfarrern genau aufs Maul schauen. Wenn einer von ihnen die Kanzel zum Podium einer „Demo" für gewalttätige Organisationen machen sollte, dann sollten die mutigen Christen während der Predigt aufstehen und die Kirche verlassen – still und würdig, aber unübersehbar. Dazu: Hinein *in die Institutionen*, die schweigende Mehrheit muß aktiv werden.

Dr. G. Schneider,
Krefeld

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Am Dasein Gottes können nur blasierte Toren zweifeln. Er ist der Urgrund aller Dinge; die Materie, aus der unsere, den Sinnen faßliche Welt besteht, nur eine, vielleicht vorübergehende Form göttlicher, schaffender Kraft, die Materie mithin ein Produkt des Geistes, nicht umgekehrt."

Werner von Siemens, dt. Begründer der Elektrotechnik (1816–1892)

Personalien

EHRUNGEN

Dem Münchner Kinderarzt Professor Dr. Dr. h. c. **Theodor Hellbrügge** wurde „für hervorragende Verdienste für Kinder- und Jugendarbeit" der „Amriswiler Apfelbaum" der Schweizer Akademie Amriswil verliehen. Mit Professor Hellbrügge, dessen Laudatio der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Professor Dr. **Hans Maier**, hielt, wurde erstmalig ein Kinderarzt mit der Ehrung bedacht, die zuvor schon *unter anderen an* **Ortega y Gasset, Martin Heidegger, Konrad Lorenz, Thomas Mann** und **Manès Sperber** verliehen worden ist.

*

Der österreichische Autor **Stefan M. Gergely** (33) erhält aus der Hand von **Josef Stingl**, Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, den mit 15 000 Mark dotierten „Nürnberger Trichter" für sein Buch „Mikro Elektronik – Computer, Roboter und neue Medien erobern die Welt". Der 1977 gestiftete Preis, den bisher 17 Autoren erhielten, soll „Lesen für den Beruf" fördern. Es wurde 1977 zum fünfzigjährigen Bestehen *der Deutschen Arbeitsverwaltung* von der Bundesanstalt gestiftet und wird am 14. März in Nürnberg übergeben.

GEBURTSTAG

Bernd Leverenz, von 1952 bis 1963 Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein und von 1958 bis 1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der Liberalen, vollendete sein 75. Lebensjahr. Der Anwalt aus Mecklenburg war von 1954 bis 1967 mit kurzer Unterbrechung Justizminister und zeitweilig stellvertretender Regierungschef in Kiel. Seit 1968 ist er Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Auf Leverenz geht die beispielgebende Umwandlung des schleswig-holsteinischen Justizministeriums in ein *umfassendes* Rechtspflegeministerium (einschließlich Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit) zurück. Leverenz plädierte für eine Modernisierung des Strafvollzugs und gegen eine frühzeitige Verjährung von NS-Verbrechen. Viele Jahre war er im Kuratorium „Unteilbares Deutschland" tätig.

TODESFALL

Helmut Minta, Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, ist in Nürnberg im 61. Lebensjahr gestorben. Der gebürtige Duisburger war 1949 in die Arbeitsverwaltung eingetreten und über das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen zum Internationalen Arbeitsamt und von dort zur Zentralstelle für Arbeitsvermittlung nach Frankfurt gekommen. 1970 wurde ihm eine Abteilung bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, deren Vizepräsident er seit 1975 war, eine Abteilung übertragen. Minta vertrat eine aktive Arbeitsmarktpolitik und setzte sich für Beschäfigungshilfen ein. Er war Vorstandsmitglied und Präsident des ständigen Fachausschusses für Arbeitslosenversicherung und Beschäftigungsversicherung der Vereinigung für soziale Sicherheit (IVSS), der 160 Länder als Mitglieder angehören.

WELT DER WIRTSCHAFT

Wink aus der Zentrale?

sz. – Seit fast zwei Jahren wird das Gerücht gehandelt, daß sich der Flick-Konzern von seiner Münchner Panzer-Schmiede Krauss-Maffei trennen möchte. Immerhin mußte über die Buderus AG 1981 ein Verlust von fast 26 Millionen Mark übernommen werden, der auch nach einer höheren Gewinnabführung für 1983 noch lange nicht ausgebügelt sein dürfte. Und die Zukunft für das Waffengeschäft, bei dem Krauss-Maffei fast einen Eigenumsatz von ungefähr 350 Millionen Mark kommt, wenn man aus den knapp 1,9 Milliarden Mark die durchlaufenden Umsätze herausrechnet, sieht nicht gerade rosig aus. Schon jetzt drohen erhebliche Auftragslücken, wenn die Lieferungen des Leopard 2 auslaufen.

Neu angeheizt hat jetzt Krauss-Maffei-Chef Griesmeier die Gerüchte. Was hat ihn bewogen, gegen alle Usancen und ungefragt laut über den Versicherungswert seines Unternehmens nachzudenken und ihn – was nichts über den tatsächlichen Marktwert aussagt – mit sehr hohen 700 bis 800 Millionen Mark zu beziffern? Und was veranlaßte ihn anzudeuten, daß Krauss-Maffei über „stille" Reserven in der Größenordnung von etwa 100 Millionen Mark verfügt? War's ein Wink aus der Düsseldorfer Konzern-Zentrale?

Man kann davon ausgehen, daß auch das Haus Flick die alte Börsenregel kennt, in guten Zeiten zu verkaufen. Und wenn sie nicht ganz so gut sind, wie gewünscht, dann muß mit positiven Nachrichten nachgeholfen werden. Die Tage von Griesmeier wären gezählt, hätte er eigenmächtig über diese Geheimnisse geplaudert.

Bundesgenossen

Ha. (Brüssel) – Pauschale Kritik am Protektionismus läßt häufig vergessen, daß Verstöße gegen die Bestimmungen des gemeinsamen Marktes nicht die Regel, sondern die Ausnahme sind. Die große Masse des Warenverkehrs vollzieht sich nach wie vor ohne Behinderungen. Wie die EG-Kommission in ihrem Jahresbericht unterstreicht, ist die Zahl der eingeleiteten Verfahren wegen Vertragsverletzung 1983 sogar von 332 auf 289 zurückgegangen. Was noch wichtiger ist: die Zahl der beim Europäischen Gerichtshof eingereichten Klagen verringerten sich von 50 im Jahre 1981 auf 46 im folgenden und 42 im abgelaufenen Jahr. Durchweg versuchen die Mitgliedsregierungen den Vorschriften des Gemeinschaftsrechts nachzukommen, bevor sich die Kommission zur Klageerhebung entschließt. In den meisten Fällen hat sich das Luxemburger Gericht nämlich als Bundesgenosse der Brüsseler Behörde erwiesen. Beide Institutionen haben die Aufgabe dafür zu sorgen, daß die Spielregeln der EG eingehalten werden. Deshalb ziehen sie auch oft am gleichen Strick.

DIHT / Otto Wolff warnt auf der Jahrestagung vor überflüssigen Unkenrufen

„Die deutsche Wirtschaft hat nicht über Nacht Patina angesetzt"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

„Die deutsche Wirtschaft hat nicht über Nacht Patina angesetzt". Sie gehöre nach wie vor zur „Spitzengruppe der technologisch leistungsfähigen Industrieländer". Damit wandte sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, auf der DIHT-Vollversammlung in Bonn gegen Unkenrufe über mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche wäre jedoch eine untragbare Hypothek. Wolff forderte eine generelle Absenkung des Einkommensteuertarifs.

Otto Wolff von Amerongen bemängelte, daß leider aus einem gutgemeinten und zum Teil berechtigten Alarmsignal zu technologischen Versäumnissen ein Modethema geworden sei, das über Selbstzweifel zur Selbstmontage führe. Den Konkurrenten auf den Weltmärkten sollte für deren Produkte die Reklame nicht *auch noch frei Haus geliefert werden.* Sicherlich mangele es noch an einer längerfristigen Fundierung eines notwendigen Strukturwandels, um Anschluß an die technologischen Spitzenleistungen zu finden, in denen die Amerikaner Vorsprung hätten. „Aber das wird uns doch wohl gelingen", gab sich der DIHT-Präsident sicher.

Dabei müsse allerdings der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Sinne von Leistungsfähigkeit absoluter Vorrang eingeräumt werden. *Wenn die Bundesrepublik hier nicht* mithalte, könne das Thema Abbau der Arbeitslosigkeit mit negativem Ergebnis abgehakt werden. Der deutsche Export lebe derzeit im Windschatten des hohen Dollar-Kurses. Dadurch könne er noch eine Zeitlang die Konjunktur recht gut mittragen, doch eine zukunftsträchtige Perspektive sei das nicht.

In diesem Zusammenhang wies Wolff darauf hin, daß eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für die Wirtschaft untragbar sei. Eine Volkswirtschaft, die sich Arbeitszeitverkürzungen verordnet, verschenke Wachstumschancen. Hinzu *komme die psychologische Wirkung* nach außen. Im Ausland werde die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung als ein Zeichen gewertet, daß die Deutschen von dem Wort „Fleiß" Abschied nehmen wollten. Dadurch gerate das „Made in Germany" in Mißkredit. Überdies werde dieser negative Eindruck seine Wirkung bei neuen Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik, vor allem von US-Kapital, nicht verfehlen.

Wenn auf Märkten Ungleichgewichte *auftauchen, sollten* Preise dafür sorgen, daß Überschüsse verschwinden oder Mangel beseitigt wird. Doch für den Arbeitsmarkt drohe statt der Preisanpassung die Mengenanpassung. Wer sich heute um die Arbeitslosigkeit Sorgen macht, könne sich nicht an der Frage vorbeimogeln, welches Lohnniveau und welche -differenzierung die Chance bietet, daß bei der realistischen Annahme eines wachsenden Bruttosozialprodukts zwischen zwei und vier Prozent in den nächsten Jahren wieder mehr Menschen Arbeit finden.

Spätestens seit der Energiekrise sei deutlich geworden, daß zwischen Produktionsmitteln und dem Produktionsergebnis keine starre Beziehung bestehe. Steigende Preise hätten das Öl vom Wirtschaftswachstum deutlich abgekoppelt. „Ähnliches erleben wir auf dem Arbeitsmarkt. Nur das eine wird als Erfolg gefeiert, das andere zu Recht beklagt", betonte der DIHT-Präsident, der gestern für ein weiteres Jahr in seinem Amt bestätigt wurde.

Es müsse auch etwas für die Leistungsbereitschaft aller Einkommensbezieher getan werden. Folglich plädiere der DIHT für eine Absenkung des Tarifs in der Lohn- und Einkommensteuer, „sowohl beim Einstiegssteuersatz wie auch beim Spitzensteuersatz". Die Reform sollte auch eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes für thesaurierte Gewinne einschließen. Aus psychologischen *Gründen hält Wolff eine* Senkung der Spitzenbesteuerung unter 50 Prozent für besonders wichtig. Das Konzept für die Tarifreform müsse bald auf den Tisch. Dies sei wesentlich wichtiger als die Frage, ob die Steuersenkung ein Jahr früher oder später kommt.

WÄHRUNGEN

Dollar geriet unter Druck

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar ist vorgestern in New York und gestern weltweit an den Devisenmärkten ohne erkennbaren besonderen Anlaß unter spürbaren Druck geraten. In der Bundesrepublik wurde die amtliche Notiz von 2,7430 auf 2,6950 DM zurückgenommen; vorbörslich und nachbörslich unterschritt der Dollar die Marke von 2,69 DM noch etwas. Gleichzeitig gewann die D-Mark an Boden, so daß sich der Schweizerfranken von 122,48 auf 122,00 DM verbilligte.

Im Devisenhandel waren zwar viele Experten schon seit langem überzeugt, daß der Dollarkurs sinken müsse; dennoch war gestern in diesen Kreisen Erstaunen über den plötzlichen Rückgang festzustellen. Allgemein ist zu beobachten, daß seit *etwa zwei bis drei Wochen alle möglichen* bekannten Argumente und Ereignisse, die zuvor als Haussemomente für den Dollar galten, weniger Beachtung finden. So hat der Markt gestern zum Beispiel überhaupt nicht auf den stärker als erwartet ausgefallenen Anstieg der US-Einzelhandelsumsätze reagiert; und als der vom Markt eigentlich erwartete Kursgewinn des Dollars ausblieb, drehte die Tendenz plötzlich nach unten. Stärker als bisher wird am Markt seit *kurzem alles registriert, was* für einen Kursrückgang des Dollar spricht, auch wenn die Begründungen schon uralt sind.

An den Fakten, die für die Bewertung des Dollar eine Rolle spielen, habe sich nichts geändert, so heißt es in Expertenkreisen.

WERFTEN

EG genehmigt weitere Hilfen

WILHELM HADLER, Brüssel

Um zwei weitere Jahre hinausschieben will die EG-Kommission die Verpflichtung zum Abbau der staatlichen Subventionen in der Werftindustrie. Dem notleidenden Sektor soll damit erneut eine Frist zur Anpassung an die internationale Konkurrenz eingeräumt werden. Die Behörde hat dem Ministerrat vorgeschlagen, die am Jahresende auslaufende 5. Schiffbau-Richtlinie bis Ende 1986 zu verlängern. Erst danach soll auf eine *massive* Degression der Beihilfen hingewirkt werden.

Voraussetzung für eine Genehmigung der Subventionen sollen jedoch Maßnahmen zur Umstrukturierung sein, die auch neue erhebliche Kapazitätsstillegungen einschließen. Die Kommission will hohe Finanzspritzen *zulassen, soweit sie zeitlich begrenzt* sind und die Werften detaillierte Modernisierungspläne vorlegen.

Eine Reduzierung der Beihilfen sei in den nächsten drei Jahren angesichts der verschärften Krise im Schiffbau schwer vorstellbar, meinten die Brüsseler Wettbewerbshüter. Auf jeden Fall gelte es aber sicherzustellen, daß kein Beihilfenwettbewerb entsteht und daß die Werften, die bereits Anstrengungen zur Umstrukturierung unternommen haben, *nicht durch die Subventionen zugunsten* anderer Betriebe geschädigt würden. Schuld am schlechten Zustand der europäischen Werften ist nach Meinung der EG-Behörde nicht nur die asiatische Konkurrenz, sondern eine strukturell bedingte geringere Wettbewerbsfähigkeit.

Sorge über Etat-Defizite

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ob die Blütenträume in der OECD reifen, wird sich erst im Mai auf der Jahrestagung ihres Ministerrats zeigen. Aber die Wirtschafts- und Finanzminister haben jetzt in Paris doch gewisse Grundlagen dafür gelegt, daß sich die Regierungen der *westlichen Industriestaaten* in wichtigen Fragen zu einer gemeinsamen Politik entschließen.

Das Kernproblem heißt: Wie kann ein sozial akzeptables Beschäftigungswachstum erreicht und gleichzeitig der Protektionismus abgebaut werden. Der Zeitpunkt für gemeinsame Lösungsversuche erscheint günstig, nachdem die Rezession überwunden und ein ziemlich inflationsneutraler Wirtschaftsaufschwung begonnen hat.

Allerdings dürfte es den Ministern nicht leicht fallen, ihren jetzt bekundeten guten Willen in die Tat umzusetzen. Jedenfalls gehen die Auffassungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weit auseinander. Allgemein kam es bei der Identifizierung der Probleme aber zu einer sehr weitgehenden Konvergenz der Ansichten.

Übereinstimmung herrschte jedenfalls darüber, daß die westlichen Industriestaaten mehr oder weniger über ihre Verhältnisse leben. Ihre Staatsausgaben, die Defizite ihrer Staatshaushalte und ihre Staatsverschuldung haben inzwischen ein „exzessives" Ausmaß erreicht.

Selbst die amerikanische Delega*tion bekundete die* Entschlossenheit, dem Problem des Haushaltsfehlbetrages jetzt ernsthaft zu Leibe zu rükken. Das enorme US-Defizit wurde von ihr ausdrücklich als Bedrohung des Weltwirtschaftsaufschwunges anerkannt.

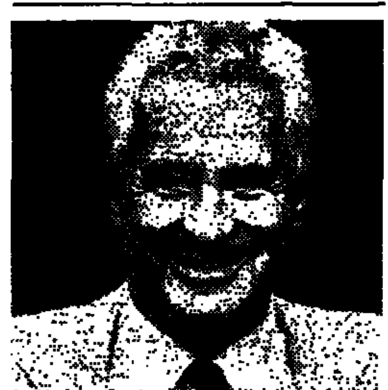
Beim OECD-Sekretariat selbst ist man allerdings eher skeptisch. Eine von ihm nach der Sitzung veröffentlichte Untersuchung, die den Ministern in vertraulicher Fassung vorgelegen hatte, kommt jedenfalls zu keinen sehr zuversichtlichen Ergebnissen. Darin wird insbesondere festgestellt, daß die öffentlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten unter Einschluß der Sozialausgaben im Durchschnitt inzwischen fast 50 Prozent des *Sozialprodukts* erreicht haben, gegenüber erst 30 Prozent 1960. Diese Entwicklung wird nicht nur auf die Folgen der Rezession, sondern auch auf verstärkte Staatsinterventionen und übermäßig gestiegene soziale Ansprüche zurückgeführt. Gleichzeitig verschlechterte sich die Ausgabenstruktur. Es dominieren immer mehr die Konsum- und Transferausgaben zu Lasten der öffentlichen Investitionen. Der Anteil der Staatsausgaben *zu Gunsten der privaten Haushalte* und der Unternehmen sowie für die Verzinsung der Staatsschuld nahm zwischen 1960 und 1983 von 40 auf 50 Prozent zu. Das Sekretariat hält diese Entwicklung für „beunruhigend".

Allein die Sozialausgaben (Gesundheit, Erziehung, Pensionen, Ressourcengarantie usw.) erreichen im OECD-Durchschnitt 60 Prozent aller öffentlichen Ausgaben, gegenüber 50 Prozent vor dreizehn Jahren. Bis 1990 erwartet das OECD-Sekretariat für die sieben größten Mitgliedstaaten eine Zunahme der Sozialausgaben um jährlich mehr als real ein Prozent. Dies würde gegenüber der bisherigen Tendenz zwar eine gewisse Abflachung bedeuten. Sie sei aber lediglich demographischen Gründen zuzuschreiben: Die Verminderung des Geburtenanstiegs wird größer als der Rentenzuwachs sein. Andererseits aber würden insbesondere aus der *fortschreitenden* Arbeitslosigkeit steigende Sozialausgaben entstehen.

In Folge dieser Entwicklung rechnet das Sekretariat mit einer weiteren Zunahme der realen Budgetdefizite, die inzwischen bereits durchschnittlich 4 Prozent des Sozialprodukts – mit Spitzen von 12 Prozent – erreicht haben. Dieser Anteil verdoppelte sich damit allein innerhalb der letzten vier Jahre. Er entspricht nunmehr 20 Prozent der privaten Bruttoersparnisbildung. Immerhin wurde das Gewicht der strukturellen Haushaltsdefizite inzwischen etwas vermindert.

Andererseits wurden die Staatshaushalte durch die zunehmenden Zinslasten der Staatsverschuldungen stärker belastet. Der Anteil dieser Schulden am Sozialprodukt nahm zwischen 1978 und 1984 um 10 Punkte zu. Das OECD-Sekretariat sieht darin einen ganz wesentlichen Grund für den Anstieg des Realzinses und damit für die Abnahme der Kapitalbildung. Dadurch sei nicht nur die Investitionstätigkeit, sondern auch der Kapitalexport in dritte Länder behindert worden.

AUF EIN WORT



„Dadurch, daß die Regierung eindeutig auf das Leistungsprinzip, auf Privatinitiative, auf Innovations- und Investitionstätigkeit zur Rückgewinnung einer nachhaltigen Wachstumsdynamik setzt, hat sie allein noch keine Garantie für einen Aufschwung nach altem Strickmuster. Vielmehr gilt es konsequent, die Wirtschaftspolitik noch eindeutiger den ordnungspolitischen Grundsätzen des marktwirtschaftlichen Prinzips zu unterwerfen."

Gerhart Klamert, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Bauindustrieverbandes, München.
FOTO: Klaus Hampel

Banken: Belebung setzt sich fort

AP, Köln

Die Belebung der Wirtschaft setzt sich nach Auffassung der deutschen Banken fort. Wie der Bundesverband deutscher Banken in Köln erklärte, wird die Erholung derzeit vor allem vom Auslandsgeschäft getragen. Zwar gehe der Export in Öl- und Entwicklungsländer zurück oder stagniere, doch habe vor allem der Aufschwung in den USA die Nachfrage nach deutschen Waren verstärkt. Die Kaufneigung der privaten Haushalte sei gefestigt. Die Sparquote habe sich auf niedrigem Niveau stabilisiert.

EIGENHEIM-BESTEUERUNG

Erstes Gespräch Schneider–Stoltenberg ohne Ergebnis

GISELA REINERS, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) und Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) haben bei ihrem ersten Treffen keine Einigkeit über Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft erzielt. Nach Angaben des Bauministeriums lag der Schwerpunkt der Unterredung bei einer möglichen Entlastung von selbstnutzenden Eigenheimern durch eine Neufestsetzung der steuerlichen Rahmenbedingungen.

„Es ist keine Entscheidung für eine Option auf einen bestimmten Lösungsweg getroffen worden", teilte das Haus Schneider mit. Es sei lediglich ein Einstieg in die Diskussion gewesen. Das Treffen habe der Orientierung gedient.

Es ist bekannt, daß Wohnungsbauminister Schneider für einige Projekte die Zustimmung, das heißt das Geld aus der Staatskasse braucht, das Finanzminister Stoltenberg aber weitgehend schonen möchte, um die Neuverschuldung zu senken. Schneider muß jedoch an die Zeit denken, zu der die Förderprogramme für den Wohnungsbau auslaufen wie zum Beispiel der erweiterte Schuldzinsenabzug, der 1986 ausläuft. Die neue Koalition aus CDU/CSU und FDP hatte nach der Regierungsübernahme im Herbst 1982 Geld in den Wohnungsbau gesteckt, um mit Hilfe seiner Vorreiterrolle die Konjunktur anzukurbeln. Es scheint jedoch fraglich, ob sich der Finanzminister bereitfinden wird, die Finanzierung neuer Programme zuzusagen. Es soll aber bei der bisherigen Terminplanung bleiben, nach der die Bundesregierung bis spätestens Mitte des Jahres ein Konzept zur Wohnungsbauförderung vorlegen will.

GESPRÄCHE EG–JAPAN

Die Brüsseler Delegation erkennt kleine Fortschritte

FRED de La TROBE, Tokio

Bei den dreitägigen Verhandlungen zwischen Japan und der Europäischen Gemeinschaft in Tokio, die am Mittwoch endete, wurden „kleine Fortschritte" erzielt. Das erklärte der Leiter der EG-Delegation, Leslie Fielding, der die Atmosphäre bei den Gesprächen als sachlich und freundlich bezeichnete.

Das ständig weiter wachsende Defizit der europäischen Zehnergemeinschaft mit Japan sei aber Anlaß zu ernster Sorge. Nach EG-Statistiken habe es 1983 zwölf Milliarden Dollar betragen, nach japanischen Angaben 10,4 Milliarden Dollar, 9,5 Prozent mehr als im Jahr vorher. In den drei bis vier letzten Monaten gebe es allerdings Anzeichen erhöhter japanischer Importe aus Europa. Es sei aber zu befürchten, daß diese Entwicklung durch steigende Bezüge der EG aus Japan, die auf die größere Verbrauchernachfrage in Europa zurückgehe, mehr als ausgeglichen würde. Laut Fielding legten die europäischen Unterhändler Nachdruck auf die Forderung, daß die Japaner die in zwei Maßnahmenpaketen während des letzten Jahres beschlossenen Importerleichterungen in die Praxis umsetzen. Die EG-Delegation legte eine Liste mit fünf Forderungen vor.

Im einzelnen handelt es sich bei den fünf Forderungen um Erleichterungen bei den Bestimmungen über Standards und Zulassung von Pharmaprodukten, Chemikalien und anderen Erzeugnissen, um Maßnahmen zur Verbesserung des Marktzugangs einiger landwirtschaftlicher und industrieller Produkte, um den Abbau von Hemmnissen im japanischen Vertriebssystem, verbesserten Schutz für europäische Handelsmarken und leichteren Zugang zum japanischen Kapitalmarkt. (SAD)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Preisanstieg hat sich stark abgeschwächt

Paris (J.Sch.) – Der Preisanstieg in den westlichen Industriestaaten (OECD) hat sich im letzten Jahr weiter abgeschwächt. Die durchschnittliche Inflationsrate, die nach einem Rekord von 13 Prozent 1980 auf 10,5 Prozent 1981 und 7,8 Prozent 1982 zurückgebracht worden war, erreichte nach Angaben des OECD-Sekreta*riats 1983 nur noch 5,3 Prozent.* Die größten Stabilitätserfolge konnte Japan erzielen mit einer Teuerungsrate von 1,9 Prozent 1983. Es folgten die Bundesrepublik mit drei und die USA mit 3,2 Prozent. Die höchsten Inflationsraten wiesen in der OECD Portugal (25,5), die Türkei (28,8) und Island (86,7) aus.

Rohstahlproduktion

Essen (dpa/VWD) – Die Rohstahlproduktion in der Bundesrepublik wird nach Schätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) 1984 mit 37 bis 38 Millionen Tonnen leicht über der des Vorjahres (35,7 Millionen Tonnen) liegen. In den nächsten Monaten werde die Nachfrage nach Stahl nicht nur in anderen Industrieländern der westlichen Welt, sondern auch in der Bundesrepublik vermutlich noch weiter steigen.

Direktinvestitionen in USA

Washington (Sbt.) – Nach einem Rückgang, der drei Jahre anhielt, nehmen in den USA die privaten ausländischen Direktinvestitionen in der Weiterverarbeitung wieder zu. Nach einer Umfrage des Conference Board in New York wurden im vergangenen Jahr 280 Projekte verwirklicht, gegenüber 271 im Vorjahr. 1979 waren noch 431 Vorhaben registriert worden. Von den Neuinvestitionen entfielen 57 auf Großbritannien, 49 auf Japan, 47 auf die Bundesrepublik, 36 auf Kanada und 20 auf die Schweiz. Als Standort lag New York vorn, gefolgt von North Carolina, Kalifornien und Texas.

Steuerliche Förderung

Bonn (HH) - Besonders kostspielige Energiesparmaßnahmen werden auch weiterhin durch erhöhte Abschreibung steuerlich gefördert. Das Bundeskabinett hat jetzt eine Neufassung des Paragraphen 82 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung beschlossen und dem Bundesrat zugeleitet. Der Steuerpflichtige kann von den Herstellungskosten im Herstellungsjahr und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu zehn Prozent unter anderem in folgenden Fällen absetzen: Anschluß an eine Fernwärmeversorgung; Ein*bau von Wärmepumpen-, Solaranlagen* und Anlagen zur Wärmerückgewinnung sowie für die Errichtung von Windkraft- und Biogasanlagen. Die Vergünstigung gilt nur für den Fall, daß keine Investitionszulage gewährt wurde.

Kurzarbeit bei Grundig

Nürnberg (VWD) – In der Videorekorderproduktion der Grundig AG wird im März für 14 Tage kurzgearbeitet. Wie ein Sprecher des Unternehmens dazu erklärte, sei dies wegen einer Bandumstellung und der Umorganisation der Produktion im Werk Langwasser erforderlich. Die Vermutung, daß diese Umstellung die der Produktion von VHS-Recordern einleite, wies der Unternehmenssprecher zurück.

Für Selbsthilfe

Bonn (hg) – Gegen ein Verbot von Verkäufen unter dem Einstandspreis hat sich der Präsident des Bundeskartellamtes, Wolfgang Kartte, gestern in Bonn ausgesprochen. Da die Preisgestaltung ein wesentliches Element des Wettbewerbs sei, werde sich das Bild der Marktwirtschaft durch ein solches Vebot entscheidend verändern. Es sei darum nötig, daß die Wirtschaft Mißstände durch eigene Selbsthilfemaßnahmen beseitige. Damit erteilte der Präsident entsprechenden Initiativen der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung eine klare Absage.

Diskonstsatz heraufgesetzt

Brüssel (AP) – In Belgien ist der Diskontsatz von der Staatsbank um ein auf elf Prozent heraufgesetzt worden. Die Staatsbank begründete die Maßnahme mit „anhaltenden Spannungen" an den belgischen und internationalen Devisenmärkten.

SCHIFFAHRTSGESETZ

US-Reform jetzt perfekt?

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Reform der US-Schiffahrtsgesetzgebung ist unter Dach und Fach, nachdem die Experten der zuständigen Ausschüsse im Senat und Repräsentantenhaus die Arbeiten an dem Kompromißpapier abgeschlossen haben. Die gemeinsame Version ist zwar restriktiver ausgefallen als erhofft, mit ihr können jedoch sowohl die amerikanischen als auch die europäischen Reeder leben. Wichtige Elemente der alten Gorton- und Biaggi-Bill sind erhalten geblieben.

Wie die WELT aus zuverlässiger Quelle erfuhr, wird der Vermittlungsausschuß des Kongresses am kommenden Mittwoch das Gesetz verabschieden. Dafür haben sich bereits Senator Slade Gorton und der Abgeordnete Mario Biaggi ausgesprochen. Durch den Einbau von Schutzklauseln ist der Kritik der US-Verbraucherverbände weitgehend der Boden entzogen worden. Noch wichtiger ist, daß nicht nur die Republikaner den Niedergang der amerikanischen Seeschiffahrt aufhalten wollen. Dahinter stehen auch viele Demokraten sowie der Außenhandel und die Häfen.

Das neue US-Schiffahrtsgesetz klammert die Seeschiffahrt aus dem *Antitrustrecht aus und erlaubt den* amerikanischen Reedereien eine Teilnahme an den Linienkonferenzen. *Deutsche* Reeder versprechen sich von der Reform einen günstigeren Einsatz der Flotten, durch die nun möglichen *Haus-zu-Haus-Tarife* wird die Position gegenüber Außenseitern verbessert, abgebremst wird zudem der Trend zum Ausflaggen. Das Gesetz schreibt vor, daß die US-Schiffahrtskommission fünf Jahre lang die Auswirkungen auf Zölle, Preise und Dienstleistungen überwachen muß.

III FONDS

Jubilälumsbonus wahrscheinlich

DANKWART SEITZ, **München**

Einen guten Geschäftsabschluß 1983 wird die Internationales *Immobilien-Institut AG (iii) München*, ihren Anteilseignern im Jubiläumsjahr 1984 präsentieren. Mit dem iii-Fonds Nr. 1 wurde vor genau 25 Jahren der erste offene Immobilienfonds in der Bundesrepublik aufgelegt. Auch wenn der Vorstand noch keine Andeutung zur Ausschüttung machen will, erscheint eine neuerliche Anhebung der Sätze sowie ein Jubiläumsbonus als sehr warhscheinlich. *Für 1983 waren beim Fonds* Nr. 1 je Anteil 4,30 (4,10) DM und 2,80 (2,50) DM für den Fonds Nur.2 gezahlt worden.

Mit einer erheblichen Portion understatement meinte Vorstandsmitglied Bernd Klusak, daß man „marktanteilig an der Branchenentwicklung teilgehabt" hätte, räumt dann allerdings ein, daß das Mittelaufkommen bei beiden Fonds „über Erwarten gut" gewesen sei. Insgesamt verzeichnete das Institut ein Mittelaufkommen von 176 (37) Mill. DM, wovon 124 Mill. DM (plus 25 Prozent) auf den Fonds Nur. 1 und 52 Mill. DM (plus 18 Prozent) auf den Fonds Nr. 2 entfielen. Die Fondsvermögen stiegen auf 621 Mill. DM (plus 28 Prozent) bzw. 355 Mill. DM (plus 20,3 Prozent.

Auf ein erfolgreiches Abschneiden deuten auch die liquiden Mittel hin, die sich biem ersten Fonds auf 222 (72) Mill. DM und beim Fonds Nr. 2 auf 97 (29) Mill. DM erhöhten. Dabei wurden lediglich aus dem Immobilienbesitz des Fonds Nr. 2 fünf Objekte für insgesamt rund 25 Mill. DM verkauft. DM.

Bei beiden Fonds wurden zugunsten des gewerblichen Bereichs die Anteile an Wohnimmobilien weiter auf 22 bzw. *9* Prozent abgebaut. Überdurchschnittlich hoch blieb mit 98 Prozent die Vermietungsqoute.

NAMEN

Carl Wingenroth, früherer Public-Relations-Direktor der Deutschen Lufthansa, ist kurz vor seinem 72. *Geburtstag gestorben.*

Theodor Lessing, übernahm die neugeschaffene Position eines Generalbevollmächtigten beim Wein- und Spirituosen-Importeur Reidemeister & Ulrichs, Bremen.

Dr. Dieter Paffrath wird zum 1. März die Leitung des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkasse übernehmen. Er ist Nachfolger des tödlichen verunglückten **Ulrich Geißler.**

Horst Keppler, Vorstandsmitglied der Stelcon AG, Essen, vollendet am 18. Februar das 60. Lebensjahr.

ONLINE '84 / von Würzen: Es gibt keine unüberbrückbare technologische Lücke

Mehr Mut zum Risiko erwünscht

PETER WEERTZ, **Berlin**

Auf der Siebten Europäischen Kongreßmesse für technische Kommunikation „Online '84" wurde das *Thema technologischer Rückstand* nicht ausgeklammert. Schon bei der Eröffnung im Internationalen Congress Centrum in Berlin bestritt Staatssekretär von Würzen vom Bundeswirtschaftsministerium, daß es ein „technologisches Abseits" oder gar eine „unüberbrückbare technologische Lücke" in der Bundesrepublik gebe. Gleichwohl macht Dieter von Würzen auf zwei tatsächliche *Schwachstellen der deutschen Wirtschaft* aufmerksam.

Einmal sieht er eine „Wagnislücke" der Unternehmen bei der Einführung von neuen Technologien. Zum anderen kritisierte er eine „gewisse Unbeweglichkeit". Informationen über Technologien und Märkte werden nach seiner Ansicht nicht so rasch verarbeitet oder rezipiert wie in den Vereinigten Staaten oder Japan. Zugleich lobte von Würzen die Kongreßmesse, die deutlich zeige, was inzwischen möglich sei. Allerdings beklagte der Wirtschaftssekretär zugleich ausgeprägtes Sicherheitsdenken, fehlendes Engagement sowie institutionelle und organisatorische Hemmnisse, die neue Unternehmen und eine entsprechende Marktdynamik verhinderten. Mehr Mut zum Risiko sei aus wettbewerbspolitischen Gründen *wünschenswert.*

Für die verzögerte Umsetzung neuer Erkenntnisse sei die unzureichende Informationsverarbeitung mitverantwortlich, meinte von Würzen. Es fehle der deutschen Industrie jedoch nicht das notwendige technische Wissen, sondern eher die Flexibilität, die dieses Wissen rasch *umsetze* und marktgerecht verkaufe. Die staatliche Wirtschaftspolitik müsse freilich die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Entwicklung voranzutreiben; ihr falle außerdem die Aufgabe zu, strukturelle Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Die Kongreßmesse erwartet etwa 2500 Teilnehmer, die sich bei den 89 Ausstellern und in 32 Seminaren über den Stand der technischen Kommunikation (Teletex, Bildschirmtext, Mikrocomputer und Bürocomputer) informieren können. Gerade der derzeitige Entwicklungsstand der Telekommunikations- und Informationstechnik sei ausschlaggebend für die Leistungsfähigkeit auch der mittelständischen Unternehmen, betonen die Aussteller. Voraussetzung hierfür sei jedoch ein praxisnahes und preiswertes *Ausbildungsangebot der Hersteller.*

Besonderen Wert legt Roland Mecklinger, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG, auf den „gleitenden Übergang" von Kupfer- zu Glasfaserkabeln. Für die Individual- und Massenkommunikation („jeder mit jedem") sei die Glasfaser das System der Zukunft. Dem Aufbau eines leistungsfähigen Breitbandnetzes (Bigfon) auf Glasfaserbasis falle die Schlüsselrolle bei der *Übermittlung von Bild- und* Tonsignalen zu.

Optimistisch beurteilt die Loewe Opta GmbH den Start von Bildschirmtext in der Bundesrepublik. Bis 1986 erwartet das Unternehmen eine Teilnehmerzahl von einer halben Million. Gegenwärtig gibt es knapp 14 000 Bildschirmtext-Teilnehmer.

ITALIEN / Indexautomatismus wird aufgehoben

Schwächere Lohnanpassung

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienische Regierung hat mit sofortiger Wirkung die Verlangsamung der gleitenden Lohnskala *verfügt, mit der quartalsweise Löhne* und Gehälter den vorangegangenen Preiserhöhungen angepaßt werden. Der Erlaß, der die Bewegungen des automatischen Index-Mechanismus in diesem Jahr um ein Drittel vermindert, muß innerhalb von 60 Tagen vom Parlament ratifiziert werden. Die kommunistische Opposition hat bereits harte Kampfmaßnahmen angekündigt. Zusammen mit der Abkühlung der gleitenden Lohnskala, die durch ein Abkommen zwischen den Sozialpartnern am 22. Januar vergangenen Jahres schon um etwa 15 Prozent abgeschwächt worden war, hat die Regierung durch Erlaß Preise und Gebühren bis Ende April eingefroren.

Die Regierung hat sich außerdem vorgenommen, die amtlich über*wachten Preise und die Gebühren für* öffentliche Dienst-, Versorgungs- und Transportleistungen 1984 um durchschnittlich nicht mehr als zehn Prozent anzuheben. Gleichzeitig wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf zugeleitet der einen Mietstopp für das ganze laufende Jahr vorsieht.

Die Maßnahmen der Regierung haben von der christlich-demokratischen Gewerkschaft CISL und ihrer sozialistischen Schwesterorganisation UIL in allen Punkten Zustimmung gefunden, während im Falle der größten italienischen Arbeitnehmerorganisation, der kommunistisch-sozialistischen CGIL, nur die sozialistische Drittelminorität ihr Einverständnis erteilt hat. Grundsätzlich mit dem Regierungspaket einverstanden erklärt hat sich auch der Spitzenverband der Industrie. Kritik wird in diesen Fall allerdings daran geübt, daß die Regierung die *gleitende Lohnskala nur um ein Drittel* abgeschwächt hat und nicht um die Hälfte, was von den Unterneh*mern als Voraussetzung* angesehen wurde, um die Inflationsrate unter zehn Prozent zu halten.

Dürr weiter an der AEG-Spitze

AP, **Frankfurt**

Der Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken, Heinz Dürr, soll nach dem Willen des Aufsichtsratspräsidiums weitere fünf Jahre an der Spitze des Konzerns stehen. Wie das Unternehmen gestern in Frankfurt mitteilte, richtete das Präsidium einen entsprechenden Vorschlag an den Aufsichtsrat. Der 50 Jahre alte Dürr leitet den angeschlagenen Konzern seit Februar 1980, sein derzeitiger Vertrag läuft im Januar 1985 aus. Zugleich gab das Unternehmen bekannt, daß der AEG-Aufsichtsratsvorsitzende und Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs, nach der Aufhebung des Vergleichs sein Amt abgeben will. Sein Nachfolger soll der derzeitige Berater des Vorstands Hans Kuhn werden, der auf der Jahreshauptversammlung im *Juni zunächst als einfaches Aufsichtsratsmitglied* gewählt werden soll. Friderichs werde allerdings auch *danach* im Aufsichtsrat und im Finanzausschuß des Konzerns bleiben, hieß es in der AEG-Mitteilung.

SCHRÖDER / Schwerpunkt Wohnungsbau

Abstinenz in Berlin beendet

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Bei der Friedrich Schröder Unternehmensgruppe, Berlin, einer der führenden deutschen Bauträgergesellschaften, haben sich die Geschäftsaussichten gegenüber dem schwierigen Jahr 1983 erheblich verbessert. Nach Angaben des Unternehmens läßt das bereits kontrahierte Bauvolumen von 316 Mill. DM, das überwiegend noch im laufenden Jahr ergebniswirksam wird, für 1984 „sehr gute Umsätze und Ergebnisse" erwarten. Die Kapazitäten der insgesamt 32 zur Gruppe gehörenden Gesellschaften seien bis 1985 gesichert.

Schwerpunkte der Unternehmenstätigkeit, so heißt es, seien der Bau von Wohnungen und die Errichtung einer Freizeitanlage. Allein in Berlin würden 608 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von rund 200 Mill. DM gebaut. Nach jahrelanger Abstinenz habe sich Schröder damit wieder im Berliner Wohnungsbau engagiert. Mit Kostenmieten von 27 DM pro Quadratmeter sei das Niveau deutlich niedriger als in Berlin üblich (33 DM).

Im Geschäftsjahr 1983 mußte die Gruppe einen Umsatzrückgang um *13,6* Prozent auf 231 (268) Mill. DM hinnehmen. Davon entfielen auf die eigenen Betriebs- und Verwaltungsgesellschaften 35 (42) Mill. DM. Zahlen zur Ertragsentwicklung nennt Schröder nicht. Trotz der Belastungen infolge des niedrigeren Umsatzes habe aber das Betriebsergebnis auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden können. Für einen Ausgleich hätten höhere Dienstleistungserträge gesorgt.

Die Zahl der Mitarbeiter hat sich im Berichtsjahr *auf 369 (338) erhöht.* Auf den Schröder-Baustellen werden ferner etwa 1100 Arbeitskräfte durch Subunternehmer beschäftigt. Das Gesellschaftskapital betrug Ende 1983 gut 24,2 (22,4) Mill. DM.

Im Gegensatz zur eigenen Entwicklung beurteilt Schröder die Aussichten der gesamten Branche eher zurückhaltend. Nennenswerte Zuwachsraten im Baubereich seien nicht erkennbar. Es müsse davon ausgegangen werden, daß die Vorzieheffekte aus der Ende 1984 auslaufenden Investitionszulage Investitions-Löscher verursacht. Zudem verliere das Bauherren-Modell an Bedeutung.

HOFBRAUHAUS WOLTERS / Geringerer Ausstoß

Mit dem Ertrag zufrieden

D. SCHMIDT, **Braunschweig**

Entgegen den Prognosen vor Jahresfrist hat die Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) erneut einen Rückgang des Bierausstoßes verzeichnet. Vorstandschef Wolf Horenburg wollte konkrete Zahlen zwar nicht nennen, das prozentuale Minus von 1,8 Prozent dürfte aber einem Ausstoß von *nur noch gut 400 000 Hektoliter* entsprechen. Hinzu kommen etwa 37 000 Hektoliter alkoholfreie Getränke.

Bei Umsatz und Ertrag habe Wolters wieder „sehr positive" Ergebnisse erzielt. Trotz des geringeren Ausstoßes sei der Umsatz auf 70,2 (69,6) Mill. DM gestiegen. Nahezu unverändert wird mit 0,6 (0,61) Mill. DM der Bilanzgewinn ausgewiesen. Daraus soll den Aktionären wieder eine Dividende von 12 Prozent vorgeschlagen werden. Das Grundkapital von 5 Mill. DM befindet sich mehrheitlich in Familienbesitz.

Den Cash-flow beziffert Horenburg auf 9,4 (9,3) Mill. DM. Der gestiegene Anteil höherwertiger Biere ließ den Cash-flow pro Hektoliter auf 23,15 (22,19) DM wachsen. Der Anteil des Faßbieres habe sich um 4,7 Prozent erhöht und liege jetzt bei 29 Prozent. Beim Flaschenbier sei der Einweg-Anteil um 7 Prozent zurückgenommen worden.

Im ersten Quartal 1983/84 habe die Brauerei den Ausstoß um 1,7 Prozent gesteigert, während die Branche insgesamt einen Rückgang um 4 Prozent hinnehmen mußte. Horenburg geht davon aus, daß diese Zahl über das gesamte Jahr hinweg gehalten werden kann.

Sorgen bereitet die Tochtergesellschaft Wolters Gaststätten GmbH (WGG). Geringere Umsätze und die Einführung der 5-Tage-Woche ließen den Verlust 1982/83 auf 390 000 (39 000) DM ansteigen. Um dort eine Besserung zu erreichen, werde sich Wolters von einigen der zwölf Objekte trennen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

DEUTSCHE PFANDBRIEFANSTALT

Mehr Darlehenzusagen

CLAUS DERTINGER, Wiesbaden

Vor allzu großen Hoffnungen auf einen Zinsrückgang warnt Ludwig Schork, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt (Depfa), Wiesbaden, die im letzten Jahr ihre Darlehenszusagen weiter von 10,1 auf 10,3 Mrd. DM gesteigert und ein deutlich besseres Betriebsergebnis erzielt hat, das auch im Anstieg des Jahresergebnisses nach Risikovorsorge zum Ausdruck kommt. In diesem Jahr, so glaubt Schork, werde das Neugeschäft nicht wieder ein so hohes Volumen wie in den beiden Vorjahren erreichen, in denen die Wohnungsbaufinanzierung von der staatlichen Förderung und teilweise auch von den niedrigen Zinsen profitierte. Trotz einer zu erwartenden Beruhigung im Wohnungsbau teilt der Depfa-Chef nicht den Pessimismus des Verbands der privaten Hypothekenbanken, der für 1985 einen Einbruch an die Wand malt.

Das Hypothekengeschäft mit 4,1 (Vorjahr: 2,7) Mrd. DM Zusagen hat sich wieder mehr auf Finanzierungen mit fünfjähriger Zinsbindung (44 nach 36 Prozent) eingespielt. Bei der Verwendung der Mittel standen Modernisierung, Instandsetzung und Umschuldung mit einem Anteil von 57 Prozent abermals im Vordergrund, und bei der Finanzierung von Neubauten dominierten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (58 Prozent). Im Kommunalgeschäft wurden 6,2 (7,3) Mrd. DM zugesagt. Ausgezahlt hat die Depfa 9,94 (9,88) Mrd. DM mittel- und langfristige Darlehen. Der Darlehensbestand stieg von 43,4 auf 48,4 Mrd. DM, die Bilanzsumme von 46,7 auf 51,9 Mrd. DM. Zur Refinanzierung nahm die größte deutsche Hypothekenbank, die sich überwiegend in Bundesbesitz befindet, 8,6 (8,9) Mrd. DM durch den Absatz von Wertpapieren und Schuldscheinen auf.

Zugenommen haben, wie allgemein in der Branche, die Zwangsmaßnahmen vor allem in Norddeutschland. Bei 55 Zwangsversteigerungen erlitt die Depfa 3,9 Mill. DM Verluste, von denen 2,7 Mill. DM durch Einzelwertberichtigungen gedeckt sind. Auch für dieses Jahr erwartet die Bank noch kein Abflauen der Zwangsmaßnahmen. Die meisten Notfälle werden schon im „Vorfeld" aufgefangen.

MTU / Auftragsbestand stimmt zuversichtlich – Erst in zwei Jahren wieder Wachstum – Umsatzplus bei Kühnle

Stärkere Ausrichtung auf den Zivilbereich geplant

DANKWARD SEITZ, München

Auf eine Phase der Konsolidierung hat sich die MTU Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München/Friedrichshafen, für die kommenden *Jahre eingestellt. Erst von 1986/87 an* kann, wie Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Geschäftsführung, jetzt erläuterte, wieder mit einem langsamen Wachstum gerechnet werden. Der Auftragsbestand der Gruppe, die 1983 nach vorläufigen Zahlen auf einen Gesamtumsatz von rund 2,2 Mrd. DM (plus 2,3 Prozent) kam, von 3,4 Mrd. DM (plus 2,8 Prozent) stimme allerdings zuversichltich, bis dahin einigermaßen über die Runden zu kommen. Entsprechend liegt der Planumsatz für 1984 mit 2,1 Mrd. DM etwas unter dem Vorjahreswert.

Für den Bereich Strahlentriebwerke, der in München angesiedelt ist, erwartet Zimmermann erst ab 1986 eine allmähliche Belebung der Nachfrage. Dann wird nämlich mit dem Anlaufen der Ersatzbeschaffungswelle bei den internationalen Luftverkehrsgesellschaften gerechnet. Um daran entsprechend partizipieren zu können, will MTU in nächster Zeit verstärkt in den zivilen Bereich einsteigen, der 1983 erst 20 Prozent zum Triebwerksumsatz in Höhe von rund 1 Mrd. DM (plus 1,9 Prozent) beisteuerte.

*Ziel der MTU ist es, wie Zimmer*mann ausführte, an der Entwicklung aller künftigen Triebwerke mit 10 bis 11 Prozent beteiligt zu sein, was einem Weltmarktanteil für MTU von etwa 5 Prozent entsprechen würde. Hoffnungen setzt man vor allem auf das Triebwerk V 2500 für den geplanten „kleinen" Airbus A 320 sowie die Weiterentwicklung des Pratt & Whitney-Triebwerks JT8D, an dem MTU mit rund 12 Prozent beteiligt ist. Daneben verfügt man schon über einen Auftragsbestand von 175 Mill. DM für das Triebwerk PW 2037, mit dem ab Mitte 1984 die ersten Boeing 757-Flugzeuge ausgestattet werden.

Vorerst wichtigster Umsatzträger bleibt aber noch das Triebwerk für das Kampfflugzeug „Tornado", dessen Lieferungen ab 1989 langsam auslaufen. Danach wird im militärischen Bereich ein Auftragsloch entstehen, da Zimmermann erst ab 1991 mit einer möglichen Produktion des geplanten „Jägers 90" rechnet. Eine gewisse Entlastung könnte der Panzerhubschrauber PAH-2 bringen, über dessen Entwicklung noch im laufenden Jahr entschieden werden soll. Noch aber verfügte MTU-München Ende 1983 über einen Auftragsbestand von 2,1 Mrd. DM (plus 43 Prozent).

Auf eine Konsolidierungsphase stellt man sich auch bei MTU-Friedrichshafen ein, wo Dieselmotoren und Steuerungselemente für Schiffahrt, Eisenbahn und Schwerfahrzeuge hergestellt werden. Dieser Markt erweise sich, so Zimmermann, bei zunehmend härterem Wettbewerb als immer schwieriger. Aufgrund des geringen Auftragseingangs mußten in Friedrichshafen in den letzten 14 Monaten 4000 Mitarbeiter an einem Tag pro Woche kurzarbeiten. Trotzdem konnte das Unternehmen den Umsatz leicht um 2,2 Prozent auf 1,15 Mrd. DM steigern.

Zuversichtlich stimmte nach den Worten von Zimmermann, daß aufgrund einiger Großaufträge der Auftragseingang 1983 kräftig um 28 Prozent auf 1,18 Mrd. DM gestiegen ist, so daß man am Jahresende über einen Auftragsbestand von 1,3 Mrd. DM verfügte. Allerdings sei die Kapazitätsauslastung für 1984 noch nicht gewährleistet, jedoch habe man die Kurzarbeit ab Ende Februar aussetzen können.

Aufgestockt hat die MTU 1983 ihre Beteiligung am Stammkapital (7 Mill. DM) der Kühnle, Kopp & Kausch AG (KKK), Frankenthal, und zwar um 11 Prozent auf 61,56 Prozent. Daneben hält man unverändert 25 Prozent am Vorzugskapital von ebenfalls 7 Mill. DM. Das KKK-Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) bezeichnete Zimmermann als insgesamt positiv. Bei sehr unterschiedlichem Geschäftsverlauf in einzelnen Sparten habe KKK ein Umsatzplus von 9,7 Prozent auf 201,5 Mill. DM erzielt. Als „planmäßig" wertete Zimmermann den 1983 entstandenen Verlust von rund 15 (18) Mill. DM bei der MTU Maintenance GmbH, Hannover, die Flugzeugtriebwerke wartet und 1983 einen Umsatz von 31 (20) Mill. erzielte. Dies seien normale Anlaufverluste, die man nicht überbewerten dürfe.

FORSCHUNG

Förderbetrag jetzt angehoben

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung hat die Konditionen für die externe Vertragsforschung verbessert. Ziel der indirekten Forschungsförderung ist es, kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu technischem Wissen zu erleichtern. Die Umsatzgrenze für die antragsberechtigten Unternehmen wird jetzt von 200 auf 500 Mill. DM erhöht. Wenn diese Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Dritte vergeben, können sie vom Bonner Forschungsministerium einen Zuschuß in Höhe von 30 Prozent der Projektkosten, höchstens jedoch 120 000 DM je Unternehmen und Jahr, erhalten.

Für kleinere Unternehmen (bis 50 Millionen DM Umsatz) wird der Fördersatz von 30 auf 40 Prozent erhöht. Allerdings bleibt es auch hier bei dem Höchstförderbetrag von 120 000 DM. Künftig sind auch Tochterunternehmen von Großunternehmnen als Antragsberechtigte zugelassen. Neu ist ebenfalls, daß auch technisch-wirtschaftliche Durchführbarkeitsstudien zur Vorbereitung von Produktentwicklungen gefördert werden können.

KRUPP-KONZERN / Verluste bei Stahl belasten

Weltweit noch gut behauptet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Angesichts der weltweit schwierigen Wirtschaftslage hat sich der Krupp-Konzern 1983 „gut behauptet". In einer ersten Übersicht des heißt es, das Ergebnis sei durch Verluste im Stahlbereich und Belastungen von der *AG Weser beeinflußt* worden. Dagegen konnten in der Verarbeitung sowie bei Handel und Dienstleistungen positive Ergebnisse erzielt werden. Weltweit beschäftigte der Konzern zum Jahresbeginn 1984 rund 71 000 Menschen, etwa 7200 weniger als vor einem Jahr. Dies wird vor allem auf die Bereiche Stahl, Schiffbau und Industrieanlagen zurückgeführt.

Der Auftragseingang (Krupp Welt) lag Ende 1983 mit 15,7 Mrd. DM um 3,1 Prozent unter dem Vorjahr. Rückläufig war jedoch nur der Sektor Industrieanlagen mit fast 2,5 Mrd. DM (minus 35 Prozent), eine Folge des Nachfrageausfalls aus Opec-Ländern. Das Inlandsgeschäft spürte den Auftragseingang mit einem Rückgang um 3 Prozent auf 8,9 Mrd. DM. Im Export wurden Aufträge für 5,5 Mrd. DM hereingeholt. Der Auftragsbestand erreichte rund 12 Mrd. DM (minus 12 Prozent). Der Umsatz im Konzern stieg um 2 Prozent auf 17,1 Mrd. DM. Hier hat sich vor allem der Ex*portumsatz durch Abrechnung grö*ßerer Anlagenaufträge um 12 Prozent auf 6,3 Mrd. DM ausgeweitet.

In den einzelnen Bereichen ist die Auftragsentwicklung unterschiedlich verlaufen. Beim Edelstahl setzte sich eine Belebung durch. Bei Grund- und Qualitätsstahl führten subventionierte Importe und nachgebende Preise zu einem unbefriedigenden Verlauf. Die EG-Produktions- und Lieferquoten ließen nur eine unzureichende Kapazitätsauslastung zu. Der Schiffbau war von ungenügenden Aufträgen, das Industriegeschäft durch Zahlungsbilanzprobleme vieler Exportländer beeinträchtigt. Im Maschinenbau sorgten neben der Wehrtechnik die meisten zivilen Aktivitäten für einen beachtlichen Aufschwung.

SCHWABENGARAGE / Größter Ford-Händler

Privat-Leasing wird forciert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit einem guten Autojahr 1984 rechnet die Schwabengarage AG, Stuttgart, der Welt größter Ford-Händler. Vorstandssprecher Lothar Pulvermüller erwartet für das laufende Jahr im Pkw-Markt einen Zu*wachs der Zulassungen zwischen 3* und 7 Prozent. Für sein Haus selbst prognostiziert Pulvermüller, der im Typ „Sierra" weiterhin ein Zugpferd des Ford-Programms sieht, ein Absatzvolumen (einschließlich Leasing) von 17 000 bis 18 000 Einheiten und einen Umsatz von über 500 Mill. DM. Kopfzerbrechen bereitet weiterhin die Auslastung der Werkstätten, wenngleich hier nicht kurzgearbeitet werde. Unsicherheit besteht auch für den Baumaschinen-Bereich, denn hier vertreibt die Schwabengarage das Programm der in Konkurs befindlichen Hanomag GmbH.

Im Geschäftsjahr 1983 hat die Schwabengarage ihren Brutto-Umsatz um 15,2 Prozent auf 500 Mill. DM gesteigert. Ausgeliefert wurden insgesamt 16 790 Ford-Fahrzeuge, das waren 22,4 Prozent mehr als im Jahr davor. Hieran hatte der „Sierra" mit 35 Prozent den größten Anteil. Der Leasing-Umsatz nahm um 10,8 Prozent auf 63,3 Mill. DM zu. In diesem Bereich will die Schwabengarage das Privat-Leasing noch stärker forcieren und rechnet für das laufende Jahr mit einem Zuwachs von 25 Prozent. Bei Baumaschinen wurden 21,8 (19,6) Mill. DM umgesetzt.

Investiert wurden 17 Mill. DM, für 1984 sind 13 Mill. DM vorgesehen. Deutlich verbessert habe sich – so Pulvermüller – das Ergebnis. Er rechne neben einer Stärkung der Rücklagen mit einer zweistelligen Dividendenausschüttung. Außerdem peile man eine Kapitalerhöhung an. Für 1982 waren auf das 15 Mill. DM betragende Aktienkapital 6 Prozent ausgeschüttet worden. Schachtelbeteiligungen halten jeweils die Gothaer Versicherungsgruppe, die Suevia Verwaltungsgesellschaft und die Stuttgarter Straßenbahnen.

KALK WÜLFRATH / Start im neuen Jahr günstiger

Ergebnis stark verbessert

HARALD POSNY, Wülfrath

Die ersten 4 Monate des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) signalisieren bei der Unternehmensgruppe Wülfrath (Rheinische Kalksteinwerke GmbH und Dolomitwerke GmbH) wesentlich günstigere Ausgangspositionen *als im Jahr zuvor. Franz J. Hufnagel,* Sprecher der Geschäftsführung der beiden in Personalunion geführten Unternehmen, bezifferte sowohl deren Absatz- als auch Umsatzplus auf 20 Prozent, schränkte dieses Wachstum jedoch mit dem Hinweis auf das „verheerende" Vergleichstertial 1982/83 ein.

Hufnagel wie auch Finanz-Chef Wolfgang Bergner verzeichneten 1982/83 dennoch ein „gutes Ergebnis in einem schwierigen Jahr". Es stand im Zeichen weiter rückläufiger Absatz- und Umsatzentwicklung.

Die Gruppe Kalk Wülfrath mußte wegen der schlechten Lage in der Stahlindustrie sowie in der noch nicht wieder auf Touren gekommenen Bauwirtschaft den Absatz gebrannter wie ungebrannter Kalkerzeugnisse um 10 Prozent zurücknehmen. Im Konsolidierungskreis gingen die Umsätze bereinigt um die Siporex-Aufgabe von 449 (1982/82) auf 444 Mill. DM zurück.

Gleichwohl hat sich das Ergebnis *von 4 auf 20 Mill. DM* verbessert. *Auf* 21 Mill. DM halbierte Sachinvestitionen wurden durch Abschreibungen von 35 (41) Mill. DM überdeckt. In Forschung und Entwicklung wurden weitere Fortschritte erzielt.

Die Schwestergruppe Dolomit Wülfrath hatte 1982/83 ebenfalls unter der Krise bei Stahl und Eisen zu leiden. Besonders rückläufig war die Produktion von Feuerfest-Erzeugnissen, dem Schwerpunktprodukt (minus 16 Prozent). Hier sanken auch die Exporte. Der Umsatz im Konsolidierungskreis verringerte sich um 7,4 Prozent auf 252 Mill. DM. Die Investitionen hielten sich mit 21 Mill. DM in etwa auf Vorjahreshöhe. Das Organergebnis lag mit 7 (5,6) Mill. DM deutlich über dem Vorjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Hans Brust Nachfolger GmbH; **Bremen:** FIGURELLA-Figur- u. Schlankheitsinstitut GmbH; **Gütersloh:** Klaus Frieske, Rheda-Wiedenbrück; **Hamburg:** „da capo" Finklenburg u. Hornburg GmbH; **Heidelberg:** ZBB Zeichen- u. Bürobedarfs-GmbH, Walldorf/Baden; **Herford:** E. Tappe Chemie GmbH, Bünde; **Karlsruhe:** Heide Brunner; **Koblenz:** Nachl. d. Adolf Wilhelm Zimmermann, Vallendar; **Köln:** Pfeiffer GmbH Bauunternehmung; **Langen:** Jürgen Opitz, Schiffdorf-Sellstedt; **Marburg:** Kurt Gräser; **Neustadt:** Fritz Blanke; **Remscheid:** Bernd Willms, Solingen; **Stuttgart-Bad Cannstadt:** Friedrich Geiger; **Wesel:** Tele-Fortuna-Fernsehen-Video--Produktions-Vertriebs- und Verlags GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Augsburg: Sponsel's Delikatess-Sauerkraut-Fabrik u. Gurkeneinlegerei; **Gummersbach:** B + F Stanzbiegetechnik GmbH, Hückeswagen.

Vergleich beantragt: Augsburg: EKATIT Riedinger Verwaltungs-AG; **Burgwedel:** Ges. f. Geschäftsführung u. Betriebsplanung mbH, Isernhagen; KG in Fa. Treuhandges. f. Immobilien GmbH & Co., Vermittlung, Verwaltung, Verwertung, Isernhagen; **Essen:** Mönninghoff Handel GmbH, Hattingen; **Köln:** Inge Groß.

Berufshandel kaufte Aktien zurück

Nur vereinzelt neue Anschaffungen ausländischer Anleger

DW. – Mit freundlicheren Aktienkursen quittierten die deutschen Börsen am Mittwoch die Erholung an der New Yorker Wall Street. Nachdem der deutsche Berufshandel seine Bestände so gut wie total ausverkauft hatte, begann er am Mittwoch schon vorbörslich mit Rückkäufen. Die private Kundschaft blieb weitgehend noch in ihrer Reserve.

Der Berufshandel stieg vor allem bei solchen Werten ein, die seiner Meinung nach von der nächsten Kaufwelle ausländischer Investoren profitieren müßten. BMW kletterten um 5 DM. Die Deutsche Bank war unter den Großbanken mit plus 9 DM Spitzenreiter. Allerdings gewannen auch Commerzbank 6 DM und Dresdner Bank 3,50 DM. Siemens stiegen um 5 DM. AEG gaben gegen den Trend vorübergehend bis um sechs DM nach, und PKI, die in den letzten Tagen stark geschwankt hatten, zogen zeitweise um 14 DM an. Versorgungspapiere freundlicher, Stahlwerte gut gehalten, Maschinenbauwerte uneinheitlich.

Düsseldorf: Aigner erhöhten um 6 DM, Conc. Chemie um 10 DM und Hindr. Auffermann um 6 DM. Stahlwerke Bochum stockten um 5 DM und Schiess um *4,50 DM* auf. Nachgegeben haben AEG Kabel Rheydt um 10 DM und DAT um 4,50 DM. Buckau verloren 5 DM und Ver. Rumpus 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 1 DM, Allianz Vers. um 10 DM und Agrippina um 20 DM.

Frankfurt: Pfaff-Bezugsrechte blieben erstmalig 3,20 DM bei 47 000 Stück Umsatz, BHF Bank-Bezüge 13,50 DM bei 43 000 Umsatz, BHF Bank-Aktien 295 DM plus 11,50 DM, Binding 237,50 DM plus 7,50 DM. Braun-Vorzugsaktien 348 DM plus 10 DM und Deutsche Conti-Rückversicherung-Inhaberaktien 2490 DM minus 100 DM.

Hamburg: Beiersdorf konnten sich um 5 DM auf 360 DM und Reichelt um 2,40 DM auf 136,50 DM erholen. Auch HEW lagen um 2 DM sowie NWK-Vorz. um 1 DM gut behauptet. Phoenix Gummi kamen auf *153,80 DM (plus 1,80 DM)*. Dagegen gaben Triton um 3 DM auf 138 DM nach. Vereins- und Westbank gingen zu 316 DM gut behauptet aus dem Markt.

München: Audi NSU verloren 1 DM, Augsburger Kammgarn 1,70 DM und Deckel AG 0,50 DM. Flachglas gaben um 5,50 DM auf 271,50 DM nach. Leonische Draht verloren 1 DM und Süd Chemie 5 DM. Verbessern konnten sich Bayer. Lloyd um 13 DM, Etienne Aigner um 6 DM und Dywidag um 2 DM. Gehe AG stockten um 10 DM und NAK Stoffe um 5,50 DM auf.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 10 DM höher taxiert. Berthold verbesserten sich um 2,50 DM und DeTeWe um 1 DM. Kempinski und Orenstein büßten je 5 DM, *Herlitz Vorzüge 3 DM und Berliner* Kindl 1,50 DM ein.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 15. 2.: 151,7 (150,3); WELT-Umsatzindex vom 15. 2.: 3859 (3225)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

	15. 2.	14. 2.		15. 2.	14. 2.		15. 2.	14. 2.		15. 2.	14. 2.
H AachM Beteil. 9	921	917	H Breitenb.-C. *28	515bG	540T	M En. Ostb. 5	296,5	296G	H Holsten-Br. 6	275	282
H Aach M. Vorz. 6+1	320G	320G	H Br. Straßb. *0	540	-B	H Elbruch 0	54	55	F Holzmann 10	441	445
D Aach. Rück. 9	1032	1010	H Br. Vulkan 0	47,1	47,4	B Engelhardt 7	242	242G	D Horten 0	199,5	197
D Asaag *4	200G	200G	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	134,5	136	D Enka 2,67	172	172	B Hw. Kayser *12	290G	290
M Ack-Gogg 0	140bG	136bG	F BBC 6	231,5	232	M Erlus 10	458bG	450G	D Hussel 7	262	260
H Adca 0	131,5	129	S BSU Textil %28	1300G	1300G	M Erste Kulmb. 8	940G	930G	D Hutu Heg. 0	78T	79T
D Adler 9	295G	295G	D Buckau-W. 0	120	125	S esbl *0	198	19bB	M Hutschenr. 9	265G	265G
F Adt. AG 4	160bG	160,2	D Buderus *12	445G	445	S Essl. Masch. *10	510G	510G	H Hypo Hbg. 10+2,5	445G	445G
F AEG-Telef. 0	102,1	106,1	M Bgl. Br. Ing. *11+1	775TB	800G	M Esterer **10	525TB	540			
D AEG-Kabel 7,5	285T	295	S Bgl Brh. Rav. *0	375TB	375TB	D Farb. Liqu. RM 0	11,1	11,1	D IKB 7	192	192
S Aesculap 8	325	324,5				F Flachglas 8	277G	275	S IWKA 0	207	206,5
F AGAB 5	129G	124	S Calw D. **18	679	675G	D Ford *0	1170T	1170T	M Isar-Amper 6	300bG	300bG
D Agrippina *7	620T	600bG	F Cassella *7	495,1	500	B Forst Ebs. *4	1750G	1750G	D Isenbeck *9,5	320T	320T
M Agrob *0	312bG	312bG	F Ceag 0	124	120	M Fr. Obld.W. 5	315G	315bG			
M dgl. Vz. *0	298bG	298bG	F Chem. Vw. *0	300	318	F Frf. Hypo 11	538	542	H Jacobsen *8	615G	615G
M Aigner	295bG	287	D Colonia 5	296	294	F Frankona R. 5	380G	380G	H Jute Bremen 3	179G	182
M Akt. Kaufb. *17	1080TG	1080TG	D Commerzb. 0	185	180	F dgl. NA 5	329	329			

Optionshandel

Frankfurt: 15. 2.: 1310 Optionen = 69 150 (74 900) Aktien, davon 212 Verkaufsoptionen = 11 500 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-90/26, 4-100/10,1, 4-110/6,4, 4-120/4,4, 7-90/21, 7-95/14,4, 7-110/8,8, 7-120/7,6, 7-130/5,3-4,4, 10-100/24,2, 10-110/16,8, 10-120/11,5, BASF 4-150/20, 4-160/18,4, 4-180/3,5, 7-160/21,9, 7-170/14,4, 7-180/10,1, 7-190/8,5, 7-200/5,05, 10-190/10, 10-200/7, 10-210/4,5, Bayer 4-160/18,5, 4-170/9,15, 4-175/8,8, 4-180/8,6, 4-190/3,5, 7-170/19,4, 7-180/13, 7-200/6, 10-200/10, Bay. Hypo 7-300/22, Bekula 4-95/4,8, BMW 4-400/35, 4-430/18, Bay. Vereinsbk. 4-360/15, 7-360/24,8, Commerzbk. 4-160/29, 4-170/18, 4-180/11, 4-190/7, 4-200/4, 4-210/2,4, 7-160/34, 7-170/28, 7-180/19,4, 7-190/14, 7-200/10, 7-210/7,4, 7-220/6, 10-170/30,2, 10-180/25,8, 10-190/20,8, 10-200/16,6, 10-210/13, Conti 4-103,7/40,5, 4-123,7/15,25, 4-130/13, 4-133,7/24, 4-140/8,5, 4-150/3,2, 7-113,7/28,85, 7-120/28, 7-133,7/15,15, 7-150/7,5, 7-160/5,6, 10-150/13,4, 10-160/9, Daimler 4-640/7, 7-600/42,5, 7-640/19,4, 10-650/25, Dt. Babcock St. 4-190/11,6, Deutsche Bk. 4-320/65, 4-340/50, 4-370/25, 4-380/20, 4-400/15, 4-410/8, 4-420/5,4, 7-330/70, 7-340/63, 7-360/50, 7-370/38,5, 7-380/32,5, 7-400/27, 4-430/15, 10-390/44, 10-450/12, Dresdner Bk. 4-180/10, 4-200/3, 7-170/22,6, 7-180/17, 7-190/10,9, 7-210/5, 10-190/13,6, 10-210/8, 10-220/6, Harpener 7-260/28, 7-270/22, Hoechst 4-180/10, 4-190/5,4, 7-180/18,6, 7-200/10,3, 7-210/6, 10-190/20, Hoesch 4-100/22,2, 4-120/9,6, 4-130/5, 7-110/17,9, 7-120/19,4, 10-130/14,85, Klöckner 4-70/4, 4-75/3,5, 7-65/9, 7-70/7, 10-60/16, 10-75/12,5, 10-90/5,4, Lufthansa St. 10-160/23,2, Mannesmann 4-150/5, 7-150/12,6, 7-160/8,8, 10-170/8, Preussag 7-280/15, RWE Vz. 7-180/12, Schering 7-380/15, Siemens 4-370/28,5, 4-380/28, 4-390/17, 4-400/13,5, 4-410/9,1, 7-400/24,8, 7-410/20, 7-420/17,5, 10-410/33,2, 10-430/25, 10-440/19, Thyssen 4-80/11, 4-85/7,1, 4-90/4,3, 4-100/2,5, 7-80/14,9, 7-85/11,6, 7-90/9, 7-95/8, 7-100/5,5, 10-90/13,1, 10-95/10, Varta 7-190/12, Veba 4-170/12, 4-180/5,4, 7-170/20, 7-180/12, 7-190/8,8, 7-200/5,4, 10-190/9,6, 10-200/7,2, VEW 4-120/7,4, 7-130/6,6, 10-130/8,9, VW 4-210/20, 4-220/13, 4-230/7,2, 4-240/3, 7-200/30, 7-220/21,2, 7-230/16,5, 7-240/11, 7-260/5,15, 10-220/24,2, 10-240/18, Alcan 10-100/12,4, Chrysler 4-80/7,8, 4-85/5,4, 7-80/11, 7-85/8,5, 10-85/13, 10-90/8,7, ITT 4-80/13, 4-75/3,9, 7-60/18, 7-70/12, 7-80/6,5, 10-75/10,9, Philips 4-40/2,8, 7-40/4,95, 7-45/3,4, 10-40/5,9, 10-45/4,6, Royal Dutch 7-130/13,8, 7-140/8, 10-130/17,8, 10-140/13, Sperry 7-110/14, Xerox 7-120/11, Verkaufsoptionen: AEG 4-100/4, 4-110/7,8, 7-95/3, 7-100/7, 7-110/10, 10-90/3, 10-95/5, BASF 7-170/5,6, Bayer 7-170/3,8, BMW 4-410/4,5, 4-430/12,4, 7-400/6, 7-140/10, 10-420/20, Commerzbank 4-190/3, 10-180/6, Conti 4-140/3, 7-130/3,7, 10-130/4,4, 10-140/8,5, Daimler 7-582,2/7,05, Deutsche Bk. 4-380/8, 7-370/7,1, Dresdner Bk. 4-170/1,9, 7-180/7, 10-170/3, GHH Vz. 7-140/7,55, Hoechst 7-130/5, Hoesch 7-120/4,45, 7-130/9, 10-120/6, Klöckner 4-60/2,4, 4-65/3,1, 4-70/6,5, 7-65/5,45, *Lufthansa St. 7-160/3,9, 10-160/6,6, Lufthansa Vz. 4-160/3,8*, MAN 4-130/3,4, Mercedes 7-500/9,2, Mannesmann 4-410/1,9, 7-140/4, 7-150/8, Preussag 4-280/7,9, 7-280/11, RWE Vz. 7-180/6,05, Schering 4-360/6, Siemens 4-370/1,9, 7-390/12, 10-380/10,7, Thyssen 10-85/3,4, Veba 10-170/5, VW 4-200/2, 4-210/4,4, Chrysler 4-80/3,15, 7-80/5, 10-80/6, General Motors 10-190/13, IBM 4-309/8, Litton 10-180/17, Norsk Hydro 4-190/5,15, 7-190/6, Philips 4-40/2, 7-40/3,65, 10-40/3,85. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5½–5¾	3 –3¼
3 Monate	9⅞–10⅛	5¾–5⅞	3⅛–3⅜
6 Monate	10 –10⅜	5⅞–6⅛	3⅜–3⅝
12 Monate	10¼–10⅝	6⅛–6⅜	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1903,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1193,00	1404,91
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	661,20
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	183,00	238,26
10 Rubel Tscherwonez	254,00	318,92
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1052,00	1239,18
Maple Leaf	*1052,00*	*1239,18*
Platin Noble Man	1067,00	1256,28
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	197,00	248,52
100 österr. Kronen (Neuprägung)	972,00	1171,92
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	455,00	558,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 2. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4]	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,6910	2,6990	2,6874	2,65	2,74
London[1])	3,862	3,876	3,836	3,80	3,95
Dublin[1])	3,076	3,090	3,036	3,00	3,15
Montreal[3])	2,1597	2,1677	2,1423	2,12	2,21
Amsterd.	88,530	88,750	88,615	87,50	89,50
Zürich	121,900	122,100	122,00	121,00	123,75
Brüssel	4,874	4,894	4,807	4,65	4,86
Paris	32,330	32,490	31,65	31,60	33,35
Kopenh.	27,370	27,490	27,14	26,50	28,50
Oslo	34,975	35,095	34,415	34,00	35,75
Stockh.**)	33,515	33,675	33,165	33,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,613	1,623	1,572	1,57	1,67
Wien	*14,186*	*14,206*	*14,175*	*14,09*	*14,31*
Madrid**)	1,744	1,754	1,689	1,63	1,75
Lissabon**)	2,005	2,025	1,905	1,60	2,40
Tokio	1,1520	1,1550	–	1,11	1,17
Helsinki	46,420	46,620	45,42	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	14,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,6260	2,6800	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5175	2,5365	–	2,47	2,58
Johannesbg.*)	2,1715	2,1905	–	1,96	2,21

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der am Vortag einsetzende Verkaufsdruck auf den US-Dollar in den USA und an den fernöstlichen Märkten mit einem Tiefstkurs von 2,6875 fand am 15. 2. in Europa zunächst keine Fortsetzung und der Kurs pendelte zwischen 2,6900 und 2,6960. Ohne Mitwirkung der Bundesbank wurde ein Börsenkurs von 2,6950 festgestellt. Zum Geschäftsschluß setzte erneut eine starke Abgabeneigung ein, die den US-Dollar bis 2,6830 drückte. Die Händler nannten überwiegend die niedrigen Kursprognosen der letzten Tage für den US-Dollar als auslösendes Moment, obwohl die Konjunkturdaten und Zinsentwicklung eher für einen weiterhin stabiles Kursniveau sprechen würden. Die D-Mark profitierte in vollem Umfang von der Dollar-Schwäche und befestigte sich gegenüber den übrigen notierenden Währungen zum Teil recht deutlich. Der Französische Franc, die Dänische Krone und die Italienische Lire verzeichneten mit 32,41, 27,43 und 1,618 neue absolute Tiefstkurse. Auch der Schweizer Franken und der Japanische Yen mußten Einbußen hinnehmen und *notierten mit 122,00 (./. 0,4 Prozent)* und 1,1535 (./. 1,5 Prozent). US-Dollar in: Amsterdam 3,0370; Brüssel 55,1750; Paris 8,3080; Mailand 1664,75; Wien 19,0010; Zürich 2,2080. Ir. Pfund/DM 3,083; Pfund/Dollar 1,4356.

Ostmarkkurs am 15. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Deports für den US-Dollar schrumpften am 15. Februar geringfügig aufgrund der starken Kassakursabschwächung.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,78/2,68	5,50/5,30
Pfund/Dollar	0,07/0,09	0,24/0,27	0,50/0,54
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	7,10/5,70
FF/DM	31/15	84/68	157/141

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 2.: Tagesgeld 5,5–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 2.: 10 bis 29 Tage *3,55 G/3,40 B* Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 15. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 8,50 (7,60). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,03. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,80.

Bundesanleihen

Festverzinsliche freundlicher

Bei den festverzinslichen Wertpapieren setzte sich die leichte Aufwärtstendenz verstärkt fort. Öffentliche Anleihen legten bei großen Umsätzen bis 0,6 Prozentpunkte zu. Bei DM-Auslandsanleihen gab es ebenfalls Kursgewinne bis 0,5 Prozentpunkte, und auch der Pfandbriefmarkt tendierte etwas freundlicher.

	15. 2.	14. 2.
M 5½ Bayer.Hybo Pf 14	91,5G	91,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 3	95,25G	95bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	96,75bG	96,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	78G	78G
8 dgl. KD Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	83G	83G
6 dgl. KS 1	99G	99G
M 8 Lda. Aalb. IS 15	96,75G	96,75G

	15. 2.	14. 2.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	89,5G	89,5G
6 dgl. 47	79G	78
10 dgl. IS 48	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,85G	93,95G
8 dgl. Pf 73	100,45G	100,45G
4 dgl. KD 8	103G	103G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	82	81,5
6½ dgl. Pf 80	90	90
8 dgl. Pf. 248	100,7G	100,7
9 dgl. KD 125	100,35G	100,35G
8 dgl. KD 175	100,95	100,95G

	15. 2.	14. 2.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77,5G	77,5G
7 dgl. Pf 100	99,8G	99,8G
D 8 WestLB Pf 350	101G	101G
6½ dgl. Pf 403	97G	97G
9½ dgl. Pf 1007	106G	106G
8 dgl. Pf 1015	99,2G	99,2G
7 dgl. KD 556	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 420	95,4G	95,4G
9½ dgl. KD 1301	105,05G	105,05G
8½ dgl. KS 1279	101,55G	101,55G
8 dgl. IS 1512	99,95G	99,95G
8½ dgl. IS 1520	102,5G	102,5G
6½ dgl. IS 879	94,1bG	94,1G

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Bundesbahn

		15. 2.	14. 2.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85
8½ dgl. 76	9/84	100,95	100,95
6 dgl. 78 III	11/84	99,8	99,8

Bankschuldverschreib.

	15. 2.	14. 2.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	99,5G	99,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 108	103G	103G
10 dgl. Pf 108	107,45G	107,45G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99T	99T
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4G

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen die Goldnotierungen am Mittwoch an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich ging Silber aus dem Markt. Deutlich fester notierte dagegen Kupfer. Während Kaffee in allen Sichten höher bewertet wurde, schloß Kakao überwiegend gut behauptet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 2	14. 2
März	328,25	324,50
Mai	330,00	327,50
Juli	326,00	324,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	15. 2.	14. 2.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	245,00	245,00
Amber Durum	234,30	234,30

Kakao New York ($/t)	15. 2.	14. 2.
Terminkontr. März	2560	2555
Mai	2485	2492
Juli	2455	2450
Umsatz	–	6017

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11	15. 2.	14. 2.
März	6,76	6,65
Mai	7,15	6,99
Juli	7,53	7,34

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Die ARD kauft US-Filme für 230 Millionen Mark

Bond im Pantoffelkino

Nach einem halben Jahr turbulenter Verhandlungen, deren dritte und letzte Runde vom 4. bis 10. Februar 1984 in London absolviert wurde, haben sich die „Degeto-Film GmbH" und die US-Gesellschaft „*Metro-Goldwyn-Mayer / United Artists*" (MGM/UA) auf ein ebenso komplexes wie einmaliges Vertragswerk in der europäischen Filmgeschichte geeinigt: Die ARD erhält aus dem 3000 Filme umfassenden Repertoire des US-Riesen eine Top-Auslese von 1500 Streifen, darunter alle Zeichentrickfilme und 390 Stunden TV-Produktionen aus der Herstellungszeit bis Ende 1983. Außerdem erhält die ARD das Lizenzrecht für den gesamten deutschsprachigen Bereich *in Europa*: von Südtirol, deutschsprachiger Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich bis zu West-Berlin und der „DDR".

Die Lizenzzeit für diesen Film-Stock beträgt 15 Jahre – ein Großteil der Filme ist bereits deutsch synchronisiert. Vor allem aber: Die Lizenzen erstrecken sich auf sämtliche Kabel- und Satellitenrechte. Der Lizenzpreis für das gesamte Paket beträgt 80 Millionen Dollar, also nach dem heutigen Devisenkurs etwa 230 Millionen Mark. Dies würde pro Film einen Preis von ca. 145 000 Mark bedeuten. Da die Synchronisationskosten – pro Film etwa 80 000 Mark – zum Teil wegfallen, dürfte dieser Preis unter dem Level der bisher üblichen Filmeinkäufe liegen. Außerdem erhält die ARD während der gesamten Lizenzzeit je Jahr zehn bis 15 neue Premierenfilme zusätzlich.

Das Paket enthält denn auch eine Reihe hervorragender Filme, so etwa die 13 James-Bond-Streifen mit Sean Connery und Roger Moore von „Dr. No" bis zu den „Liebesgrüßen aus *Moskau". Bereits in diesem Jahr* wird das Erste Programm neben zwei Bond-Streifen sieben TV-Premieren anbieten: „Fame" mit Alan Parker (1980), „Buddy, Buddy" mit Walter Matthau und Jack Lemon (Billy Wilder 1981), „Die Geliebte des französischen Leutnants" mit Meryl Streep (1980), „Der Champ" mit Faye Dunaway (1979), „Victor/Victoria" mit Julie Andrews und James Garner (1982), „Ein Jahr in der Hölle" (1983) und „Ist das nicht mein Leben?" von John Bedham 1981 mit Richard Dreyfuss und John Cassavetes.

In dem attraktiven Filmpaket befinden sich außerdem zahlreiche Filme der „*Warner Brothers*" aus der Zeit bis 1948. Die ganze Palette der US-Stars marschiert in dem angekauften Repertoire mit: Allein 40mal Clark Gable und je 30mal Joan Crawford und Spencer Tracy.

Der Einkauf findet vor dem Hintergrund jener *Auseinandersetzung* statt, die zwischen ARD und deren Werbetochter Degeto auf der einen Seite und dem Münchner Filmkaufmann Leo Kirch und dessen Firma Taurus Film andererseits entbrannt ist. Kirch, der sein feingesponnenes Netzwerk in ZDF und ARD gefährdet sieht, klagte in den Staaten gegen die ARD in Höhe von 144 Millionen Dollar. Diese Zahl ist beachtlich, denn die Differenz zwischen den 80 Millionen Dollar, die die ARD dem *Hollywood-Giganten* jetzt hinblätterte, und dem von Kirch eingeklagten Betrag deutet an, welchen Betrag die ARD durch den Direktkauf einsparte: ca. 34 Millionen Dollar.

Für den TV-Gebührenzahler ist das zwar eine ermutigende Nachricht; die Intendanten wird sie jedoch nicht davon abhalten, 1987 erneut an der Gebührenschraube zu drehen. Leo Kirch aber ist durch den Kauf ins kommerzielle Abseits geraten. Denn seine Klagen in den USA haben wenig Erfolgsaussichten, zumal MGM/UA die ARD rechtlich eindeutig freistellte. Umgekehrt hat die Degeto vor dem Landgericht Frankfurt eine Feststellungsklage anhängig gemacht, um durch den Kadi ausmachen zu lassen, daß Kirch keine Forderungen bei der Degeto anmelden kann.

Wie auch immer: Mit dem spektakulärsten Filmeinkauf in der deutschen „Mediengeschichte" offenbart die ARD, wie sie die Konkurrenzsituation zu den neuen Medien, insbesondere zu den privaten *Fernseh-Veranstaltern* über Kabel *und Satellit* inklusive RTL-Plus einschätzt. Wie das ZDF, das noch über ein großes Filmpaket in den Staaten verhandelt, wollen sie den Privaten durch Aufkauf des US-Filmstocks zuvorkommen.

Diese Kintop-Hochrüstung der Öffentlich-Rechtlichen soll auch, wie Degeto-Vorsitzender Freiherr von Sell in Frankfurt erklärte, der Video-Konkurrenz Rechnung tragen. Für die privaten Anbieter, die Videostrategen und das kommende Verlegerfernsehen stellt der ARD-Einkauf eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Fakten zum Finanzgenie

Es ist ein Kreuz mit den Dokumentarspielen: Bleibt eines (seiner Definition gemäß) dicht am Fakt, so gerät das Spiel oft genug zu einer nachgestellten Kostümprobe. Unterwirft es die Faktologie der dramaturgisch aufbereiteten Wahrheit, so kommen die Historiker und bemängeln (zu recht oder nicht) mangelnde Geschichtstreue.

Ganz schwierig hatten es die Autoren des **Joseph Süss Oppenheimer** (ZDF). Sie wollten einmal das wahre Bild des von dem antisemitischen Machwerk Veit Harlans verbreiteten *jüdischen Finanzgenies* richtigstellen, wollten die Glaubwürdigkeit dieser Korrektur durch peinlichen Verbleib im historisch Belegbaren bekräftigen, einerseits. Andererseits sollte es eine Story werden, eine erzählte Geschichte mit Spannungsbögen, dramaturgischen Linien und so weiter, siehe weiter oben.

Das konnte nicht lange gut gehen. Soweit sie, der Buchautor Gerd Angermann und der Regisseur Rainer Wolffhardt, die recherchierten Fakten sauber und, ohne nach rechts oder links zu blicken, auf die Schnur fädelten, war es gut und recht. Aber: Da sie ja erklärtermaßen nicht eine Dokumentation vorhatten, sondern ein Dokumentarspiel, also eine dramatische Fassung des Geschehens, gerieten sie mehr und mehr in ein historisches Bilderbuch, in dem Figuren und Kostüme, Szenen und Gesichter abgekupfert waren.

Es war das Lobenswerte, das gutgemeinte, ja, das schon lange notwendige Stück über den Finanzier des württembergischen Herzogs Carl Alexander. Man sah, daß er als Jude, der gegen die Getto-Unfreiheit zu leben versuchte, starb, nicht als der „Blutsauger der Nation", wie im Nazifilm. Man sah es, aber es blieb ein Vorzeigestück; das Drama, die Erschütterung, die Katharsis blieben aus. *Also kein Drama. Aber auch kei*ne Dokumentation. Was also?

Die Darsteller hatten sich eindeutig der dramatischen Seite der Produktion verantwortlich gefühlt. Jörg Pleva als Süss Oppenheimer war groß und tragisch, ihn kümmerte ganz offensichtlich das innere Drama seines Oppenheimer mehr als das historische Kostüm, und ich sage: gut so. Pleva ist der einzige, dem es immer wieder gelang, die Dokumentation ins große Schauspiel hinüberzuspielen und die Wirklichkeiten zur Wahrheit aufzubauen. Anders bei Manfred Krug als Herzog Carl Alexander, er war historisch und dramaturgisch gleichermaßen fehl am Platze: ein Berliner Taxifahrer mit Allonge-Perücke.

VALENTIN POLCUCH



Nach der Benennung der Preisträger, die eine Hörzu-Jury aus den Fernsehproduktionen von 1983 herausgefunden hat, veröffentlicht die Zeitschrift jetzt das **Ergebnis einer Popularitätsumfrage**. Danach sind Peter Alexander und Carolin Reiber bei den HZ-Lesern am beliebtesten. Sie erhalten eine Kamera in Gold. Silber bekommen auf Grund des Stimmzettelergebnisses Frank Elstner *und* Thekla Carola Wied. Auf dem Bronzeplatz landeten Thomas Gottschalk und Uschi Glas. p.

*

Die Zeitschrift „Hörzu" hat einen neuen Fernsehpreis gestiftet: den **Goldenen Satelliten**. Er gilt weit über den Kreis der Goldene-Kamera-Klienten hinaus auch für Personen, die sich nicht als Fernsehschaffende im engeren Sinne ausgezeichnet *haben, sondern auch als* Techniker, Programmplaner und Politiker. Der Preis besteht aus der künstlerischen Replik eines Fernsehsatelliten; er wird zugleich mit der Goldenen Kamera verliehen.

Die ersten Preisträger sind: Peter Gerlach, stellv. Programmdirektor des ZDF, und Frank Müller-Römer, Technischer Direktor des Bayerischen *Rundfunks*. p.

*

Am 31. Dezember 1983 waren in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin 24 598 736 Hörfunkgeräte registriert, von denen 22 694 730 gebührenpflichtig waren. Die Zahl der gemeldeten Hörfunkgeräte hat sich gegenüber dem Vorjahresbestand um 440 252 erhöht. Bei den Fernsehgeräten waren zum gleichen Zeitpunkt 22 127 118 TV-Geräte registriert, das bedeutet ein Plus von 305 627. FK





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über das ZDF
10.00 heute
10.05 Lenkes sel. Witwe
11.40 Ich war Playmate des Monats
12.25 Don Xavier – das soll unser Pfarrer sein?
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

8.50 Olympische Winterspiele
Sarajevo heute
8.55 Ski nordisch: 4 x 10-km-Staffel Herren
9.25 Eisschnellauf: 1500 m Herren
12.00 Ski *alpin: Abfahrt der Herren oder Damen*
16.00 Tagesschau
16.10 Zum Beispiel: Michael Werner
Porträt eines Weltmeisters
16.55 Olympische Winterspiele
Eiskunstlauf: Kurzprogramm der Damen
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Olympische Winterspiele
Eiskunstlauf: Kür der Herren
Sprecher: Hans-Joachim Rauschenbach
22.30 Die spanische Krankheit
Hintergründe der Speiseölvergiftung
Film von Gisela Reich und Roberto Sanchez
23.15 Tagesthemen
23.45 Fleur Lafontaine
„DDR"-Fernsehfilm von Dinah Nelken
Mit Angelica Domröse, Hilmar Thate u. a.
Regie: Horst Seemann
Die Berlinerin mit dem französischen Namen wächst in einer Familie hugenottischer Abstammung auf, die im wilhelminischen Berlin zu den wohlhabenden gehört. Als Fleur begreift, auf welche anrüchige Weise ihre Mutter diesen Wohlstand mehrt, strebt sie danach, *in den Kreis der „anständigen"* Frauen zu gelangen. Sie heiratet Dr. Goldner, obwohl sie damit die Ehe ihrer besten Freundin zerstört. Als ihr Mann sein Vermögen verspielt hat, läßt sie sich scheiden.
1.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Religionen
2. Teil: Christen
Film von Adolf Holl
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nicolas de Angelis
17.50 Flohmarkt
Letzte Folge: Der blaue Hut
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Zwischen Gips und weißem Kittel
19.00 heute
19.30 Lach mal wieder
Szenen – Sketche – Witze
Von Günter Pfitzmann
Günter Pfitzmann führt nicht nur durch die Sendung, sondern wird in vielen Sketchen und Szenen zu sehen sein.
Regie: Wolfgang Spier *und* Pit Weyrich
20.30 Die unglaubliche Show
Präsentiert von Bob Lockwood in den Rollen von Liza Minelli, Marilyn Monroe, Shirley Bassey u. a.
Regie: Georg Martin Lange
21.00 Aus Forschung und Technik
Die Jagd nach Gold / Baumsterben in den Tropen / Eisernte für die Zukunft
Moderation: Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Geheimdienst: Wer kontrolliert wen?
Gesprächsleitung: Alexander *Niemetz und Klaus Presser*
Die drei großen deutschen Geheimdienste, ihre *Affären und* die Möglichkeiten ihrer parlamentarischen Kontrolle sind u. a. Diskussionsgegenstand der Expertenrunde.
Anschl. heute

Vom Original kaum zu unterscheiden: Bob Lockwood als Marilyn Monroe (Die unglaubliche Show - ZDF, 20.30 Uhr). FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der gläserne Schlüssel
Amerik. Spielfilm, 1942
21.35 Demnächst. . .
Interview mit Yilmaz Güney zum Film „Lebensangst"
21.45 Landesspiegel
22.15 Robert Ashley: „Perfect Lives"
23.00 Kino '84
Zwei deutsche Filmschauspieler: Bruno Ganz und Klaus Löwitsch.
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Schach für jedermann (6)
18.45 Film als Hobby (6)
19.15 Engini
Feuertänzer auf der Gazelle-Halbinsel in Neuguinea
20.00 Tagesschau
20.15 Außer Rand und Band
US-Spielfilm, 1956
Anschl. Kurznachrichten
21.30 Kultur aktuell: Die Berliner Filmfestspiele
22.15 Keine zufällige Geschichte
Jules Dassin – Melina Mercouri
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Der Meisterdieb
Ital. Spielfilm, 1959
20.30 Kultur – aktuell in Hessen
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
Das Feuerkreuz von Texas
22.30 Janosik, Held der Berge (7)

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Diamantenlady
US-Fernsehfilm
Mit Donald Sutherland
21.00 Zwischen Flucht und Verantwortung (1)
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Ravensburger Moritheater
22.00 . . . und plötzlich in der großen Politik
22.45 Streiflicht
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Die Generalversammlung
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Moral
Komödie von Ludwig Thoma
20.30 Was ist der Mensch?
21.30 Rundschau
21.45 Z.E.N.
21.50 Zwei auf gleichem Weg
Amerik. Spielfilm, 1967
23.35 Rundschau
23.40 Actualités

Sorgen um Mayerthaler

egw – Einige Sorgen muß man sich um das künftige Wohlergehen des Klagenfurter Linguisten-Professors Willi Mayerthaler machen. Als in der gesetzlosen Zeit, gleich nach Ende des Krieges, Salzburg wieder einmal einen zunächst nur verbalen Vorstoß machte, den seit Jahrhunderten schwelenden Streit um die Zugehörigkeit des Berchtesgadener Landes zugunsten Österreichs zu entscheiden, kam aus Bayern prompt die Antwort, dagegen würden die Bauern mit Sensen und Dreschflegeln auftreten.

Sollte also das Gerücht von der soeben publizierten Entdeckung über die Herkunft des Namens „Bayern" bis dorthin dringen, so ist von der begreiflichen Vaterlandsliebe der Bayern allerlei für Professor Mayerthaler zu befürchten.

Er geht nämlich von der älteren Lesart ab, wonach die Bezeichnung Bayern von den Bojern herstamme, die nach ihrem Wohnsitz Bojohaemum (Böhmen) Bajuvarii genannt worden seien. Und behauptet, sie hätten ihren Namen aus dem Salzburgischen bezogen! Aus dem lateinischen Namen „Pagus Juvavensis" – denn Salzburg hieß bei den Römern Juvavum – habe der Volksmund im Laufe der Jahrhunderte „Pag(o)ivaro", „Bagoaren" und schließlich Bajovaren gemacht; eine Verwordakelung, die auch nicht schlimmer wäre, als daß aus einem „St. Hyppolit" der Stadtname „St. Pölten" geworden ist. Bestimmt werden die Bayern ungern vernehmen, daß ihr Name ausgerechnet aus Salzburg kommen soll, mit dem sie immer ein gespanntes Verhältnis gehabt haben, welches gelegentlich zu blutigen Kämpfen unter der Erde zwischen den Salzknappen geführt hatte.

Nicht zu leugnen ist aber auch, daß in der Etymologie volkstümliche Ableitungen (wie Böhmen-Bajuwaren) erfahrungsgemäß oft genug gegen unwahrscheinlicher erscheinende (wie eben diese Pagus-Juvavenser) das Rennen verlieren. Willi Mayerthaler wird sich vorsehen müssen.

Bestimmen die Gene, wer zu Hause bleibt? – Forschungsergebnisse über das Verhalten von Zugvögeln

Die Grasmücken brachten's an den Tag

Mit dem ins Nest gelegten Ei ist bereits programmiert, welcher Vogel im Herbst zum Überwintern wegziehen und welcher im Brutgebiet bleiben wird. Die Einteilung in Stand- bzw. Zugvögel ist genetisch vorbestimmt. Dies zeigen die Ergebnisse von Untersuchungen, die soeben an der Vogelwarte Radolfzell des Max-Planck-Instituts für Verhaltensphysiologie abgeschlossen worden sind.

Damit ist, so konstatiert Prof. Peter Berthold von der Vogelwarte, unter dessen Leitung die Untersuchungen standen, ein langjähriger Ornithologen-Streit entschieden: Ist das Teilzieherverhalten bei Vögeln durch die Genkombination der Eltern – nach der These des Engländers D. Lack – oder durch den Ausgang der herbstlichen Revierkämpfe festgelegt, bei denen – nach der Verhaltenshypothese des Finnen O. Kakela – die Schwächeren aus den Revieren gedrängt und zu unfreiwilligen Zugvögeln gemacht werden?



Wer zuerst am Brutplatz ist, genießt das ganze Jahr über Standortvorteile: Ein Vogelschwarm aus „Ziehern" und „Nichtziehern" auf der Wanderschaft FOTO: AP

Die Doppelstrategie der Tiere, teils Zug-, teils Standvögel, ist ein wirksames Mittel zur Erhaltung bzw. Ausweitung der Population, „weil nämlich beispielsweise die im Brutgebiet überwinternden Standvögel im Frühjahr sehr schnell große Reviere belegen und noch mit der Brut beginnen können, ehe die Zugvögel zurückkommen" (Berthold).

Erste Hinweise für die Richtigkeit der genetisch orientierten Hypothese erhielten die Ornithologen schon in den siebziger Jahren bei ihren Untersuchungen an der Provence-Grasmücke. Die Grasmücken wurden nach ihrem jeweiligen Zugverhalten (Stand- oder Zugvogel bzw. Teilzieher) unterteilt und in den Kammern der Vogelwarte Radolfzell unter konstanten Bedingungen nach ihrer Jahresperiodik überprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Vögel – abgeschirmt von der Außenwelt – das gleiche Zugverhalten wie in ihrem Brutgebiet zeigten.

„Weitere Hinweise auf die Richtigkeit der genetisch orientierten Hypothese", sagt Prof. Berthold, „haben wir bekommen, als wir daraufhin vier *Mönchsgrasmücken-Populationen* – aus Finnland, Südwestdeutschland, Südfrankreich und von den Kanarischen Inseln – in der Vogelwarte Radolfzell, wiederum unter konstanten Bedingungen, untersucht haben, wobei die finnischen und süddeutschen Grasmücken ausschließlich Zieher, die südfranzösischen Teilzieher und die afrikanischen fast reine Standvögel waren." Auch diese Vögel aus vier im Zugverhalten unterschiedlichen Populationen verhielten sich unter konstanten (Labor-)Bedingungen genauso wie daheim.

Ein Kreuzungsexperiment zwischen Mönchsgrasmücken aus Südwestdeutschland und von den Kanarischen Inseln konnte die genetische Hypothese weiter untermauern. Es wurde festgestellt, daß sich der Anteil an Zugvögeln in der ersten Generation (F1-Generation) nach der Kreuzung gegenüber der afrikanischen Ausgangspopulation stark erhöht hatte, nämlich von zwanzig auf 56 Prozent. „Dafür gab es nur eine plausible Erklärung, nämlich daß *in die* afrikanische Population, die mit relativ wenigen Genen für das Zugverhalten ausgestattet ist, Gene des Zugverhaltens der südwestdeutschen Population eingeschleust worden waren" (Berthold).

Das wirklich schlüssige Experiment jedoch wurde in den letzten zwei Jahren an der teilziehenden südfranzösischen Population durchgeführt. 200 junge Grasmücken wurden *in der Vogelwarte aufgezogen, und* zwar in einer Population mit einem Verhältnis von 77 Prozent Zugvögeln zu 23 Prozent Standvögeln. Sollte zutreffen, daß das Teilzieherverhalten genetisch programmiert ist, dann müßte die reine Linienzucht dazu führen, daß sich die Anteile von Ziehern und Nichtziehern veränderten, wenn einerseits nur Paare aus Ziehern und Paare aus Nichtziehern gebildet wurden. An der F1-Generation, also den Nachkommen der Ausgangspopulation, konnte denn auch beobachtet werden, daß beispielsweise *aus der Paarung* Nichtzieher *mit* Nichtziehern ein Verhältnis von 47 Prozent Zug- zu 53 Prozent Standvögeln hervorgegangen war. Dies bedeutete für die F1-Generation eine Veränderung um 30 Prozent im Vergleich zur Ausgangspopulation. Ein ähnliches Resultat ergab sich bei den Nachkommen der Paarung zwischen den reinen Ziehern. Somit war nachgewiesen, daß das Teilzieherverhalten durch die Genkombination der Eltern bestimmt worden war. „Stand- und Zugvogel", erläutert Prof. Berthold, „sind folglich sogenannte Morphen, und wir müssen annehmen, daß das System zwischen Ziehern und Nichtziehern ein sogenannter balancierter Polymorphismus ist: Je nachdem, wo und wann größere Vorteile für die Population zu erwarten sind, wird bald der Standvogel-, bald der Zugvogelanteil erhöht."

Dieser Prozeß bringt die Möglichkeit, daß zum Nutzen der gesamten Population sämtliche Faktoren, die im Brutrevier positiv oder negativ von Einfluß sind, ständig gegeneinander aufgerechnet werden und sich in der Genkombination niederschlagen, die das Zug- bzw. Standverhalten steuert.

Ein kalter Winter etwa, der zum Beispiel in der südfranzösischen Population viele Vögel sterben ließe, würde im nächsten Frühjahr einen größeren Anteil von Individuen zur Folge haben, die als Zugvögel zurückkommen, um wieder mehr Junge *hervorzubringen*, aus *denen dann* – entsprechend der genetischen Bestimmung – vermehrt Zugvögel hervorgehen. Umgekehrt würde auf einen milden Winter hin ein entsprechend hoher Teil an Standvögeln im Frühjahr wiederum mehr Standvögel produzieren. Der Anteil an Standvögeln würde sich somit immer höher schaukeln.

Blieben die günstigen klimatischen Bedingungen erhalten, so würde sich die Population *folglich nahezu* vollständig zu Standvögeln entwickeln. Ob dann der Anteil der Zugvögel völlig verschwinden würde, „wissen wir noch nicht. Dabei stellt sich die Frage, ob die Gene nicht so konservativ sind, daß ein kleiner Restteil für die Produktion von Ziehern erhalten bleibt, etwa für den Fall, daß das für die Standvögel günstige Mikroklima wieder umkippt", ergänzt Berthold.

Die Gültigkeit der These, daß das Teilzieherverhalten genetisch bestimmt ist, wurde übrigens nicht nur an einer einzigen Vogelart nachgewiesen. Herbert Bibach erzielte an der Vogelwarte Radolfzell ähnliche Ergebnisse in seinen Untersuchungen an Rotkehlchen sowie Hubert Schwabl an Amseln, und zwar an einer freilebenden Population.

HORST MEERMANN

Tschechows „An der großen Straße" in Berlin

Mit Kompaß und Karte

Wenn man meinte, die Berliner „Schaubühne" sei nach der Eröffnung ihres 80-Millionen-Mark-Hauses am oberen Kurfürstendamm für immer seßhaft geworden – man irrt. Die Wanderlust – zumindest bei dem Regisseur Klaus Michael Grüber – hält weiter an. Er hat uns seinerzeit schon ins frostige Olympia-Stadion gezwungen, um uns Hölderlin nahezubringen. Die Schaubühne hat uns theatralisch an die Ufer der Spree bei Spandau verschlagen. Wir haben am kahlen Anhalterbahnhof unter freiem Himmel Theater gesehen und schon an so vielen verlorenen, anderen Orten.

Jetzt ziehen wir wieder aus (mit Kompaß und Berliner Stadtkarte), um doch wieder einen unbehausten Spielort hinter dem Schlesischen Tor zu suchen und endlich mühsam zu finden. Der ist, wie die Amerikaner sagen, ein „Loft", also eine leerstehende Fabrikruine, die die Schaubühnen-Leute, als sie noch gedrängt an der Möckernbrücke hausten, als Probebühne benutzten. Die Wände kaputt und löcherig. Zuerst ist der vorsätzlich ungemütliche Spielraum noch einigermaßen warm, dann verläuft sich die angenehme Temperatur schnell. Am Ende bibbert man wieder. Man sitzt auf höchst unbequemem Gestühl. Wir sind nur rund hundert Zuschauer. Mehr gehen nicht rein. Die alte Devise gilt wieder: Den Besucher soll das Theater hart machen. Er soll leiden. Manche tun es gern.

Dabei sieht man sicher eine szenische Extravaganz. Das kleine Stück, der Einakter von Anton Tschechow, ist bisher, soweit ich weiß, hier nicht gespielt worden. Er heißt in der Übersetzung von Peter Urban: „Auf der großen Straße", hier: „An der großen Straße". Tschechow schrieb das kurze Dramolett, während er sein Doktorexamen machte, 1884, eine dramatische Skizze, ein Einakter, ein schneller Szeneneinfall.

Was ist zu sehen? Auf der improvisierten Bühne drängen sich Elendsgestalten. Penner, Bettler, wandernde Pilger und Gesellen quetschen sich zur Nacht in der unfreundlichen Herberge. Der Herbergsväter hockt an seiner Theke, umgeben von schlafenden Armutsgestalten. Müßig ist die Farbstimmung, schmutziges Weiß herrscht vor. Die Menschen drängen sich wie kalkige Schaben auf dem schmalen Bühnenvorsprung. Sie ächzen, sie stöhnen, sie geben Laut über ihr Ungemach. Sie wollen schlafen. Sie wollen Ruhe. Aber sie finden sie nicht.

Ein Schlafgenosse macht langwierig Umstände. Er barmt den bärtigen Herbergsvater um Schnaps an, ein Alkoholiker, ein armer Süchtiger. Der Mann war einst, wie sich herausstellt, ein großer Herr und reicher Landwirt. Er schmiß in seinem früheren Leben mit Geld nur immer um sich. Er praßte. Er heiratete fürstlich. Seine Frau verließ ihn in der Hochzeitsnacht und betrog ihn. Seitdem ist er heruntergekommen, geendet ist er hier in der milchig-weißen Gosse.

Die kleine Spannung nun besteht darin, daß seine liederliche Gattin auftaucht. Sie fuhr vorüber. Ihr Wagen brach. Sie kommt mit ihrem Troß herein, um hier Wärme und kurzen Unterschlupf zu finden. Plötzlich ist sie *mit dem versoffenen Gatten*, den sie hinterrücks so grausam verließ, konfrontiert. Ein Drama, eine tragische Konfrontation ist gegeben. Das am Boden kriechende Gesocks der Ärmsten der Armen – sie ergreifen für ihren erschrockenen Pennbruder Partei.

Die soziale Schichtung kippt. Eine kleine fürchterliche Revolution wäre gegeben – oder müßte stattfinden. Sie findet nicht statt. Die Pennbrüder schlagen sich auf die Seite des versoffenen, betrogenen Gatten. Sie küssen ihm die Hände wie einst. Ein Abgesackter gewinnt die Glorie seiner ärmsten Brüder und trübseligsten Schwestern. Das kleine Stück endet solidarisch. Die Welt ist wieder in Ordnung. Oder zumindest ihre altrussische Moral.

Im Buch geht der Text nur über rund dreißig kurze Seiten. Grüber längt ihn. Er läßt die Welt dieses „Nachtasyls" flüstern. Er läßt wie unter einem weißen Schleier spielen. Er mystifiziert den kleinen Vorgang. Der dauert hier an die zwei quälend lange Stunden. Schauspielerisch ist in dieser Welt der getünchten Schemen kaum etwas Bedeutendes zu erkennen – soll es wohl auch gar nicht. Der Beifall ist am klammen, ist am betulich ausgespielten Ende betreten und eher von der kalten Sorte. Für unsere Tschechow-Kenntnis ist nicht viel gewonnen am Schlesischen Tor. Fürs Theater auch nicht.

FRIEDRICH LUFT

Bruckner und Mahler ohne Effekthascherei: Carlo Maria Giulini dirigiert die Berliner Philharmoniker

Der Abend hätte deutscher nicht sein können

Versonnen, der Welt offenbar schon ganz und gar abhandengekommen, so tritt er auf. Er trägt den Taktstock in halb ausgestreckter Hand senkrecht vor sich her: ein Wünschelrutengänger der Kunst. Carlo Maria Giulini, in wenigen Monaten 70, scheint gerührt und verlegen, wenn ihn der Auftrittsbeifall wiederholt aus der Konzentration für den Konzertbeginn reißt.

Von Jahr zu Jahr sind seine Konzerte rarer geworden. In Deutschland tritt er kaum je außer zu Konzerten mit Berlins Philharmonikern noch ans Pult. Seine Position an der Spitze des Los Angeles Symphony Orchestra hat er aufgegeben. Ihm untersteht kein Orchester mehr. Er ist nur noch Gast auf dieser musikalischen Erde. Aber was für ein Gast!

Für seine vier Berliner Konzerte hat er sich zwei Programme ausgesucht, wie sie deutscher nicht sein könnten. Der erste Abend gehört Bruckners 8. Sinfonie, der zweite koppelt Schuberts „Tragische" mit Mahlers „Lied von der Erde". Mit Kleinigkeiten gibt sich Giulini wahrlich nicht ab.

Was seine Kunst auszeichnet, ist die Integrität, mit der sie sich vorträgt. Giulini nimmt nicht teil am allgemeinen Wettrennen um Perfektion. Das künstlerische Ziel ist nicht der Schlußjubel, die Auszeichnung, der musikalische Weltrekord. Der Weg ist das Ziel: die Inbrunst des Musikmachens. Eines Musizierens in strikter Natürlichkeit ohne jede Interessantmacherei, einzig dem Willen der Komposition folgend. Das Resultat ist auf seine keusche Weise verblüffend.

Nichts da von *programmatischer* Klugscheißerei, die sich wie folgt liest: „Nicht nur im gleichsam offenen Schluß des 6. Satzes (im „Lied von der Erde"), der auf der milden Dissonanz eines Dur-Akkordes mit sixte ajoutée in weiter Lage ausklingt . . ., sondern mehr noch in der Ausfaltung des selben Intervallmaterials in die Linie nutze Mahler die relativ amorphe Struktur der anhemitonischen Pentatonik". Aha – nun wissen es endlich die Abonnenten der Serie A ganz genau.

Aber weiß es Giulini? Das ist die Frage. Doch er macht jede Antwort darauf ganz gleichgültig. Er führt das wundervoll antwortende Orchester, in dem Oboist Lothar Koch wieder einmal sich selbst übertrifft, in dem Konzertmeister Michel Schwalbé und der Flötist Karlheinz Zoeller wetteifern in den sublimsten Mahlerschen Vogelrufen, zu einer idealen Partnerschaft mit den beiden Solisten: Brigitte Fassbaender und Francisco Araiza.

Die Fassbaender singt die wehmutsvollen Ewigkeitsrufe des „Abschieds" mit ungeheurer, aber müheloser Ausdrucksvertiefung. Araiza, ausgebrochen aus dem Tenorino-Repertoire der Mozart-Welt, strudelt zwar in den Klangmassen des „Trinklieds vom Jammer der Erde" auf verlorenem Posten, das aber auf das stimmlich wohlklingendste und allerfeinste. Hochwillkommen bleibt bis zum *Schluß* seine *Kunst*.

Immer scheint sich bei Giulini deutscher Ausdrucksernst mit mediterraner Formempfindlichkeit zu verbinden. Es ist immer ein bißchen, als glänze Palladio auch noch in die Spätromantik Bruckners hinein. Die Durchsichtigkeit der Interpretationen ruht nicht so sehr auf struktureller Ausforschung, eher auf einem schier körperlichen Wohlgefühl an den musikalischen Proportionen Schuberts wie Bruckners. Dem Adagio der 8. Sinfonie verlieh Giulini denn auch tiefen Einblick in die Weltfrömmigkeit Bruckners: den Glauben an die Wunder Gottes, gespiegelt in der Musik.

KLAUS GEITEL

In Berlin beginnen morgen die 34. Filmfestspiele

Max kommt mit Marlene

Zum 34. Mal wird sich morgen abend der rote Vorhang im Berliner Zoo-Palast zu den Internationalen Filmfestspielen heben. Der Italiener Ettore Scola gibt den Auftakt mit seinem Film „Der Ball". Es ist die 5. Berlinale unter der Ägide Moritz de Hadelns. Die Erwartungen sind hoch gespannt, denn das Programm ist diesmal attraktiver als in den vergangenen Jahren.

Natürlich stehen die 24 Filme des Wettbewerbs um den Goldenen Bären wie immer im Mittelpunkt des Interesses. Die meisten Pferde im Rennen haben das Gastgeberland Bundesrepublik, Amerika und Frankreich. Gleich vier bundesdeutsche Streifen stellen sich im offiziellen Programm vor: „Das Arche-Noah-Prinzip", ein Erstling von Roland Emmerich, „Morgen in Alabama" von Norbert Kückelmann, „Das Autogramm" von Peter Lilienthal und „Klassenverhältnisse" von Jean Marie Straub. Dazu außer Konkurrenz: Maximilian Schells „Marlene", eine Dokumentation über das Leben der Dietrich, und der offenbar unvermeidliche Achternbusch, der dieses Mal einen „Wanderkrebs" *mitbringt*.

Die zweitstärkste Gruppe sind die Amerikaner. „Love Streams" von John Cassavetes und „Die Chaoten-clique" des in Amerika lebenden Franzosen Louis Malle treten an, dazu drei Filme außer Konkurrenz: James Brooks' jenseits des Ozeans bereits vielfach preisgekrönte „Zeit der Zärtlichkeit" mit Shirley MacLaine, „Star 80" von Bob Fosse und „Das letzte Testament" von Lynne Littmann. Der *Amerikaner Samuel Fuller*, der kürzlich seinen Wohnsitz nach Paris verlegte, tritt für Frankreich an mit dem Krimi „Diebe in der Nacht", in dem Claude Chabrol als Schauspieler agiert. Und Maurice Pialat geht mit dem Trinkspruch „Auf das, was wir lieben!" an den Start.

Gespannt sein darf man auf des Briten John Irvin „Champions" mit dem „Elefantenmann" John Hurt in der Hauptrolle und auf „Ein ungleiches Paar" von Peter Yates. Nur drei Beiträge kommen *aus Osteuropa*, einer aus der Sowjetunion, einer aus Ungarn, und aus der „DDR" der Film „Ärztinnen" nach Rolf Hochhuth.

Das Internationale Forum des jungen Films bietet auch in diesem Jahr wieder eine Übersicht über neue Tendenzen des „Autorenfilms" mit den Schwerpunkten deutsche Jungfilmer und Kino in Lateinamerika. Die Retrospektive schließlich ist Ernst Lubitsch und seiner Schaffenszeit zwischen 1916 bis 1933 gewidmet. Dazu *gibt es* vergessene Streifen von Hitchcock und eine kleine Übersicht über die Arbeit des amerikanischen Regisseurs Jules Dassin, des Mannes der griechischen Kulturministerin Melina Mercouri, der Vizepräsidentin der diesjährigen Berlinale-Jury.

DORIS BLUM

Gießkannen aus Gasmaskenhülsen: Fotodokument aus der Münchener Ausstellung FOTO: KATALOG

„Trümmerzeit in München": Eine Ausstellung über die Nachkriegsjahre

Hoffnung aus dem Luftschutzkeller

„Der Magen knurrt, doch die Augen blitzen", so beschrieb Erich Kästner das Lebensgefühl 1945. Man saß zwischen Trümmern. Aber noch zu leben, unbedroht, das war die wahre Himmelsmacht. „Trümmerzeit in München", Kultur und Gesellschaft einer Großstadt im Aufbruch 1945-49, heißt eine Superschau im Münchner Stadtmuseum, die ein vitales, bewegendes Kapitel der deutschen Nachkriegszeit am Beispiel der bayerischen Metropole aufschlägt. Es war eine Zeit voll von merkwürdigen Kompromissen zwischen den überkommenen Grundsätzen und den neuen Notwendigkeiten.

Ganz realistisch beginnt die Präsentation mit dem gespenstischen Anblick eines Luftschutzkellers mitsamt der Gasmasken für Kleinkinder und Babies. Beschwörend klingt der Appell des Oberbürgermeisters Scharnagl: „Um München wieder einen Platz an der Weltsonne zu verschaffen, muß München wieder die Kunststadt werden, die es früher war. Nur das Allerbeste am Theater, in Musik und bildender Kunst wird dies fertigbringen . . ." Leicht war das in dieser Zeit nicht. Staunend sieht man, wie die Künstler die neue Freiheit mit ihren Erfahrungen zu vereinen suchten. Erdenschwer, mächtig, packend im Ausdruck, so verarbeitete zum Beispiel der Bildhauer Karl Röhring in Holzplastiken und in Stein- und Bronzereliefs die Erlebnisse der Gefangenschaft.

Aber nicht nur die Bildhauer beeindrucken mit ihrem optimistischen Neuanfang, sondern auch die Graphiker. An erster Stelle sei hier Fritz Winter erwähnt: düster, beklemmend sind seine Zeichnungen mit dramatischer Lichtführung. Nur peu à peu lichten sich die Farben, wird das Geflecht der Formen in seinem Werk freier. Auch Rolf Cavael setzte mit sparsamen Gesten und Linien einen neuen Anfang.

In jenen Jahren gab es in München 1500 Maler, 300 Bildhauer und 200 Graphiker. Natürlich sieht man in dieser Ausstellung auch zahlreiche Trümmerbilder, Blätter einer niedergestampften und zerbombten Stadt. Doch selbst aus ihnen leuchtet Hoffnung, sie verraten, daß sich ihre Schöpfer nicht mit der Zerstörung ihrer Stadt abgefunden hatten.

Die Gemälde nach 1945 zeichnen sich durch farbtrunkenen, expressiven Naturalismus aus. Es war, als hätte man allem Pathos absichtlich den Rücken gedreht. Hell leuchten die Blumensträuße der Maria Caspar-Filser. Erich Glett und Adolf Hartmann treten durch ihre Porträtmalerei in Erscheinung, und Karl Caspar wendet sich in seinem Werk der christlichen Ikonographie zu.

Bereits im Februar 1947 fand im Augsburger Schätzlerpalais eine aufsehenerregende Ausstellung mit dem Titel „Extreme Malerei" statt. Sie zeigte Werke von Josef Scharl, Günther Strupp, Georg Rohde und Willi Baumeister. Diese Ausstellung war der Anlaß, daß sich im Herbst 1949 die Gruppe ZEN 49 in München etablierte. Ihre Impulse wirkten weit über Deutschland hinaus. Nicht anders war es bei den übrigen Künsten. Man spielte aufregendes Theater („Die Irre von Chaillot", „Unsere kleine Stadt"), die „Schaubühne" zeigte scharfzüngiges Kabarett, im zerstörten Regina-Hotel drehte man den Film „Zwischen Gestern und Morgen", und in der Oper erklang erstmals Orffs „Bernauerin". Selten *leuchtete München heller als in dieser* so chaotischen Aufbruchszeit, die, das macht die Ausstellung bewußt, seltsam zwischen konkreter Erinnerung und abgeschlossener Geschichte schwankt (bis 29. 4., Kat. 36 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Staatsgalerie moderner Kunst wiedereröffnet

AP, München

Unter großem Andrang ist die um beinahe ein Drittel vergrößerte und völlig neugestaltete Staatsgalerie „Moderne Kunst" in München nach mehrmonatiger Umbauphase wiedereröffnet worden. Der bayerische Kultusminister Hans Maier sagte, die zahlreichen Schenkungen der vergangenen Jahre hätten die Erweiterung der Galerie notwendig gemacht. Allen voran stehe die Sammlung Theo Wormland, deren surrealistische Werke einen neuen Schwerpunkt bildeten. Nach Meinung des Generaldirektors der Galerie, Erich Steingräber, sucht dieser Teil „an Umfang und Qualität seinesgleichen".

Österreich stiftet Manès-Sperber-Preis

AFP, Wien

Der österreichische Wissenschaftsminister und der Unterrichtsminister haben die Stiftung eines Manès-Sperber-Preises beschlossen. Der Preis, der jedes zweite Jahr vergeben werden soll, ist mit 100 000 Schilling (rund 14 000 Mark) dotiert und wird 1985 zum ersten Mal verliehen. Man will mit diesem Preis die Hochachtung für Manès Sperber und sein Werk ausdrücken, dessen „große literarische und gesellschaftspolitische Bedeutung" hervorgehoben wurde.

Die Neuen Wilden erstmals im Ostblock

DW. Budapest

Erstmals wird in einem Land des Ostblocks die Malerei der Neuen Wilden aus Deutschland in breitem Maßstab gezeigt. In Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt in Bonn und dem Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart zeigt die Kunsthalle Budapest bis zum 26. Februar die Sammlung Metzger, einen Querschnitt von rund 80 Exponaten von 18 Künstlern (von Hans Peter Adamski bis Bernd Zimmer). Zusammengestellt wurde die Ausstellung vom Essener Museum Folkwang, das die Sammlung erst kürzlich als Dauerleihgabe erhalten hat. Der Katalog kostet 80 Forint. Es ist vorgesehen, die Ausstellung später in Finnland und in den USA zu zeigen.

Deutsch-französisches Rock-Festival

dpa, Paris

Ein Rock-Festival vom Free Jazz bis zum Hard Rock mit einem Dutzend Gruppen aus Frankreich und der *Bundesrepublik Deutschland* ist in Paris im „Forum des Halles" eröffnet worden. Bei den Konzerten treten bis zum Samstag jeweils eine französische und eine deutsche Gruppe auf, darunter „Einstürzende Neubauten", „Schlaflose Nächte" und „Sprung aus den Wolken" aus Berlin.

Wettbewerb für christliche Literatur

DW. Graz

Die Wiener Wochenzeitung „Die Furche" und der Grazer Verlag „Styria" schreiben einen Wettbewerb für christliche Literatur aus. Nach den ersten beiden Durchgängen 1982 und 1983 für die Sparten Erzählung und Lyrik ist nun die Gattung Roman aufgerufen. Der Preis ist mit 100 000 Schilling dotiert. Einsendeschluß ist der 31. Mai. Informationen können eingeholt werden beim Verlag Styria, Schönaugasse 64, A-8010 Graz.

Stimmen des Exils in Frankreich

epl. Toulouse

Das Mainzer Gutenberg-Museum zeigt gemeinsam mit dem Goethe-Institut und der Zeitung „Dépêche du Midi" in deren Räumen in Toulouse eine Ausstellung unter dem Titel „Propos d'Exil". Darin kommen Stimmen deutscher Emigranten wieder zu Wort, zu deren Sprachrohr sich die „Dépêche" in den Jahren zwischen 1933 und 1940 gemacht hat. Das angesehene Toulouser Blatt war die einzige französische Zeitung, die ihre Spalten deutschen Exulanten zu regelmäßiger Mitarbeit öffnete. Ihr Chefredakteur Maurice Sarraut war mit Heinrich Mann befreundet. Außer diesem schrieben dort u. a. sein Bruder Thomas Mann, Georg Bernhard, der frühere Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", und Alfred Kerr. Die Ausstellung läuft bis 9. März (Kat. 16 Mark: zu beziehen über das Gutenberg-Museum).

Gema-Stiftung vergibt ihren Jahrespreis '83

DW. Köln

Zum dritten Mal wurde der mit 20 000 Mark dotierte und von der Gema-Stiftung ausgesetzte „Ernst-Fischer-Preis" zur Förderung junger Komponisten der unterhaltenden Orchestermusik vergeben. Die Preisträger der Ausschreibung 1983 sind Dr. Barry Ross-Arias und Gert Wilden jun. Die Auszeichnungen werden beim Deutschlandfunk in Köln übergeben.



Umgeben von Riesen aus Beton und Glas, konnte sich St. Patrick's Cathedral bisher noch behaupten.
FOTO: KATHERINE YOUNG

In New Yorker Kirchen wird gewohnt, getanzt und gefeilscht

HANS J. STÜCK, New York

Durchs spitzgieblige Kirchenschiff schallen fetzende Rhythmen, in der früheren Sakristei knallen Sektkorken, und im alten Beichtstuhl sitzt die Dame mit den Einlaßkarten. New Yorks neueste und heißeste Disco, das „Limelight" (Rampenlicht), im einst gediegenen Chelsea ist das bislang krasseste Beispiel eines Kirchenschicksals in der Millionenstadt, in der Wandel die Regel, Bestand die Ausnahme ist.

Die Super-Disco in der 140 Jahre alten Kirche, unlängst von Pop-Art-Künstler Andy Warhol „getauft", ist kein Triumph des Atheismus, obwohl „Blasphemie" und „Teufelswerk" noch die mildesten Ausdrücke sind, mit denen fromme New Yorker den 13 Millionen Mark teueren Umbau belegen. Er dokumentiert nur die Bedrängnis, in die viele Kirchengemeinden geraten sind. Das ist im alten Chelsea nicht anders als in Soho oder an der Park-Avenue: Wo früher betuchtes Bürgertum wohnte, lebt heute längst junges Künstlervolk oder in Büro- und Bankpalästen überhaupt niemand, so daß die Gemeinden durch Mitgliederschwund verarmt, schließlich sogar ihre Kirchen aufgeben müssen.

Ohne Kirchensteuer, die es in den USA nicht gibt, sind die Gotteshäuser nicht zu unterhalten. Da ist es oft nur eine Frage der Zeit, bis sie zum Appartementgebäude, zur Galerie oder eben zur Disco werden. Ähnliche Schicksale wie Chelseas anglikanische „Kirche zur heiligen Kommunion", in der einst auch John Jacob Astor betete, erlitten die Presbyterian Church im Künstlerviertel Greenwich Village, die hinter Säulen und Rundbögen in Appartements aufgeteilt wurde, die katholische Kirche St. Peter St. Paul in Brooklyn, jetzt ein Komplex von 27 schicken Eigentumswohnungen, und eine kleine Synagoge im Stadtteil Queens, in der neun Appartementwohnungen eingerichtet wurden.

Das spektakulärste Beispiel jedoch, an dem sich die Gemüter wie nie zuvor erhitzen, könnte die große, 1912 im byzantinischen Stil an der Park-Avenue errichtete St. Bartholomew's Church werden, ein protestantisches Gotteshaus zwischen hochragenden Wolkenkratzern, die dem Presbyterium wie die Geldsorgen längst über den Kopf gewachsen sind. Trotz des Protestes vieler Gemeindemitglieder und 20 Bürgervereinigungen, darunter die mächtigen "Preservation League", die Jacqueline Onsasis und die Millionenerbin Brooke Astors zu ihren Mitgliedern zählt, will der Vorstand zumindest das alte Gemeindehaus abreißen lassen und praktisch über der ehrwürdigen Kuppelkirche einen 59 Stockwerke hohen Bürosilos aus Glas und Beton errichten lassen.

Der Betonklotz mit Freizeiteinrichtungen wie Theater, Swimming-pool und Cafés in den ersten acht Stockwerken würde die Gemeinde ein für allemal von ihren Geldnöten erlösen. In seinem Antrag an die städtische Denkmalschutz-Kommission, nach Kritikern ein Gesuch zur Verschandelung des letzten Kulturdenkmals an der Park-Avenue, macht der Kirchenvorstand geltend, daß der Wolkenkratzerbau zur Verhinderung des Gemeindebankrotts wegen des von der Verfassung garantierten Rechts auf freie Religionsausübung erlaubt werden müsse.

Beim Bau des gewaltigen Wolkenkratzers würden die Bauherren wegen der Erhaltung der kulturgeschichtlich wertvollen Bausubstanz sogar beträchtliche Steuervorteile genießen, so wie sie beim teilweisen Umbau der ebenfalls vom Ruin bedrohten South Congregational Church in Brooklyn gewährt wurden. Als die einst blühende Gemeinde auf 50 Mitglieder geschrumpft war und kaum noch Strom und Wasser zahlen konnte, hatte der Vorstand eine kapitalkräftige Baugesellschaft kontaktiert, die den ganzen Kirchenbau kaufte, 28 Luxusappartements darin einrichtete und sich zudem dazu verpflichtete, den früheren Damensalon der einst noblen Gemeinde in einen Andachtsraum für die verbleibenden wenigen Gemeindemitglieder umzubauen. Die Lösung kam allen zugute: den Bauherren wegen der hohen Rendite, den Denkmalschützern wegen der unangetasteten Fassade und der Gemeinde wegen des finanziellen Ausgleichs und der nagelneuen Kapelle. (SAD)



Das Schicksal von St. Bartholomew's scheint besiegelt: Über der Kuppel soll ein Betonsilo zum Himmel wachsen.
FOTO: SAD

Irdische Illusion in unterirdischen Büroetagen

ank. New York

Sieben Stockwerke unter der Erde scheint in einem Büro in Minneapolis die Sonne. Wer aus dem Fenster schaut, sieht draußen unter blauem Himmel Autos vorbeifahren. Architekten haben mit einfachen Mitteln das anscheinend Unmögliche möglich gemacht. In den USA „wachsen" immer mehr Gebäude in die Erde. Der Vorteil: Da die Temperatur unter der Erde immer gleich bleibt, sind die Kosten für Heizung und Klimaanlage erheblich geringer.

Das Gebäude für Ingenieur- und Bergbauwissenschaften der University of Minnesota ist der neueste und technisch einfallsreichste dieser „Erdkratzer". Seine sieben Stockwerke reichen 33,5 Meter tief in den Boden. Das Sonnenlicht wird durch Spiegel und Lichtschächte bis in das tiefste Stockwerk geleitet, und geneigte Spiegel vor den Fenstern zeigen das Leben auf der Straße sichtbar.

Bei diesem „Erdkratzer" werden 30 bis 40 Prozent Energie gespart. Minneapolis hat sehr heiße Sommer und sehr kalte Winter. Unter der Oberfläche aber beträgt die Temperatur des Erdreichs das Jahr hindurch 13 Grad. Eine mit Sommerwärme betriebene Warmwasser-Heizung reicht aus, um innerhalb des Gebäudes eine angenehme Temperatur zu schaffen. Die Computer in den Labors werden durch Grundwasser gekühlt. (SAD)

Erste Herzverpflanzung

AP, Prag

In der Tschechoslowakei ist an einem 44jährigen Mann die erste erfolgreiche Herztransplantation gelungen. Wie erst gestern in Prag gemeldet wurde, sind bei dem am 31. Januar dieses Jahres operierten Techniker keine Komplikationen aufgetreten. Er könne das Bett bereits verlassen, hieß es in einer Meldung der Nachrichtenagentur CTK.

Telefon-Horoskop

DW. Bonn

Ihr „Horoskop des Tages" können Telefonkunden künftig unter der Rufnummer (0)11 608 abfragen. Vom 1. April an nimmt die Deutsche Bundespost diesen Service in ihr Telefonansageprogramm auf. Nach einem einjährigen Versuch soll entschieden werden, ob es sich lohnt, die Ansage zur Dauereinrichtung zu machen.

Deutsche wenig neurotisch

AP, London

Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland leiden nach einem in Großbritannien angestellten internationalen Vergleich am wenigsten unter Neurosen. Dagegen gelangt die gestern in London veröffentlichte Untersuchung zu dem Schluß, daß die Briten des Jahres 1984 ein „höchst neurotisches Volk" sind, das sich mit Beruhigungsmitteln und Medikamenten gegen Depressionen vollstopft. Die Studie stammt vom Amt für Gesundheitswesen, das von der britischen Arzneimittelindustrie finanziert wird.

Einsame Spitze

dpa, Wiesbaden

Christian und Stefanie führten auch 1983 die Hitliste der Vornamen für Neugeborene an. Wie die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) gestern erklärte, behauptete sich damit der Jungenname wie seit 1977 an der Spitze der Beliebtheitsskala. Bei den Mädchen pendelt Stefanie seit sieben Jahren zwischen dem zweiten und dem ersten Platz.

Kollision auf See

dpa, New York

Schiffe der amerikanischen Küstenwacht suchten gestern vor Alaska nach drei japanischen Seeleuten, die nach einem Zusammenstoß von zwei japanischen Fischkuttern im Bering-Meer vermißt werden. Bei der Kollision kamen 14 Seeleute ums Leben, sieben konnten gerettet werden.

Premiere im OP

AP, Pittsburgh

Einem sechsjährigen Mädchen sind während einer 16stündigen Operation im amerikanischen Pittsburgh ein neues Herz und eine neue Leber eingepflanzt worden. Nach Angaben der Ärzte war dies wohl die erste Transplantation dieser Art.

München führt

AP, München

Mit 151 Nierentransplantationen im Jahr 1983 steht das Münchner Klinikum Großhadern an erster Stelle in Europa. Weltweit, so das bayerische Umweltministerium, liege das Münchner Krankenhaus damit an dritter Stelle nach den Uni-Kliniken von Minneapolis und San Francisco.

Armee gegen Drogenhändler

AFP, Caracas

Die Streitkräfte Kolumbiens und Venezuelas haben einen gemeinsamen Krieg gegen Rauschgifthändler begonnen. Der kolumbianische Verteidigungsminister beriet gestern mit seinem venezolanischen Amtskollegen Alvarez über praktische Maßnahmen zur Beendigung der Plage.

Verbrechens-Serie: Ein Geständnis mit Folgen

Brachte Verhaftung eines 23jährigen Justizirrtümer ans Licht?

KNUT TESKE, Bonn

Die Geständnisse des 23jährigen Heiminsassen Kurt Friedhelm Steinwegs, der sechs Menschen umgebracht haben will, offenbaren wahrscheinlich auch Justizirrtümer. In zwei Fällen könnte Steinwegs, der fast sein ganzes Leben in Heimen verbracht hat, als Täter in Frage kommen, in denen bislang andere zur Rechenschaft gezogen wurden. In den übrigen Fällen handelt es sich um bislang unerledigte „Mordsachen" und eine „Vermißtenangelegenheit".

Für die Tötung des 18jährigen Arnold Pump, dessen Skelett am 18. Januar '81 auf einem Schrottplatz bei Essen gefunden worden war, sitzt seit zweieinhalb Jahren ein „Freund" Steinwegs, der 19jährige Ralf Erb, in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt. Erb, der getötete Pump und Steinwegs bildeten in ihrem damaligen Heim eine Wohngemeinschaft. Nachdem Pump seit November '80 verschwunden war, geriet Erb wegen seines „auffälligen Verhaltens" bald in Verdacht. In einem Auf und Ab folgten Geständnisse und Widerrufe – nie aber belastete Erb seinen Freund Steinwegs oder sprach von ihm auch nur als Mittäter, was die Staatsanwaltschaft Essen heute noch stutzig macht.

Sollte sich Steinwegs' Geständnis jetzt als hieb- und stichfest erweisen, hätte Erb die Jahre hindurch unschuldig in der geschlossenen Anstalt zugebracht. Er müßte nach einem Wiederaufnahmeverfahren in eine offene Anstalt des Typs, in der er früher untergebracht war, zurückverwiesen werden. Gerade in diesem Fall aber hegt die Staatsanwaltschaft Zweifel am Geständnis von Steinwegs, wie ein Sprecher gestern der WELT gegenüber erklärte. Eine Tatbeteiligung schließt man andererseits wiederum nicht aus. Pumps Leiche war nämlich ähnlich bestialisch zugerichtet gefunden worden, wie später auf einem anderen Schrottplatz in der Nähe Essens die Leiche des 19jährigen Klemens Lichtenberg. Auch dessen Tod wiederum geht eindeutig auf das Konto Steinwegs. Beide Leichen waren zerteilt und „entbeint".

In dem zweiten Fall eines möglichen Justizirrtums wird seit Jahren gegen den 21jährigen Raimund W. aus Krefeld-Willich verhandelt. W. soll 1978 einen 13jährigen britischen Schüler erschlagen haben. Das Landgericht Krefeld sprach W. zunächst frei; auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin hob der Bundesgerichtshof das Urteil im Herbst vergangenen Jahres – allerdings wegen eines Formfehlers – wieder auf und verwies es zur erneuten Verhandlung an die alte Kammer zurück. Für Raimund W. wird sich allerdings nicht viel ändern. Selbst wenn sich in diesem Fall seine Unschuld herausstellen sollte, hätte er, so die Krefelder Staatsanwaltschaft gestern, nicht einen Tag zuviel gesessen. Er ist seit langem wegen eines anderen Mordes rechtskräftig zu zehn Jahren Haft, der Höchststrafe für Jugendliche, verurteilt worden. Der eventuelle Justizirrtum würde im übrigen darauf beruhen, daß auch W. sein Opfer wie Steinwegs zerteilte und „entbeinte".

Steinwegs, der, wie einer der Staatsanwälte seine Eindrücke über den jungen Mann zusammenfaßte, auf der Straße niemandem auffallen würde, begann seine Tötungsserie 1974 im Alter von 14 Jahren. Damals erschlug er für 20 Mark im niedersächsischen Gifhorn einen Rentner. 1980 starb der 19jährige Klemens Lichtenberg wegen des Streits um ein Hufeisen, 1981 auf einer Resozialisierungsreise ein 26jähriger Däne in der ostdänischen Hafenstadt Faborg. Die Zeugen dieser Tat schwiegen übrigens bis zur Verhaftung des mutmaßlichen Totschlägers, der 1983 in einem Wald bei Süchteln noch einen 44jährigen Mitpatienten erdrosselte, ehe ihm die Polizei auf die Spur kam.

Ermittlungsbeamte schildern den blonden, drahtigen jungen Mann als durchaus zugänglich, wenn auch rätselhaft. Nur die ersten zehn Jahre verbrachte das Kind eines Bauarbeiters aus Viersen zu Hause. Nach dem Tod seiner Mutter begann sein Leben in Heimen und Anstalten.

In der Not kommen im Revier alte Tugenden zu neuer Blüte

Erhebung deckte Vielzahl von kleinen und kleinsten Initiativen gegen Arbeitslosigkeit auf

GISELA REINERS, Bonn

Nachbarschaftshilfe wurde im Ruhrgebiet immer schon großgeschrieben. So verwundert es nicht, daß in einer Zeit, in der das alte Industrierevier von hoher Arbeitslosigkeit gegeißelt ist, diese alte Tugend zu neuer Blüte kommt. Zwar hat der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) in Essen nicht der direkten Hilfe von Tür zu Tür oder über den Gartenzaun nachspüren können, als er sich mit dem Thema „Initiativen gegen Arbeitslosigkeit" befaßte, doch hat er eine Vielzahl von kleinen und kleinsten Projekten zutage gefördert, die helfen sollen, den Erwerbslosen das Leben zu erleichtern, ihnen mit Rat, aber auch Tat zu helfen.

Bessere Zusammenarbeit

Der KVR hat diese Dokumentation in Auftrag gegeben, um den Trägern und Initiatoren der einzelnen Projekte zu einem Überblick und besserer Zusammenarbeit zu verhelfen. Den Arbeitslosen sollen vor allem die richtigen Anlaufstellen an die Hand gegeben werden. Ein weiteres Ergebnis war aber auch, wie Verbandsdirektor Jürgen Gramke feststellt, daß man am Ende der Erhebung schlicht mehr Initiativen kannte als am Anfang. Er wertet das als Zeichen dafür, daß man im Revier nicht gewillt ist, Arbeitslosigkeit passiv zu ertragen und auf Hilfe von außen zu warten.

Ganz verzichten kann man auf derlei Hilfe natürlich auch hier nicht. Nach Angaben von Arbeitsminister Friedhelm Farthmann (SPD) stellt das Land Nordrhein-Westfalen 1984 allein 400 000 Mark für die Arbeit von Arbeitslosenzentren zur Verfügung. Diese für eine „flankierende Hilfe" vorgesehenen Mittel sind Teil eines Gesamtprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von 204 Millionen.

In Dortmund hat sich ein derartiges Zentrum schon als eingetragener Verein gebildet, der sich aus öffentlichen Zuschüssen und Spenden finanziert. Hier sollen Arbeitslose sich Rat und Hilfe holen können, wenn sie mit den verschiedenen Förder- und Bildungsangeboten nicht klarkommen, hier sollen sie Kontakte finden können, Veranstaltungen besuchen zu Themen aus Arbeits- und Sozialrecht. Getragen wird der Verein vom DGB-Kreis Dortmund über verschiedene Einzelgewerkschaften und kirchliche Organisationen bis zu 70 Einzelpersonen.

Viele Initiativen zeichnen sich durch mehrere Träger aus. So haben sich in Hagen das Arbeitsamt, die Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk, die Stadt selbst und die Kammern zu einem Aktionsprogramm „Jugendarbeitslosigkeit" zusammengeschlossen. 500 Jugendliche profitierten 1983 davon. Sie wurden in berufsqualifizierenden Lehrgängen oder durch Maßnahmen für noch nicht berufsreife Jugendliche geschult. Jetzt plant die Stadt, von arbeitslosen jungen Leuten, darunter vielen Türken, eine Parkanlage zu einer grünen „Ruhe-Insel für Senioren" herrichten zu lassen.

Auch die Kirchen sind aktiv. 24 Jugendliche haben in Oberhausen die Möglichkeit, Kurse in den Werkbereichen Holz, Textil, Druck und Hauswirtschaft zu besuchen, die von der „Kurbel", einer Werkeinrichtung des Katholischen Jugendamtes Oberhausen, angeboten werden.

Bezahlung nach Tarif

Im vorigen Jahr waren 55 junge Leute, die nach der Schule keine Lehrstelle oder keinen Arbeitsplatz gefunden hatten, bei der „Kurbel" beschäftigt. 13 von ihnen fanden danach eine Stelle. – In Dortmund bietet die „Neue Arbeit Tremonia", ein Verein von Mitarbeitern des Diakonischen Werks, zwölf Langzeitarbeitslosen mit körperlichen Behinderungen einen Arbeitsplatz. Sie arbeiten gebrauchte Möbel auf, die dann verkauft werden. Bezahlung nach Tarif ist zugesagt und Kotendeckung angestrebt.

So geht es weiter von Arbeitslosencafés als Treffpunkt für Beratung und Informationsaustausch über Sprachkurse der Volkshochschulen für Ausländer und qualifizierende Kurse für Serviererinnen vom Hotel- und Gaststättenverband. Firmen helfen, ehrenamtliche Mitarbeiter, Fachkräfte arbeiten für einen symbolischen Lohn. Die Initiativen sind in eine „Lücke gestoßen zwischen den Organisationen des Arbeitsmarktes und der Wohlfahrtseinrichtungen", konnte Minister Farthmann erleichtert resümieren.

Über dem Kanal tobt der Krieg der Witze

SIEGFRIED HELM, London

Kennen Sie den Unterschied zwischen einem Unfall und einer Katastrophe? Wenn eine Fähre voller Engländer sinkt, dann ist das ein Unfall. Zu einer Katastrophe wird es, wenn sie schwimmen können. – Oder kennen Sie den? Warum sind die Landstraßen in Frankreich eigentlich meist von Bäumen gesäumt? Damit die deutschen Soldaten im Schatten marschieren können.

„Freundlichkeiten" dieser Art werden in jüngster Zeit wie Giftpfeile aus beiden Richtungen über den Ärmelkanal geschossen. Entente cordiale und EG-Partnerschaft sind plötzlich wie weggefegt. Engländer und Franzosen zogen – mit Worten – vom Leder, wie es das seit alten Kolonialzeiten nicht mehr gegeben hatte. Bei den Engländern ging der Sinn für Fair play restlos über Bord. Die Franzosen zielten bei der Verbalschlacht ganz ungehemmt unter die Gürtellinie.

Kriegsbeil ausgegraben

Unterscheiden Historiker zwischen Anlaß und Grund eines Krieges, so sind sich beide Seiten einig, daß Bauern und Fleischimporteure das lange vergrabene Kriegsbeil ausgegraben haben. Nichtsahnende britische Fernfahrer mit Lammfleisch für den französischen Markt in ihren Kühltransportern sahen sich auf französischen Straßen von aufgebrachten Bauernbrigaden umstellt, gestoppt und sogar gekidnappt. Die Bauern schleppten britische Lammkeulen aus den Wagen und verbrannten die preisverderbenden Importe demonstrativ am Straßenrand. Während Politiker an Themse und Seine die Wogen zu glätten suchten, erklärte Englands größte Boulevardzeitung „The Sun" den Franzosen im Alleingang den Krieg.

Das Blatt forderte seine Leser zu einem verbalen Rüstungswettbewerb auf und setzte für die giftigsten Franzosenwitze Wein als Preis aus. Freilich keinen französischen, sondern edle englische Tropfen. Die Pariser „Le Monde" war sich nicht zu vornehm, den Fehdehandschuh aufzunehmen und die Retourkutsche mit Britenwitzen in Gang zu setzen.

Konsulat gestürmt

Von Albion tönte es: Wie nennt man ein hübsches Mädchen in Frankreich? Eine Touristin. Die Beleidigten schossen zurück: Wissen Sie, wie man einen Engländer vor dem Ertrinken rettet? Nein. Ausgezeichnet. – Oder: Warum kam Jesus nicht in Frankreich zur Welt? Weil sich dort keine Jungfrau und auch keine drei Weisen fanden. „Le Monde" spielte mit dem Gedanken eines Preisausschreibens und diesen Preisen: erster Preis eine Reise nach London. Zweiter Preis drei Reisen nach London. Die Briten gifteten zurück: Wie nennt man eine Fliege im Kopf eines Franzosen? Einen Space Invader.

Es kam soweit, daß 30 Studenten in Bordeaux ob dieser „Perlen" der Frankophobie das britische Konsulat stürmten, um gegen die Attacken auf die Nationalehre zu demonstrieren. Inzwischen ist der Friede ausgebrochen. Vielleicht weil beiden Seiten keine Witze mehr einfallen. Verstanden fühlen sich John Bull und Marianne freilich in diesem Witz: Warum hat der liebe Gott zwischen Engländer und Franzosen den Ärmelkanal gelegt? Weil er wußte, daß sie sich nicht riechen können. (SAD)

Strahlenskandal beunruhigt Briten

Regierungsuntersuchungen bestätigen schwere Pannen in Wiederaufbereitungsanlage

FRITZ WIRTH, London

Windscale, die größte Atom-Müllkippe und Nuklearwäscherei der westlichen Welt im Norden Englands, ist in den Händen eines inkompetenten Managements, ohne hinreichende und präzise Sicherheitsvorkehrungen und hat sich im Umgang mit hochradioaktivem Material grober Fahrlässigkeit schuldig gemacht.

Das ist das aufsehenerregende Ergebnis von zwei regierungsamtlichen Untersuchungen, die gestern dem britischen Unterhaus vorgelegt wurden. Die Berichte bestätigen eindeutig das Mißtrauen, daß seit Jahren in Großbritannien gegenüber dieser größten Wiederaufbereitungsanlage von Atommüll im Westen besteht.

Windscale, das im letzten Jahr in Sellafield umgetauft wurde, gehört zu jenen Unternehmen, die der Nuklearindustrie in der Welt einen schlechten Namen gegeben haben. Die Fahrlässigkeit, mit der bei dieser Firma mit den gefährlichen radioaktiven Substanzen umgegangen wird, ist inzwischen zum nationalen Skandal geworden. Der stellvertretende Direktor des Betriebs muß nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes seinen Hut nehmen, das gesamte Spitzenmanagement wird auf Druck der Regierung umorganisiert.

Sellafield, alias Windscale, ist seit seiner Inbetriebnahme im Jahre 1950 der unfallträchtigste Nuklearbetrieb Westeuropas. Nach Angaben des „Observers" wurden in den 34 Jahren insgesamt mehr als 300 Zwischenfälle registriert. Der bisher größte ereignete sich im Jahre 1957, als weite Teile des Unternehmens durch einen Großbrand zerstört wurden und radioaktives Material die Umgebung verseuchte.

Nach Sellafield wird „nukleare Schmutzwäsche" aus der ganzen Welt zur Reinigung geschickt. Der Betrieb bereitet diesen Atommüll wieder auf, gewinnt daraus Plutonium und pumpt das leicht radioaktive Schmutzwasser durch eine Rohrleitung in die irische See. Das ganze ist finanziell ein höchst lukratives Unternehmen. Da der Betrieb zu hundert Prozent Staatseigentum ist, ist er für die britische Regierung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die Firmenleitung versichert seit Jahren, daß dieser Aufbereitungsprozeß absolut zuverlässig und risikofrei sei. Das aus Sellafield herausgepumpte Schmutzwasser sinke auf den Meeresboden und richte keinerlei Schaden an.

Heute weiß man, daß dies eine Fehlkalkulation war. Statt auf den Meeresboden zu sinken, wurden beträchtliche radioaktiv verseuchte Stoffe wieder an Land zurückgeschwemmt. Die Regierung sah sich deshalb im letzten Herbst gezwungen, 40 Kilometer Badestrand nördlich und südlich von Sellafield für die Öffentlichkeit zu sperren. Der Zutritt ist noch heute untersagt, obwohl Umweltminister Jenkin gestern im Unterhaus versicherte, daß keine Gefahr für „signifikante Gesundheitsschäden" mehr bestehe.

Die beiden gestern vorgelegten Untersuchungsberichte beziehen sich auf einen Zwischenfall, der am 11. November in Sellafield passierte. Durch Fahrlässigkeit wurde damals aus dem Gebäude 8206 statt des üblichen leicht radioaktiven Schmutzwassers auch hochradioaktiver Schaum, der sich auf diesem Wasser abgesetzt hatte, in die irische See gepumpt. Die Firma ließ sich fünf Tage Zeit, bis sie das zuständige Ministerium über diese Panne informierte. Sie wurde der Öffentlichkeit durch die Umweltschutzorganisation „Greenpeace" bekannt, die die Verseuchung am 14. November entdeckte und zwei Tage später die Öffentlichkeit alarmierte. Die Regierung ließ sofort die Küste sperren.

Umweltminister Jenkin behauptete gestern, es sei sichergestellt worden, daß sich solche Pannen nicht wiederholen können. Zugleich kündigte er an, daß die Regierung 50 Millionen Mark ausgeben will, um die Nuklearwäscherei zu Sellafield noch sicherer zu machen.

Dennoch: Das Mißtrauen bleibt. Bereits im Dezember des letzten Jahres hatten 900 der insgesamt 5500 in Sellafield beschäftigten Arbeiter und Angestellten der Firma wegen ihrer fahrlässigen Handhabung der Sicherheitsvorkehrungen das Mißtrauen ausgesprochen. Ihre Bedenken sind durch den Untersuchungsbericht der Regierung nun bestätigt worden.

Doch selbst die Garantien des Ministers haben die Unruhe in der Bevölkerung von Sellafield nicht beseitigen können. Diese Bürger wurden im letzten Jahr durch eine Dokumentation des britischen Fernsehens alarmiert, die unterstellt, daß die Fälle von Blutkrebs unter den Kindern in der Umgebung von Sellafield unverhältnismäßig hoch seien. Die Regierung hat auch hier eine Untersuchung eingeleitet. Der Bericht soll im Mai vorliegen.

WETTER: Trocken und kalt

Wetterlage: Eine ausgedehnte Hochdruckzone, die von Westeuropa bis nach Rußland reicht, bestimmt mit trockener Kaltluft das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet: Nach Auflösung von örtlichem Frühnebel meist heiter und trocken, nur in Südbayern stärker wolkig und gelegentlich leichter Schneefall. Tagestemperaturen im Süden minus 2 bis minus 6 Grad, sonst um 0 Grad. Nachts Frost zwischen minus 3 und minus 8 Grad, in Bayern auch unter minus 10 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	–1°	Kairo	17°
Bonn	–3°	Kopenh.	0°
Dresden	–6°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	–1°
Frankfurt	–1°	Madrid	4°
Hamburg	–1°	Mailand	–1°
List/Sylt	–1°	Mallorca	12°
München	–7°	Moskau	–8°
Stuttgart	–3°	Nizza	3°
Algier	7°	Oslo	–2°
Amsterdam	–1°	Paris	3°
Athen	10°	Prag	–3°
Barcelona	10°	Rom	3°
Brüssel	–3°	Stockholm	–1°
Budapest	–2°	Tel Aviv	18°
Bukarest	–4°	Tunis	10°
Helsinki	–1°	Wien	–5°
Istanbul	5°	Zürich	–4°

*Sonnenaufgang am Freitag: 7.34 Uhr, Untergang: 17.39 Uhr, Mondaufgang: 18.15 Uhr, Untergang: 8.18 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

Schlagzeile der satirischen Pariser Zeitung „Le Canard enchainé" zur Andropow-Nachfolge: „Triumph des Marxismus-Senilismus".